

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XV. JAHRGANG 1938

4.

HEFT / APRIL

Das ganze Deutschland

Österreichs Raumwanderung in der Geschichte
Albrecht Haushofer: Ein Volk, ein Staat!

G. von Tevenar: Verteidigungsprobleme Niederländisch-Indiens

M. Sell: Um einen besseren Schutz von Limburg

G. Herrmann: Italiens Imperium im Aufbau II

O. Langbein: Wandlungen in der Raumverteilung der UdSSR-Städte

Eine italienische Stimme zur Geopolitik — Ein Engländer über deutsche Kolonialpolitik

WELT-RUNDFUNK

**gepführt: Rundfunkwende in Österreich — van Soud de Borkenfeldt: Der Rundfunk und
National Sprachen in Belgien — Borsinger: Der Mehrsprachenrundfunk und die Schweiz —
Lück: Der Rundfunk in Niederländisch-Ostindien — Rahman: Rundfunkwesen in Indien —
Lück: Der Rundfunk in der Türkei — Fünf Jahre Deutscher Kurzwellensender — Blick in die
Rundfunk-Welt — Schrifttum**

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinckel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten

X V. J A H R G A N G / H E F T 4 / A P R I L 1 9 3 8

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Das ganze Deutschland</i>	257
<i>Österreichs Raumwanderung in der Geschichte / Eine Kartenfolge</i>	259
<i>Albrecht Haushofer: Ein Volk, ein Staat!</i>	262

AUFSÄTZE

<i>G. von Tevenar: Verteidigungsprobleme Niederländisch-Indiens</i>	267
<i>M. Sell: Das Sorgenkind der niederländischen Landesverteidigung in Europa: Um einen besseren Schutz von Limburg</i>	273
<i>G. Herrmann: Italiens Imperium im Aufbau II</i>	277
<i>O. Langbein: Wandlungen in der Raumverteilung der UdSSR-Städte</i>	284

BERICHTE

<i>A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	288
<i>K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	291
<i>H. Hummel: Kurznachrichten</i>	298

<i>SPÄNE der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik</i>	300
-----------------------------------------------------------	-----

SCHRIFTTUM

<i>H. Hummel: Büchertafel</i>	304
<i>Einzelbesprechungen</i>	307
<i>K. Roepke: Bibliographie der Geopolitik</i>	309

BEILAGE: WELT-RUNDFUNK

<i>K. Wagenführ: Rundfunkwende in Österreich</i>	313
<i>M. van Soust de Borkenfeldt: Der Rundfunk und die Nationalsprachen in Belgien</i> ...	317
<i>P. Borsinger: Der Mehrsprachenrundfunk und die Schweiz</i>	319
<i>W. G. Kuyck: Der Rundfunk in Niederländisch-Ostindien</i>	321
<i>H. Rahman: Rundfunkwesen in Indien</i>	324
<i>H. Falck: Der Rundfunk in der Türkei</i>	328
<i>Fünf Jahre Deutscher Kurzwellessender</i>	333
<i>Blick in die Rundfunkwelt</i>	335
<i>Schrifttum</i>	337

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten u. Mitglieder d. AfG. RM 4.40 / Einzeln RM 2.— / Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.—

Ausland: Vierteljahr RM 4.13, bei Zahlung in fremder Währung

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhalts-
verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postscheckkonten: Kurt Vowinckel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 627 30

KURT VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

Es ist selbstverständlich, daß dem Auftakt, den wir unserem letzten Heft unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs an das Reich geben konnten, eine Ergänzung und Vertiefung folgen muß. Wir sind in der glücklichen Lage, hier auf eine Vorarbeit zurückgreifen zu können, die wir vor über 7 Jahren geleistet haben, — unser Sonderheft Österreich (Januar 1931). Nach einer Kartenfolge: Österreichs Raumwanderung in der Geschichte, drucken wir wortgetreu den Leitartikel jenes Heftes wiederum ab, Albrecht Haushofer: Ein Volk, ein Staat! Für manchen unserer Leser wird es reizvoll sein, Vorausschau und Kontinuität geopolitischen Denkens — eines Denkens in politischen Naturtatsachen — bei dieser Gelegenheit festzustellen.

Zwei Arbeiten greifen anschließend Sorgen der Niederlande auf: G. von Levenar mit den recht drängenden Verteidigungsproblemen Niederländisch-Indiens, an das sich Japan vor allem durch die Besetzung Hainans und der Pratas-Inseln herangearbeitet hat, und M. Sell in einer Darstellung der Schwierigkeiten um die niederländische Kohlenprovinz Limburg, deren politisch-geographische Lagenungunst vor allem durch den Bau des Juliana-Kanals im Rahmen der Möglichkeiten Flug ausgeglichen wurde.

Es folgt der Schluß des Beitrags, in dem unser alter Mitarbeiter G. Herrmann den Aufbau des italienischen Imperiums darstellt. Er mündet in die Schicksalsfrage: „Mit Großbritannien, ohne Großbritannien oder gegen Großbritannien?“

D. Langbein gibt einen knappen, durch Karten gut belegten Überblick über die Wandlungen in der Raumverteilung der UdSSR-Städte, — Niederschlag einer Entwicklung, die unseren Lesern im Grundzug vertraut ist, die sich aber immer greifbarer und nachhaltiger gerade in ihrem geopolitischen Gehalt abzuzeichnen beginnt.

Unsere Beilage

WELT-RUNDFUNK

bringt einleitend einen spannenden Bericht über die Rundfunkwende in Österreich aus der Feder ihres Schriftleiters Dr. K. Wagenführ, der die Ereignisse teilweise persönlich in Wien miterleben konnte. Wer die Nacht vom 11. zum 12. März vor dem Lautsprecher gesehnen hat, wird nie vergessen, wie die Weltgeschichte im Rundfunkeinsatz aller Länder Europas einem jeden einzelnen fühlbar wurde, — fühlbar fast in ihrem Springen von Minute zu Minute.

Es folgen zwei Beiträge, die das Problem des Mehrsprachen-Rundfunks in Belgien und in der Schweiz behandeln. Sie zeigen — was im Hinblick auf tschechische Vorgänge wichtig ist —, daß die Verwendung mehrerer Sprachen im Rundfunk eines Landes kein Problem ist. Es kommt auf die politische Haltung an, aus der heraus gesendet wird, ob der Sender zum Hörer „spricht“ oder nicht.

Der Hauptteil des Heftes ist dem Rundfunk Asiens gewidmet: Niederländisch-Indien, Indien selbst, die Türkei werden behandelt. Den Geopolitiker wird vor allem der Gegensatz zwischen dem Instrument vornehmster Zivilisation und der breiten Volksmasse Asiens interessieren, — Schwierigkeiten, die nur in Generationen, vielleicht nie zu überbrücken sind. Der Rundfunk Asiens, — das ist mehr als nur ein Hörerproblem!

Die Schriftleitung

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes:

Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Berlin SW 68, Wilhelmstr. 23 —
 Dr. Karl Haushofer (AfG), München O 27, Kolbergstr. 18 — Dr. Fr.
 Hellwig, Saarbrücken, Handelskammer — Dr. Gerhard Herrmann
 (AfG), Leipzig C 1, Lampestr. 13 — Hans Hummel (AfG), Muster-
 hausen-Dosse, Seestr. 16 — Dr. W. Jansen (AfG), Berlin-Zehlendorf,
 Seematen 13 — Dr. Otto Langbein, Wien 9, Pfluggasse 5 — Dr. R.
 Koepke, Leipzig O 27, Am Wasserwerk 111 — Dr. Colin Koß (AfG),
 München, Königinstr. 29 — Dr. W. Scheibe (AfG), Berlin-Grünwald,
 Schinkelstraße — Dr. Manfred Sell, Hamburg 39, Ohlsdorfer Str. 6 III
 Dr. v. Levenar (AfG), Amsterdam, Hoofdweg 4.

*Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers
 in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.*

Verzeichnis der Karten dieses Heftes:

Österreich:

1. Besitz der Babenberger bis 1246	259
2. Zuwachs durch die Habsburger (bis 1521)	259
3. Von 1521 bis 1683	260
4. Von 1683 bis 1740	260
5. Von 1740 bis 1792	260
6. Von 1792 bis 1815/16	261
7. Von 1816 bis 1918	261
8. Das heutige Deutsch-Österreich	261
Zur Wehrpolitik Niederländisch-Indiens	269
Verteilung der Großstädte im russischen Raum	284
Verteilung der Großstädte in der Ukraine 1897 und 1936	287

Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

W. Jansen: Geopolitik in der neuen deutschen Schule
 G. Mann: Das chinesische Dorf
 G. Herrmann: Italiens Weg zum Imperium
 A. Giordano: Fragen des italienischen Kolonialbesitzes
 A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt
 R. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum
 H. Hummel: Kurznachrichten
 Späne der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik
 R. Albert: Der Kunstfisch, ein Beispiel für schädliche Wirkung der Monokultur
 J. März: Südost-Schrifttum
 H. Hummel: England—Frankreich—Amerika
 E. Wunderlich: Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten

BEILAGE: STAATENWIRTSCHAFT

Samhaber: Ist der Weltmarktpreis noch König?
 Seifert: Staatliche Preissteuerung und Ausfuhrkontrolle in Neuseeland
 Stremel: Der Staatsgedanke in der chinesischen Wirtschaft
 Seifert: Staatenwirtschaftliche Länderschau (Wirtschafts- und Finanz-Chronik des Fern-
 ost-Kontinents)
 Schrifttum

Das ganze Deutschland

Große geschichtliche Ereignisse erfassen die Menschen mit solcher Stärke, daß Vergangenheit und Zukunft darüber versinken. Das deutsche Volk wird am 10. April mit einer Stimme seinem Führer den Dank dafür aussprechen, daß er die Vereinigung dessen, was in Versailles vom kleindeutschen Reich geblieben war, mit dem, was in St. Germain von Österreich geblieben war, vollzogen hat, ohne daß ein Tropfen Blutes geflossen wäre, ohne daß eine der vielen Spannungen, die in der europäischen Politik vorhanden sind, Gelegenheit bekommen hätte, sich auf deutschem Boden zu entladen. Der cauchemar des coalitions, von dem Bismarck gegenüber dem Grafen Schuwalow sprach, ist ein ständiger Begleiter gerade der größten unter den deutschen Staatsmännern. Die Lage des deutschen Raumes in der Mitte Europas mit allen fruchtbaren Möglichkeiten, die sie mit sich bringt, hat zur Folge, daß keine große Bewegung von deutscher Seite geschehen kann, ohne daß die Interessen fast aller europäischen Völker mittelbar oder unmittelbar berührt würden. Ungeschickte Handhabung der deutschen Politik hat mehr als einmal dazu geführt, daß Deutschland zum Schlachtfeld Europas wurde, selbst wenn der Anlaß zur Auseinandersetzung in fremden Bereichen gelegen war. Umgekehrt ist es z. B. eine der größten staatsmännischen Leistungen des Prinzen Eugen, daß er das Zusammenfließen des Spanischen Erbfolgekriegs und des Nordischen Kriegs auf dem Boden des Reiches verhindert hat. Die schnelle militärische Erledigung der gestellten Aufgaben in den Jahren 1866 und 1870 ist das Verdienst Moltkes und Roons. Die Leistung Bismarcks bestand darin, daß es ihm gelungen war, die Kriegsgebiete diplomatisch zu isolieren. Man hat diese Leistung eine Zeitlang als eine Selbstverständlichkeit hingenommen, die Rückschau erst erkennt, wie ungerecht ein solches Urteil war. In gleicher Weise werden erst spätere Zeiten ganz ermessen können, welches Maß von außenpolitischem Instinkt, von Sicherheit des Urteilens und des Handelns und von diplomatischem Geschick dazu gehörte, eine solche Steigerung der deutschen Macht in Europa, wie sie im März 1938 vollzogen worden ist, zu erreichen, ohne daß die große Koalition gegen das deutsche Volk, die als Möglichkeit in jedem Augenblick der europäischen Geschichte vorhanden ist, Zeit hatte, sich zu bilden.

Wenn man im Ausland den Willen hätte, geschichtlich zu denken, dann würde man freilich sehen, daß die Rückkehr der alten Ostmark ins Reich nur eine Wiedergutmachung dessen ist, was in den letzten fünf Jahrhunderten an der Einheit des deutschen Volkes gesündigt wurde. Im Ausland aber weiß man wenig von der deutschen Geschichte. Das beruht zum Teil auf bösem Willen, zum Teil auf Unkenntnis, zu einem gewissen Teil freilich auch darauf, daß die deutsche Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts bei aller persönlichen Größe einzelner ihrer Vertreter versäumt hat, auch dem deutschen Volk selbst ein Bild von der Tiefe und Hintergründigkeit der deutschen Entwicklung einzuprägen. Die Schaffung eines wahrhaft deutschen Geschichtsbildes ist auch heute noch eine Aufgabe.

Die deutsche Entwicklung seit dem Zusammenbruch der mittelalterlichen Kaisermacht hat sich Jahrhunderte hindurch in Sonderbildungen ausgelebt. In den beiden größten dieser Sonderbildungen wuchs die Neigung, den Teil für das Ganze zu setzen; in der Erfüllung einer preußischen oder einer österreichischen Sendung den Vollzug der deutschen Aufgabe zu sehen. Die beliebten Gegenüberstellungen: Friedrich der Große oder Maria Theresia, Schwarzenberg oder Bismarck sind heute überwunden. Durch den Zusammenbruch der Dynastien wurde der Aufbau eines gesamtdeutschen Staates möglich, an dem der gute Wille des nationalen Aufbruchs von 1848 gescheitert war.

Freilich haben die geschichtlichen Umwege, die seit 1848 gegangen wurden, vielleicht gegangen werden mußten, wertvolles Blut gekostet. Die Prophezeiung eines schlichten österreichischen Abgeordneten vom 11. Januar 1849, daß die Österreicher kommen würden, aber vielleicht nicht mehr alle, hat sich bewahrheitet. Vergleicht man den Raum, aus dem im Jahr 1848 Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung entsandt wurden, mit dem Raum, der heute zum Großdeutschen Reichstag wählen darf, so empfindet man schmerzliche Lücken, im Westen wie im Süden und im Osten. Aber wenn wir auch sowohl am westlichen wie am südlichen Grenzsaum gegenüber dem Romanentum deutsche Volksgenossen wissen, denen die Vereinigung mit dem Reich durch staatliche Notwendigkeit versagt ist, wenn wir in manchen Bereichen des Ostens auch noch die Hoffnung haben, durch friedlichen Ausgleich bessere Lösungen für unsere Volksgenossen jenseits der Grenze erzielen zu können, so erscheint doch heute auf den Karten ein Deutschland, das die Ganzheit seiner Stämme verkörpert, auch wenn an dieser oder jener Stelle des Grenzumszugs noch Wunden oder Narben bestehen.

Jetzt erst ist deutsche Geschichte wieder in vollem Sinn zur Reichsgeschichte geworden, mit allem, was die Tradition eines tausendjährigen Reiches der Vergangenheit für den Aufbau des Kommenden bedeutet. Jetzt gibt es auch für das übrige Europa keinen Weg mehr, der um das deutsche Volk herum in die Zukunft führte!

Österreichs Raumwanderung in der Geschichte

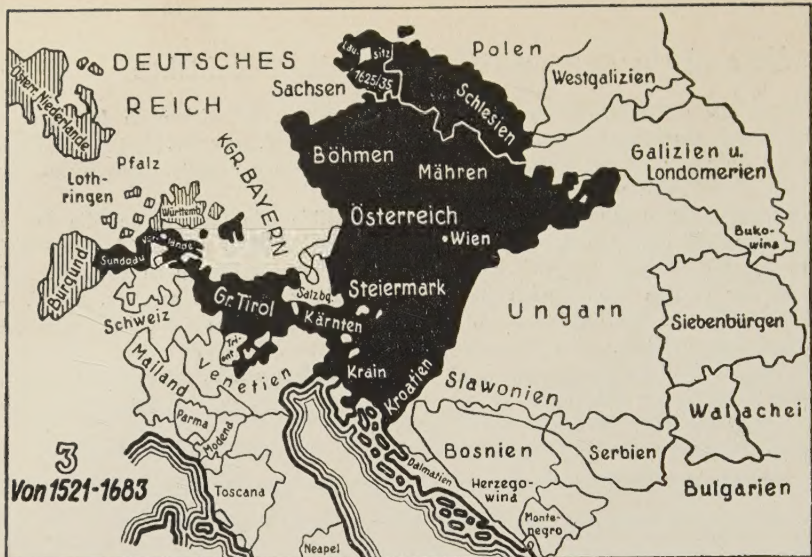
Wir entnehmen diese Kartenfolge dem Beitrag H. Steinacker: Auswirkungen des Raumes in der österreichischen Geschichte in unserem Österreich-Heft (VIII. Jg. 1931, Heft 1, S. 44 ff.), auf das auch der folgende Beitrag Bezug nimmt. Die ausführlichen Erläuterungen bitten wir dort nachzulesen. Hier geben wir einen Auszug:

Die Karten deuten in durchgängig gleichbleibendem Bilde alle Gebiete an, die je zu Österreich gehörten (Sizilien und der größte Teil von Neapel fehlen, um den Maßstab, bei dem ohnehin viele Einzelheiten verschwinden, nicht noch mehr verkleinern zu müssen). Auf jeder Karte ist der in den betreffenden Zeitraum fallende Zuwachs schwarz, der Abgang gestrichelt gegeben. Bei Gebieten, wo beides in einen Zeitraum fällt, ist wenigstens das Jahr des Abgangs zugesetzt.

Das Österreich, das jetzt Bestandteil des großdeutschen Reiches wurde, entspricht etwa dem Territorium der Babenberger mit einem kleinen Verlust im Süden, aber einem Zuwachs um Kärnten, Salzburg, Tirol (ohne Südtirol) und Vorarlberg.

Die Schriftleitung.







ALBRECHT HAUSHOFER:

Ein Volk, ein Staat!

Die Zeitschrift für Geopolitik brachte im Januar 1931 ein Österreich-Heft heraus, dessen einleitenden Aufsatz wir — ohne Zusatz und Streichung — noch einmal zum Abdruck bringen. Wir tun das aus dem Bewußtsein einer niemals verleugneten und niemals unterbrochenen gesamtdeutschen Haltung heraus — auch wenn der eine oder andere Satz, geschrieben unter den Umständen des Winters 1930/31, im Frühling 1938 nicht mehr zutreffend oder verständlich ist. Damals: ein unter Reparationen stöhnendes, nicht aufgerüstetes Reich ohne einheitliche Führung; eine volksfremde Wirtschaftsführung, die in immer höherem Maße staatliche Funktionen an sich riß, eine Verfassung, die schnellen Entschluß nicht erlaubte. Dazu der ständige Einfluß fremder Mächte im deutschen Raum, ausgeübt mit den Mitteln des Staates, der Wirtschaft und der öffentlichen Meinung — kurzum jener Zustand deutschen Lebens der Nachkriegszeit, den die jüngste Generation, die am 10. April zur Abstimmung antritt, sich überhaupt nicht mehr vorstellen kann. Damals mochte im Gedanken an den Anschluß manche Sorge ausgesprochen werden, die heute sinnlos und wesenlos wäre. Aus dem Abstand dessen, was damals zu sagen nötig war, von der heutigen Wirklichkeit läßt sich auch für den Nachdenklichsten ein Maßstab für das gewinnen, was in den letzten Jahren vom Führer geleistet worden ist.

Gedanken zur Gliederung Großdeutschlands

Die meisten Beweisführungen, ob wissenschaftlicher oder politischer Art, gründen sich auf stumme Voraussetzungen. Daraus entstehen sehr viele Mißverständnisse. Um wenigstens einen Teil davon von vornherein auszuschalten, seien zunächst einige der Voraussetzungen, von denen wir ausgehen, genannt; auch solche, die man sonst gern unausgesprochen läßt.

Als erste: Das gesamtdeutsche Bewußtsein, das zwischen Staats- und Volkszugehörigkeit scharf unterscheidet, innerhalb des Volkes aber keinen Unterschied macht, ob einer aus Flensburg oder aus Klagenfurt, aus Eupen oder aus Hermannstadt kommt — dieses gesamtdeutsche Bewußtsein, das noch 1918 im Reich in beklagenswürdiger Weise gefehlt hat, ist heute deutsches Gemeingut.

Als zweite: Die Vereinigung der im geschlossenen Siedlungsgebiet lebenden Deutschen in einem Staat ist wünschenswert. Das Hauptstück dieser Vereinigung ist der Zusammenschluß Österreichs mit dem jetzigen deutschen Reichskörper. Statt „Zwei Staaten, ein Volk“ (Schober) soll es einmal heißen dürfen: Ein Volk, ein Staat.

Als dritte: Ob der Anschluß innerhalb der heutigen europäischen Ordnung durchführbar ist oder nicht, bleibt eine offene Frage. Es soll an dieser Stelle nicht versucht werden, sie zu beantworten.

Als vierte: Gleichviel, wie man die Möglichkeiten der Durchführung von außen her beurteile, darf im innerdeutschen Bereich nichts geschehen, was sie von innen her unmöglich macht oder wesentlich erschwert.

Diese vier Punkte werden im folgenden vorausgesetzt. Es bleibt höchstens zu sagen, daß wir sehr wohl wissen: Es gibt Widerspruch gegen diese Punkte nicht nur

im Ausland, sondern auch in Österreich und im Reich. Der Widerspruch wird auch dann nicht unterschätzt, wenn er aus guten Gründen stumm bleibt oder höchstens im Gespräch die Formel findet: Immer davon reden, nie daran denken! Oder wenn ohne Bedenken veränderlichen privatwirtschaftlichen Interessen der Vorrang vor bleibenden volkspolitischen gegeben wird.

Nur wer gewillt ist, auch die vierte Voraussetzung nicht nur theoretisch gelten zu lassen, wird fruchtbaren Widerspruch melden können. Damit kommen wir zum Thema. Es will uns scheinen, als ob erhebliche meinungsbildende Teile des deutschen Volkes im Reich und seiner führenden Schichten die vierte Voraussetzung zwar bejahen, in der Praxis aber keineswegs die Folgerungen ziehen. Es wird oft genug davon gesprochen, daß das heutige Reich ein verstümelter Teilkörper sei; es steht im Widerspruch dazu, wenn dann gehandelt wird, als ob es ein organisches Ganzes wäre.

Hier ist nicht der Ort aufzuzeigen, wie häufig dieser Widerspruch sichtbar wird; noch weniger kann die Aufgabe sein, zu sagen, wie er im Fall dieses oder jenes Gesetzes hätte vermieden werden können. Es kommt gerade jetzt auf die große Linie an; Umbauten des reichsdeutschen Staatskörpers stehen bevor: so muß deutlich gesagt werden, nach welcher Art von Bauplan allein der gesamtdeutsche Bau der Zukunft gedeihen kann.

Geographie und Geschichte haben bewirkt, daß auch der jetzige Reichskörper Teile von recht verschiedenem Eigenleben enthält. Die unbestrittene Tatsache, daß man eine Reihe dieser Teileinheiten verschieden umgrenzen kann, beweist nicht ihr Totsein oder Fehlen; und die Stimmkraft (im wörtlichen wie im übertragenen Sinn) ist keineswegs ein zuverlässiger Maßstab für die Stärke des Eigenlebens. Nirgends im Deutschen Reich, auch nicht im Bereich des altpreußischen Zentralismus, sind alte Gliederungen so völlig erstarben oder vielmehr erschlagen worden wie die französischen Provinzen nach 1789. Aber es gibt Abstufungen. Beweisbar sind sie nicht, denn Raumbewußtsein und (gleichzeitig sonderndes) Zusammengehörigkeitsgefühl sind keine mathematischen Größen. Aber es ist keine Kränkung, wenn man anerkennt, daß Schlesien mehr Eigengewicht nicht nur im Sinn der Wirtschaft hat als Pommern; wenn man feststellt, daß Württemberg eine stärkere Einheit ist als Baden; daß in Hannover mehr Gestaltungswille für einen Teilraum steckt als in Kassel, und daß Altbayern oder Westfalen sehr viel eigenwilliger sind als das Land der Ostsachsen zwischen Erfurt und Görlitz, Magdeburg und Plauen.

Der Geograph wird darin zum Teil die Wirkung von Hauptstadtnähe oder Hauptstadtferne sehen (Berlin ist schon für das heutige Reich eine exzentrische Hauptstadt; daher nur ungleichmäßig resorptionsfähig); zum Teil auch die Wirkung einzelner besonders einheitlicher und wirksamer Landschaften. Der Historiker wird den Einfluß des in Jahrhunderten deutscher Geschichte Gewordenen feststellen; der Mann der Wirtschaft die Korrekturen anbringen, welche sich aus der grundlegenden Umgestaltung ergeben, denen einzelne Teillandschaften des deutschen Raumes im Zeitalter der Industrie unterlegen sind. Alle werden die vorhandenen Unterschiede sehen. Wo sie die Grenze ziehen zwischen dem, was im gesamtdeutschen Interesse an Vereinheitlichung geschehen, was an Sonderwesen erhalten werden muß, bleibt meistens persönlichem Gefühl überlassen. Häufig auch mangelnder Kenntnis; — wie oft schreiben „Föderalisten“, ohne diejenigen Teile Norddeutsch-

lands zu kennen, für die es neben der Willensbildung Berlins keine andere mehr gibt! Wie oft schreiben „Unitarier“, ohne Altbayern oder die Hansestädte zu kennen! Unkenntnis und Gefühl sind unzuverlässige Führer. Reichsdeutsche Gliederung und Einheit können nur nach einem Maßstab in gültiger Weise geprüft werden: nach dem, der sich ergibt, wenn man fragt, ob er für Gesamtdeutschland paßt.

Der „Anschluß“ ist das erste Hauptstück gesamtdeutschen Aufbaus. So heißt die Frage: In welchen Formen läßt sich das heutige Österreich samt Wien mit dem Reich zusammenschließen? Gestaltungen, die sich hierzu als unfähig erweisen, sind ungeeignet auch für reichsdeutschen Hausgebrauch.

Österreich und Wien verkörpern auch heute noch ein gewisses Maß von Macht und Einfluß im Alpen- und Donaauraum. Es ist altes Erbe, das sich erhielt: heute vielleicht mehr die Erbschaft des Spätmittelalters als die der Habsburger nach den ungarischen Heiraten. Immerhin: auch davon ist noch manches lebendig; vieles, das dem Deutschtum des heutigen Österreich schädlich sein möchte; manches, das für eine größere gesamtdeutsche Einheit fruchtbar gemacht werden könnte. Noch immer lebt in Wien eine alte Tradition; eine Tradition, die der Berliner höchstens militärisch unterlegen, politisch zum mindesten gleich und kulturell vielleicht übergeordnet ist. Und noch immer lebt in den bajuvarisch besiedelten Alpenländern eine Eigengestaltung, die sicher nicht schwächer ist als die bayerische innerhalb des Reiches. Das sind Tatsachen. Man mag sie freundlicher oder weniger freundlich beurteilen — vorhanden sind sie. Die Wirkung des Anschlusses in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht ist in Österreich früher und folgerichtiger durchdacht worden als im Reich. Die Selbstverwaltungsorgane der österreichischen Wirtschaft sind sich darüber klar, daß ein recht erheblicher Teil ihrer Betriebe geschlossen werden müßte, sobald der Anschluß vollzogen wäre. Staat und Länder wissen, daß sie manches Recht, das ihnen selbstverständlich ist, zugunsten eines größeren Ganzen aufgeben müßten. Trotzdem bejahen sie den Zusammenschluß. Aber sie haben ein Recht darauf, daß ihnen nur soviel an Opfern abverlangt werde, als für das Ganze noch eben tragbar ist. Mehr werden sie nicht gewähren können, ohne die Sache selbst zu gefährden.

Die reichsdeutsche Entwicklung seit 1871 ist gekennzeichnet durch sich steigernde Zentralisierung. Man mag im Zweifel sein, ob diese Entwicklung innerhalb des jetzigen Rahmens sich weitertreiben läßt, ohne gefährliche Spannungen hervorzurufen. Wir nehmen hier nicht grundsätzlich Stellung. Aber es ist kaum möglich, Österreich und seinen Ländern eine geringere Summe innerstaatlicher Rechte vorzubehalten, als Bayern und Württemberg etwa gegenwärtig noch besitzen¹⁾. Im Gegenteil! Wien hat eine stärkere Stellung als Stuttgart oder München; wer sich dem Gewicht der Tradition und der mit Vorsicht zu wägenden Zahl verschließt, nehme einen Atlas zur Hand und betrachte die geographische Lage.

Schon die direkte Verbindung von Berlin nach München führt, wo nicht an der sudetendeutschen Volksgrenze, so doch hart an der tschechischen Staatsgrenze vorbei. Die direkte Linie von Berlin nach Wien geht mitten durch Böhmen; die

1) Wie sich diese Rechte dann zwischen Wien und den heutigen Länderregierungen verteilen, ist eine völlig andere Frage. Hier gibt es viele Möglichkeiten, deren Abwägen gegeneinander wir an dieser Stelle unterlassen dürfen. Auf die Summe territorialen Eigenlebens, nicht auf die Untergliederung kommt es an.

schnellste Verbindung läuft durch die mährische Senke. Nur über fremdes Volks- und Staatsgebiet ist die zweitgrößte deutsche Stadt von der größten aus zu erreichen, wenn man nicht einen großen Umweg nehmen will. Daran wird nicht nur die verhängnisvolle Zerlapptheit der volksdeutschen Ostgrenze sichtbar, sondern auch die seltsame Hauptstadtlage Berlins. Es ist verständlich, daß man sich über die Hauptstadtlage Berlins nach 1871 wenig Gedanken gemacht hat. Als Hauptstadt des unzerstückelten Preußens das Gegebene, bedurfte Berlin keiner Rechtfertigung, als es die Hauptstadt auch des kleindeutschen Reiches wurde. Die Zentralisierung konnte sogar stillschweigend verschärft werden, ohne die Lagenungunst Berlins als Hauptstadt stärker hervortreten zu lassen. Für einen gesamtdeutschen Staatskörper liegen die Dinge anders: Um Wien von Berlin aus zu regieren, bedarf es längerer Zügel, als wenn man es nur mit Köln und München zu tun hat; und es wird einer über den altpreußischen wie über den neupreußischen Rahmen hinausgreifenden Staatskunst bedürfen, um die Aufrollung der Hauptstadtfrage für ein großdeutsches Reich zu verhindern.

Die territoriale Zerschneidung und die Zerrüttung des Volkskörpers durch Abwanderung und Vertreibung von Hunderttausenden aus Posen und Westpreußen haben den preußischen Nordosten geschwächt. Es ist nötig, dem Nordosten die wenigen Ansatzpunkte starker Wirtschaftskraft zu erhalten, die er besitzt. Zu diesen gehört Berlin; es wäre gefährlich, wenn seine Stellung als Hauptstadt für die Zukunft gefährdet würde durch Mißverstehen dessen, was Altdeutschland an Rhein und Donau nötig hat. Zu Altdeutschland gehört auch Österreich: es vertritt eine ältere Kolonialschicht als Preußen, und hat, vom Reich getrennt, auch manches neuere Kulturgut bewahrt, das dadurch eigenwilligere Prägung gegenüber Berlin behielt, als gleiches an Rhein und Isar. Reichsprovinz im Sinne derer, für die wirtschaftlich, politisch und kulturell alles „Provinz“ ist, was außerhalb Berlins liegt — das wird Österreich niemals werden. Das wird auch niemand im Reich von Österreich verlangen dürfen. Eine europäische Hauptstadt, die durch Jahrhunderte die Hauptstadt Deutschlands war, läßt sich nicht so rasch „provinzialisieren“. Im Gegenteil — sie wird immer versuchen, Teile ihrer alten Bedeutung zu wahren oder wieder aufzunehmen.

Das führt in Gedankengänge, die hier nicht weiter verfolgt werden sollen. Deutsche Neuordnung ist ein Teilstück der mitteleuropäischen. Wenn schon für einen gesamtdeutschen Staat starre Zentralisierung nicht möglich ist, so gilt das verstärkt von jeder Neuordnung in größerem Raum, die von Bestand sein soll. Es soll auch in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß der kürzeste Weg von Oberschlesien nicht nur nach Wien durch die Tschechoslowakei geht, sondern auch nach München; Oberschlesien liegt näher an Wien als an Berlin; es ist nur ein Zeugnis der Verkehrszerreißung, wenn die Reisedauer nach Berlin heute geringer ist. Daß der Anschluß zu einer Neuordnung der Beziehungen nicht nur zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei, sondern auch zwischen den beteiligten Völkern führen muß, leuchtet ein. Damit wird er zum Eckstein mitteleuropäischer Neuordnung, wie er, richtig verstanden, zum Prüfstein reichsdeutscher Neuerungen werden muß.

In beiden Fällen wird man mit starren Dogmen irgendwelcher Art nicht auskommen. Differenzierende Lösungen müssen gesucht werden. Sie sind leicht zu

finden, wenn man sich als Muster nicht an den phantasiearmen Logizismus französischer Verfassungen, sondern an das meisterhafte Abstufen britischen Reichsbaus hält. Auch deutsche Vergangenheit mit ihrem reichen politischen Formenschatz bietet manches nützliche Beispiel. Der Gedanke an das Reichsland Österreich aber gibt den besten Maßstab für das, was an straffer Einheit auf der einen, an vielfältiger Freiheit auf der anderen Seite nicht entbehrt werden kann.

Zu lernen bleibt in Berlin heute mehr als in Wien. Die Ursache sehen wir darin, daß beide Städte zweierlei gemeinsam haben; nur ist beides in Wien stärker ausgeprägt und darum bewußter: unmittelbare Grenzlage und Exzentrizität gegenüber dem regierten Staatskörper. Die Grenzlage Wiens ist unmittelbarer: man kann vom Stephansturm in fremdes Land schauen; Berlin kann nur mit weittragenden Geschützen aus entfremdetem Land beschossen werden. Die meisten Wiener kennen die Grenze; die wenigsten Berliner sind mit ihr vertraut. Und auch die exzentrische Lage wirkt unmittelbarer; sie hat sehr früh jene Auseinandersetzungen mit lebensfähigen und lebenswilligen Ländern hervorgerufen, die Berlin erst bevorstehen; das Bewußtsein, in dem Staat, dessen Hauptstadt man ist, nicht nur geographisch am Rande zu liegen, nicht nur im biologischen Sinn auf lebenskräftigere, überwiegend ländliche Gebiete angewiesen zu sein, hat heilsame Folgen. Man gibt sich geringeren Täuschungen über die verfügbaren Machtmittel hin, und verliert nicht so leicht den Maßstab für das, was man als „Provinz“ bezeichnen darf, was nicht. So kann die kleindeutsche Hauptstadt von heute von der großdeutschen Hauptstadt von einst in manchen Punkten lernen; je mehr sie in ihrem ganzen Wesen Weltstadt wird, desto mehr wird man hinweisen müssen auf ihre Grenzfunktion; desto mehr müssen gegenüber den Nachteilen, die eine Millionenstadt als Hauptstadt immer geboten hat und immer bieten wird, bodenständig stabile Körperschaften bewahrt und ausgebaut werden. Je mehr Schotten ein Schiff hat, desto schwerer sinkt es. Einheitsräume sind bequemer überschaubar, aber um vieles mehr gefährdet. Man wird erhalten müssen, was an lebenswilligen Gliedern noch vorhanden ist; keinesfalls darf man den Abstand vergrößern zwischen dem, was die süddeutschen Staaten noch an Eigenleben sich bewahrt haben, und dem, was man Österreich von vornherein zubilligen muß. Man würde damit großdeutschen Aufbau erschweren.

Aber man wird — schon um der Klärung willen, die großdeutscher Ausblick in dieser wie in vielen anderen Fragen erzwingt — nicht darum herumkommen, zu scheiden zwischen Lebenswilligem und Lebensfähigem auf der einen, unbrauchbar Gewordenem auf der anderen Seite. (Daß dazu neben einigen norddeutschen Kleinstaaten auch die meisten Großstadt-Selbstverwaltungen gehören, hat inzwischen manchen landentfremdeten Befürworter von Einheitszwang stiller werden lassen.) Solche Scheidung muß behutsam und streng zugleich erfolgen. Daß dabei nichts geschehen darf, was dem Ziel eines organischen gesamtdeutschen Aufbaus schaden kann — das darf vor weitem Kreis einmal gesagt werden in einer Zeit, in der ein erfolgreicher Kanzler sich mit einer Kassensanierung bescheiden weder darf, noch kann, noch wird.

GERHARD V. TEVENAR:**Verteidigungsprobleme Niederländisch-Indiens****I.**

Die japanischen Aktionen in China haben auch in Holland von neuem die Aufmerksamkeit auf die pazifischen Probleme gelenkt und begreiflicherweise vor allem über die strategische Position und den Verteidigungszustand Niederländisch-Indiens eine lebhafte Diskussion herbeigeführt. Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß die verantwortlichen Kreise in Den Haag ebenso wie Hollands öffentliche Meinung heute nicht unerheblich anders über die Bedrohung und den Schutz ihres Inselarchipels denken als noch vor einem Jahrzehnt. Bei dieser Entwicklung hat der innenpolitische Faktor einer warnenden Propaganda nationaler Kreise ebenso mitgespielt wie die schnell zunehmende Bewölkung am politischen Himmel des Fernen Ostens. Die mehr oder weniger bewaffnete Neutralität der Niederlande während des letzten Weltkrieges — in der Tat mußte die Umklammerung Indiens durch Briten und Japaner sowie des Mutterlandes durch die deutschen Heere eine Parteinahme recht schwierig machen — hatte in den ersten Nachkriegsjahren die Meinung aufgenommen lassen, daß das Nicht-Mittun immer und in jedem Fall die beste und einbringlichste Art der Selbsterhaltung sei, und dementsprechend eine wahre Hochflut pazifistischer Abrüstungslosungen und humanitärer Träume von kolonialer Selbstverwaltung und anderen Fortschrittsidealen ausgelöst. Auch die letzten nur denkbaren Gefahren schienen durch die Gründung eines Völkerbundes gebannt, dessen Mitglieder sich zu solidarischer Abwehr jedes an irgendeinem Ende der Welt etwa auftretenden Angreifers feierlich verpflichtet hatten. Unter dem Eindruck solcher Vorstellungen bewegte sich denn auch zunächst die holländische Indienpolitik sowohl in der Flotten- wie der Eingeborenen- oder der Freihandelsfrage mit dem allergrößten Optimismus auf der Linie des geringsten Widerstandes und der kleinstmöglichen Unkosten. Denselben Geist atmen die 1927 von der Regierung beschlossenen „Grundlagen für die Verteidigung von Niederländisch-Indien“, eine Art von politisch-strategischer Dienstvorschrift für die holländische Wehrmacht in Indien, in denen die „Erfüllung der militärischen Pflicht als Mitglied der Völkergemeinschaft gegenüber anderen Völkern“ ausdrücklich als eine von deren Hauptaufgaben bezeichnet wird und die uns weiter unten noch einmal beschäftigen werden.

An der Zerstörung dieser Illusionen war gewiß nicht nur das offensichtliche und beständige Versagen der Genfer Liga schuld. Auch andere Faktoren, wie die gerade auf Indien schwer lastende Weltwirtschaftskrise, die sich in Streiks und einem unerhörten Parteienpluralismus äußernde innerpolitische Zersetzung im Mutterlande, und endlich eine oft von fremder Hand geschürte Eingeborenenbewegung dürfen in diesem Zusammenhang keineswegs übersehen werden. Es ist bekannt, daß die nur durch Bombenflugzeuge zu bändigende Meuterei des indischen Panzerschiffes „Zeven Provinciën“ und die ebenfalls im Jahre 1933 erfolgte Berufung des früheren Kriegsministers und Indienoffiziers Hendrik Colijn eine neue Politik „der starken Hand“ eingeleitet haben, die im Zuge der allgemeinen Besinnung und Ernüchterung auch eine zunehmende Anteilnahme an den fernöstlichen Problemen zur Folge hatte.

Mit einigem Zögern sah man schließlich doch ein, daß die bisherige Vernachlässigung von Flotte und Luftwaffe die Erfolgsaussichten auch nur einer bloßen Neutralitätswahrung im Falle eines pazifischen Konfliktes nahezu auf Null herabgedrückt hatte; erst vor wenigen Wochen haben denn auch die holländischen Kammern mit überraschender Einmütigkeit ein verhältnismäßig ansehnliches Aufrüstungsprogramm bewilligt und damit die Verteidigung von Indien wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

2.

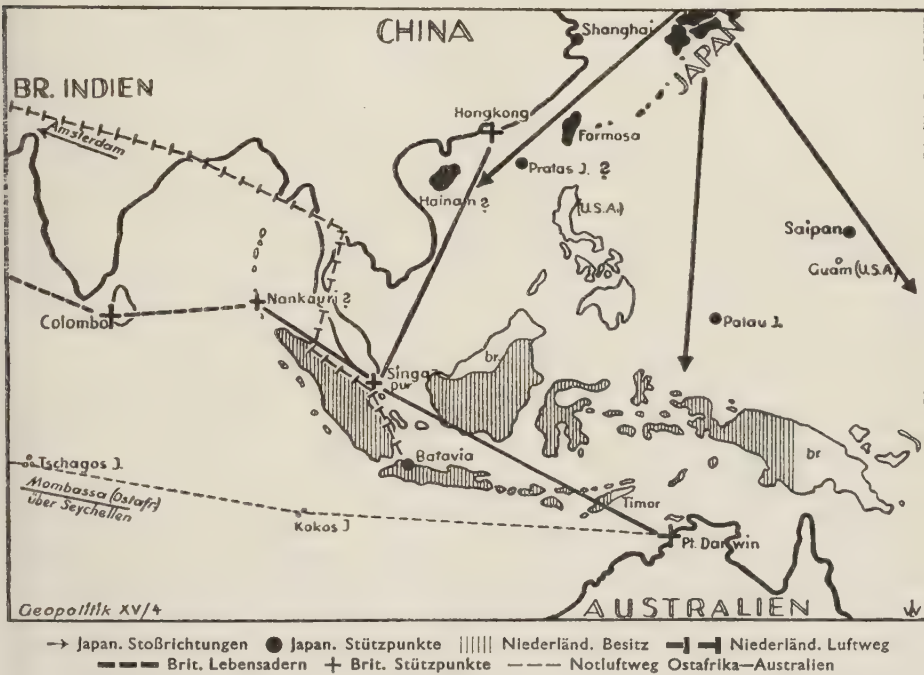
Man sagt, daß die geheimnisvollen Admiralskonferenzen an Bord des Kreuzers „Kent“, von denen die fernöstliche Studienreise des britischen Feldmarschalls Allenby im Anfang 1934 begleitet war, in allererster Linie für die neuen Einsichten verantwortlich gewesen seien, die in London den weiteren großzügigen Ausbau von Singapur entschieden haben und von da bis nach Den Haag gedrungen sein dürften. Seit dieser Zeit hat man verschiedentlich von einem zusehends wachsenden Interesse der britischen und holländischen Marinekrise für einander gesprochen, und auch das Gerücht von britischen Verhandlungen mit Den Haag und Lissabon über die Anlage eines Luftstützpunktes auf der Insel Timor hat sich hartnäckig gehalten. In diesem Zusammenhang sei nur kurz auf die zum Teil heftigen Aussprachen in der holländischen Kammer zu Beginn dieses Jahres verwiesen, in deren Verlauf immer wieder das Bestehen einer geheimen britisch-holländischen Abmachung über gemeinsames Handeln sowohl am Rhein wie im Südwestpazifik behauptet und bestritten worden ist. In jedem Falle sind es einige grundlegende Veränderungen auf dem Schachbrett der Pazifikpolitik, denen Holland angesichts der eminent wichtigen Schlüsselstellung seiner Besitzungen heute Rechnung zu tragen sich genötigt sieht und denen wir nunmehr unsere Aufmerksamkeit zuwenden wollen.

Da ist zunächst der unerwartete amerikanische Rückzug aus der Philippinenstellung und damit aus dem australasiatischen Bereich überhaupt. Ein Blick auf die Karte lehrt, daß gerade die Philippinen einer nördlichen Bedrohung von Insulinde wirkungsvollen Widerstand entgegenstellen können. Geben nun die USA., so argumentiert der Holländer, langsam aber sicher dieses Sperrfort auf, so kann auch ihre vielbesprochene Luftverbindung über Guam nach Manila und Hongkong das Gefühl der Unsicherheit in Batavia nicht mehr beseitigen. Dem amerikanischen Abzug kann, so meint man, nach Lage der Dinge auf die Dauer doch nur Japans Einzug in Manila folgen, und also scheiden die Vereinigten Staaten in Zukunft nicht nur aus der sogenannten weißen Front aus, die man dem japanischen Raumburger im Südwestpazifik entgegensetzen möchte, sondern sie laden darüber hinaus durch diese Haltung Japan geradezu ein, sich den Anmarschweg nach Singapur und Java durch die Inbesitznahme der Philippinen um fast die Hälfte zu verkürzen. Hierzu kommt noch das Argument, das rohstoffarme Japan werde sich bei einem Konflikt mit den USA. zur Sicherstellung seiner durch den Ausfall des kalifornischen Öles aufs äußerste gefährdeten Brennstoffversorgung zur Besetzung und Ausbeutung der holländischen Ölfelder auf Ostborneo entschließen müssen, die ihm bereits heute rund 20% seiner gesamten Einfuhr stellen. Wie man sieht, gehen alle holländischen Überlegungen, zumal seit den Veränderungen in der philippinischen Position, ausschließlich und einstimmig von der Annahme aus, daß Niederländisch-Indien in Wirklichkeit einzig und

allein durch Japan bedroht sei und dementsprechend seine Verteidigung nur auf diese eine Gefahr abgestimmt zu werden brauche.

Damit wird es notwendig, einen Augenblick die japanische Politik in Indonesien zu verfolgen und zu untersuchen, welche Rückwirkungen sie dort hervorgerufen hat.

Schon vor vielen Jahren erregte in diesem Zusammenhang in Holland ein Dokument beträchtliches Aufsehen, das nach Angaben des Marineblattes „Onze Vloot“ am 25. Juli 1927 durch den Ministerpräsidenten General Tanaka in Gestalt eines Memorandums über die Mandchureipolitik dem japanischen Kaiser vorgelegt worden sein soll. Darin heißt es u. a.: „Wenn es uns gelingt, China zu erobern, werden alle anderen Länder in Asien und in der Südsee uns fürchten und vor uns kapitulieren. Die Welt wird dann begreifen, daß Ostasien uns gehört, und wird unsere Rechte nicht mehr anzutasten wagen ... Sobald wir einmal Chinas Hilfsquellen zu unserer Verfügung haben, werden wir uns anschließend an die Eroberung von



Britisch- und Niederländisch-Indien ... machen. Die Kontrolle der Mandchurei und der Mongolei kann nur der erste Schritt hierzu sein.“

In ähnlicher Weise schien eine Rede des Admirals Takahashi vor einer Industriellenversammlung in Osaka die niederländischen Befürchtungen zu rechtfertigen, in der die Bemerkung vorkam: „Japans wirtschaftlicher Aufmarsch muß nach Süden gerichtet sein, mit Formosa und den Südseeinseln als Sprungbrett. Der Aktionsradius der japanischen Marine kann dann schnell bis nach Neu-Guinea, Borneo und Celebes ausgebreitet werden.“ Gewiß darf man solchen bemerkenswerten Zielbeschreibungen nicht weniger, aber auch nicht mehr Wert beimessen als anderen marktschreierischen Kriegsprophezeiungen aus dem indopazifischen Spannungsfeld vom Schlage des Buches „Japan must fight Britain“. Eines ist jedoch festzuhalten: die Tatsache nämlich, daß das Reich der aufgehenden Sonne seinen wirtschaftlichen Aufmarsch in Insulinde während des letzten Jahrzehntes ernsthaft betrieben und die „friedliche Durchdringung“ des holländischen Besitzes mit allen Mitteln versucht hat. Batavias großzügige Politik der offenen Tür erlaubte den japanischen Waren und Schiffen schon bald nach dem Kriege mehr und mehr festen Fuß zu fassen, so daß sich tatsächlich während der schlimmsten Krisenjahre jede europäische oder amerikanische Konkurrenz von dort verdrängt

sah. So kam es, daß die billigen japanischen Fertigwaren auf Java und Sumatra für die Einheimischen geradezu unentbehrlich wurden; allerdings dachten die Exporteure in Tokio und Yokohama je länger je weniger daran, sich mit dieser Marktbeherrschung zu begnügen: nein, sie wollten auch Schifffahrt und Kleinhandel ganz in ihre Hände bringen. An diesem Punkte aber konnte schließlich energischer Widerstand nicht ausbleiben. Die ersten Verhandlungen über eine Kompromißformel in der Schifffahrtsfrage sowie der immer mehr zurückgehenden niederländisch-indischen Ausfuhr nach Japan scheiterten an dessen Forderungen, und das gleiche Schicksal traf die Besprechungen in Batavia vom Jahre 1934. So blieb dem Holländer letzten Endes nichts anderes übrig, als die japanische Einfuhr stark zu drosseln und dabei zugleich an die eigenen Schifffahrtsinteressen im australasiatischen Mittelmeer zu denken. In demselben Augenblick sah sich der japanische Absatz nun zum erstenmal ernstlich bedroht, und so ist seit dieser Zeit zu beobachten, wie das in der ersten Nachkriegszeit zunächst glänzende Verhältnis zwischen Holländern und Japanern langsam, aber sicher durch Mißtrauen und Nervosität untergraben wird. In Niederländisch-Indien gewöhnte man sich mit der Zeit an, in jedem japanischen Händler, Badegast oder Friseur einen spionierenden Offizier der Kaiserlichen Marine zu sehen und in den im ganzen Archipel recht zahlreich auftretenden japanischen Fischerbooten deren Vorpostenschiffe (nach japanischen Zeitungsberichten sollen rund 350 000 Boote über den ganzen Südpazifik verstreut sein). Tatsächlich führte diese Spannung denn auch zu den verschiedensten Zwischenfällen, von denen hier nur der letztjährige Zusammenstoß im Riau-Archipel (in unmittelbarer Nähe Singapurs) erwähnt sei, in dessen Verlauf holländische Polizeistreifen zwei japanische Fischer erschossen, die der Aufforderung zum Verlassen der Territorialgewässer nicht hatten Folge leisten wollen. Andererseits beschäftigte sich Tokio offenbar eine Zeitlang eingehend mit den indonesischen Nationalisten, wie das ja früher schon von kommunistischer Seite geschehen war. Es scheint jedoch, daß der mißtrauische Javaner sehr bald gemerkt hat, daß Japan ihm anstatt der erstrebten Freiheit lediglich ein anderes und gewiß strengeres Kolonialregime bringen würde, und daß er sich nun doch weit besser mit der wirklich großherzigen holländischen Obrigkeit abzufinden weiß.

Auch in einem anderen Punkte haben diese japanischen Durchdringungsversuche offenbar das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht. Die etwa 2 Millionen zählenden Chinesen in Insulinde halten dort von altersher den gesamten Kleinhandel in ihren Händen und haben zudem einen gewissen Zusammenhang mit den geistigen und politischen Strömungen ihres Mutterlandes niemals ganz aufgegeben. Seit dem Mandschureikonflikt, und vor allem natürlich bei der heutigen chinesischen Kriegslage, gelangten diese Inselchinesen ebenso wie die Kuomintang immer mehr dazu, im Holländer weniger einen lästigen Fremden als vielmehr einen möglichen Verbündeten gegen Japan zu sehen, und so hält das chinesische Element heute loyaler zu Batavia als je zuvor. Nach solchen Erfahrungen erscheint es verständlich, wenn sich nun auch dort die Ansichten von der Harmlosigkeit der japanischen Aktivität in Insulinde mehr und mehr gewandelt haben.

3.

Neben diesem mehr psychologischen Faktor dürften aber ganz ähnliche strategische Überlegungen in Niederländisch-Indien wirksam gewesen sein, wie sie für den beschleunigten Ausbau von Singapur und neuerdings von Hongkong und Port Darwin entscheidend waren. Zwei bisher für die indische Verteidigung maßgebende Umstände haben in den letzten zehn Jahren eine beträchtliche Veränderung erfahren: einerseits die Schrumpfung des Abstandes zwischen der Basis Singapur-Surabaja-Port Darwin und den Ausgangshäfen der japanischen Streitkräfte im Norden und andererseits die schnelle Ausweitung der Aktionsräume des Flugzeuges sowie dessen in gleichem Maße wachsende Bedeutung als Abwehrwaffe.

Es muß die Aufmerksamkeit des Holländers, der einst auch Formosa sein eigen nannte, ganz besonders in Anspruch nehmen, wenn Japan jetzt nicht nur über Formosa und sogar die Palau-Inseln als Flottenstützpunkte gebieten kann, sondern auch über das näher liegende Hainan und die Pratas-Inseln, die es kürzlich in aller Stille hat besetzen lassen. Auf solche Weise ist der gewaltige Abstand Yokohama-Batavia (3000 sm) auf die Hälfte herabgemindert und der Anmarsch einer Schlacht- oder Transportflotte in demselben Maße erleichtert worden. Wenn der Holländer dazu noch die Möglichkeit einer japanischen Festsetzung auf den Philippinen ins Auge faßt, so wird man ihm nachfühlen, wenn er den immer deutlicheren Eindruck bekommt, daß Japan ihm auf den Leib rücke. In Palau endet heute bekanntlich eine von Tokio ausgehende Luftverbindung, und von da sind es nur noch ganze drei Flugstunden bis zur niederländischen Nordküste von Neu-Guinea, dessen leeres Gebiet (auf den qkm nur 0,5 Einwohner — in Australien sind es 0,9!) für den japanischen Raumburger (Bevölkerungsdichte von 190 auf den qkm!) recht verlockend sein kann. Seit der Ausdehnung des pazifischen Luftnetzes — ich erinnere nur an die britischen und niederländischen Australienflüge und den regelmäßigen Dienst des China-Clipper — weiß jedermann, daß Entfernungen von 3000 km für die modernen Maschinen kein Problem mehr sind (daß die in den letzten Jahren auf Java stationierten Glenn-Martin-Bomber vollbelastet nur 1000 km Aktionsradius besitzen, spricht lediglich für die unzureichende Ausrüstung der indischen Fliegerei, nicht aber gegen die Wahrscheinlichkeit, daß auch auf dem Abstand Palau-Surabaya mit dem Einsatz der Luftwaffe wird gerechnet werden müssen). Übrigens scheint das holländische Bestreben, die seit Oktober 1937 dreimal wöchentlich mit gutem Erfolg betriebene KLM.-Linie Amsterdam-Batavia bis Australien weiterzuführen, gerade darum zunächst ohne Erfolg geblieben zu sein, weil die britische Reichsverteidigung das so entscheidende Zwischenstück Singapur-Port Darwin selbst in der Hand behalten wollte. Die australische QANTAS-Gesellschaft hat die Aufnahme ihres Dienstes denn auch für den Frühsommer 1938 angekündigt, nachdem der niederländisch-indischen Luftverkehrsgesellschaft KNILM. erst im Februar dieses Jahres die Zustimmung zur Einrichtung eines Australiendienstes erteilt worden ist.

4.

Entsprechend dem Fortfall der früheren Vorstellung, daß eine japanische Angriffsflotte 3000 sm zu überwinden haben würde und daß Luftoperationen ausschließlich von den sehr empfindlichen Flugzeugträgern aus möglich seien, sieht sich also der holländische Stratege heute zu neuen Forderungen an die Verteidigungsmittel seines indischen Archipels genötigt. Der vor dem Kriege vorherrschende Gedanke, daß die Marine ebenso wie das Heer auf Java in erster Linie Ruhe und Ordnung unter der einheimischen Bevölkerung zu wahren und allenfalls noch die Abwehr feindlicher Truppenlandungen auf Java zu gewährleisten habe, mußte fallen gelassen werden. Daher erscheinen bereits in den obenerwähnten „Grundlagen für die Verteidigung von Niederländisch-Indien“, vor allem in ihrem inzwischen neugefaßten Wortlaut, einige andere Gesichtspunkte. Es heißt dort, daß die Wahrung der niederländischen Neutralität auf Java die Aufgabe des von der Flotte zu unterstützenden Heeres, in den Gebieten außerhalb Javas jedoch die Aufgabe der Flotte sei, die an besonders wichtigen Punkten den Beistand des

Heeres erhalten solle. Als solche besonders verletzbaren und wichtigen Punkte werden einstweilen nur die beiden Ölhäfen Tarakan und Balikpapan (Ostborneo) ausdrücklich genannt. Der erste Platz gewinnt durch seine weit nördliche Lage und die Tatsache, daß sein Öl ohne Aufbereitung sofort verheizbar ist, außergewöhnliche Anziehungskraft. Beide Plätze sind daher heute befestigt und ständig besetzt und sollen im Falle übermächtiger Bedrohung gründlich zerstört werden. Merkwürdigerweise ist aber in den „Grundlagen“ von der Luftwaffe noch so gut wie gar keine Rede. Wohl sprechen sie von einer „maritimen Luftmacht“ sowie von „Hilfs- waffen“ des Heeres und meinen mit der letzteren Bezeichnung gewiß ebenso den Pionier wie das Aufklärungsflugzeug. Daß eine solche Auffassung von der Verteidigung Indiens zumindest lückenhaft ist, hat man denn auch in Holland bereits eingesehen. So kann es nicht wundernehmen, daß seitdem gerade um die Rolle der Luftwaffe bei der Abwehr eines japanischen Angriffes auf Niederländisch-Indien in der Fachpresse ebenso wie in der Öffentlichkeit eine lebhafte Auseinandersetzung entstanden ist. Die modernere Schule meint, man solle angesichts der „beschränkten holländischen Geldmittel“ (sonderbarerweise werden die zwei Milliarden Gulden Goldreserve und das umfangreiche holländische Kapital in Amerika nicht erwähnt, sobald es sich um die Unkosten der indischen Verteidigung handelt) das entscheidende Gewicht auf den Ausbau einer großen Luftmacht legen und auf die dann für entbehrlich gehaltenen Kreuzer völlig verzichten. Der konservative Standpunkt erkennt die Notwendigkeit einer Lufrüstung an, hält aber gleichzeitig an einer Kreuzerwaffe von mindestens vier Einheiten fest. Die Regierung hat sich mit ihrem Haushaltsplan für 1938 auf den sehr naheliegenden vermittelnden Standpunkt gestellt und sowohl den Kreuzerersatz in Angriff genommen wie minimal 72 große Marineflugzeuge für erforderlich erklärt. Ein besonders für die Zwecke der indischen Verteidigung von den deutschen Dornier-Werken entworfenen dreimotoriges Flugboot befindet sich im Anbau und soll zu Anfang des nächsten Jahres in mindestens 42 Einheiten in Dienst gestellt sein. Auch die kürzlich beschlossene Errichtung einer Flugzeugfabrik auf Java kann für die indische Luftwaffe große Bedeutung gewinnen. Damit ist endlich einmal der Anfang zu einem systematischen Ausbau der gesamten indischen Streitkräfte gemacht, wenn auch natürlich noch immer hier und da schwache Punkte bleiben. Zu diesen gehört ohne Zweifel die Unterlassungssünde, die Luftwaffe sowohl im Mutterlande wie in Indien bei der Heeres- und bei der Flottenleitung, z. T. auch noch bei den zivilen Luftfahrtinstanzen zu verzetteln, anstatt sie entsprechend ihrer heutigen Bedeutung selbstständig und einheitlich auszugestalten. Die einzige Konzession in dieser Richtung wird sich demnächst beim indischen Heer vollziehen, dessen bisherige Fliegerabteilungen in Zukunft neben Infanterie, Artillerie, Kavallerie und Genie eine besondere Waffe im Heeresverband bilden.

5.

Die große Streitfrage, ob selbst mit diesen Mitteln die zahlreichen Aufgaben der indischen Verteidigung mit einer gewissen Erfolgsaussicht angepackt werden können, ist natürlich auch durch das neue Bauprogramm noch keineswegs aus der Welt geschafft. Je mehr sich die geopolitische Einsicht in die Entwicklungstendenzen des indopazifischen Raumes durchsetzt, desto größeres Gewicht erhält die Position

Niederländisch-Indiens, die ja nicht nur das einzige Tor zwischen dem Stillen und dem Indischen Ozean, sondern auch die einzige Brücke zwischen Australien und Asien darstellt. Es ist unverkennbar, daß in Holland mit dem Verständnis für die Größe der indischen Aufgaben zugleich das Bewußtsein von einer schicksalhaften Interessengemeinschaft mit Großbritannien an Deutlichkeit sehr gewonnen hat. Die Überschattung Niederländisch-Indiens und demzufolge auch des kleinen europäischen Mutterlandes durch die Macht des britischen Empires hat in dem „uneinnehmbaren“ Singapur und der australischen Aufrüstung ein treffendes Symbol gefunden. Dieses Gefühl des Angewiesenseins auf große Verbündete birgt ebenso eine Beruhigung wie eine Warnung für Holland in sich. Wenn es wahr ist, daß — nach Berichten des Deli Courant (Sumatra) — gewisse holländische Kreise Indien doch lieber durch Großbritannien verteidigen lassen und dafür das niederländische Heer dort als dessen Vorhut gegen Mitteleuropa einsetzen möchten, wo nach Auffassung des Herrn Baldwin Englands Grenze liegt — am Rhein —, so wird das Gefährliche einer so verstandenen „schicksalhaften Interessengemeinschaft“ für Holland offenkundig. Wenn es sich neuerdings mit großer Beflissenheit an die Erkundung des Siedlungslandes und der Bodenschätze in den noch kaum ausgenutzten Gebieten Borneos und Neu-Guineas macht, um so den nicht selten und nicht ohne gewisse Berechtigung im Ausland auftauchenden Vorwürfen zu begegnen, so darf hier auch daran erinnert werden, daß wie in manchen australischen Kreisen so auch in den Niederlanden Stimmen laut geworden sind, die die Einsetzung von Japan in die deutschen Südseepositionen aufrichtig bedauern und Deutschlands Mitwirkung an der Erschließung und natürlich auch der Verteidigung dieser Räume gern gesehen hätten. So bleibt außer dem Empire nur noch das in Ostasien sehr schwache Frankreich; und das Zusammenwirken dieser drei Mächte in dem Dreieck Hongkong—Singapur—Port Darwin darf wohl in jedem Fall als sicher gelten. Daß übrigens England ebensowenig wie Holland ausschließlich an die Sicherung des Hauptweges durch den Suezkanal und die Straße von Malakka (man spricht neuerdings wieder von einer künftigen Flottenstation auf den Nikobaren) denkt, zeigen die britischen Vorbereitungen für eine subsidiäre Luftverbindung von Onslow (Westaustralien) über die Kokos- und Tschagos-Inseln und Seychellen nach dem ebenfalls befestigten Mombassa (Ostafrika) wie auch die neuen Pläne zur Erweiterung des südafrikanischen Stützpunktes Simonstad zu einer großen, gemeinschaftlich britisch-niederländischen Flottenbasis zum Zweck verstärkter Sicherung des Indienweges um das Kap.

MANFRED SELL:

Das Sorgenkind der niederländischen Landesverteidigung in Europa: Um einen besseren Schutz von Limburg

Außer den allgemeinen Sorgen um ihre politische Selbstbestimmung, wie sie auf allen kleineren Mächten lasten, kennt die heimatliche Landesverteidigung der Niederlande noch ein besonderes Sorgenkind. Es ist die Provinz Limburg. Das hat zweierlei Grund. Zum einen ragt sie in einer strategisch höchst ungünstigen und bedenklichen räumlichen Gestalt aus dem geographischen Aufbau des Gesamtstaates heraus und stellt der Landesverteidigung damit äußerst schwierige, ja vielleicht

unlösbare Aufgaben. Zum andern aber ist gerade sie wehrwirtschaftlich für die Niederlande unentbehrlich, ihr Besitz eine Lebensfrage ihrer wirtschaftlichen Kraft in friedlichen und ihrer Widerstandskraft in kriegerischen Zeitläuften. Unmögliches und Unumgängliches in Einklang zu bringen, aus der Not eine Tugend zu machen ist immer ein mißlich Ding, nirgends mehr als in Fragen des Kriegswesens. Höchst interessant und lehrreich ist aber, wie die Niederlande dennoch mit beachtlichem Mut an das Problem herangegangen sind und es anpacken.

I.

Erwachsen ist es ihnen aus ihrer eigentümlichen Geschichte, deren entsprechende Zusammenhänge hier kurz ins Gedächtnis gerufen seien.

Bekanntlich begann sie mit ausgeprägter politischer, wirtschaftlicher, kultureller Eigennote im Zeichen des Freiheitskampfes gegen Spanien. Bei seinem Ausbruch ums Jahr 1566/67 ergriff er ursprünglich das Gesamtgebiet niederländischer Bevölkerung, also die Niederlande und Belgien. Doch gelang es der anfangs sehr geschickten spanischen Kriegsführung und Politik, ihn bald auf den Norden zu beschränken, zunächst auf Holland, Seeland und einiges Hinterland. Schließlich mündete dieser „Achtzigjährige Krieg“ aus in das Hinundher des militärischen und politischen Geschehens im übrigen Europa, zuletzt den Dreißigjährigen Krieg, nachdem er den Niederländern überreiche Gelegenheit geboten hatte, der Welt glänzende Proben ihres fanatischen Freiheitswillens und ihres großen Könnens in Kriegsführung und Seewesen, Staatskunst und Geistesleben, Wirtschaft und Technik zu geben.

1568 hatten sich die Niederlande nicht nur ihre absolute politische Selbstbestimmung von Spanien wie auch vom Heiligen Römischen Reiche Deutscher Nation ertrötzt. Sie waren auch eine europäische Großmacht geworden, dank ihrer erstaunlich entwickelten See- und Überseebeziehungen. Nur eine große Sorge beschattete ihr europäisches Dasein, die räumliche Enge der heimatlichen Grundstellung. Daraus ergaben sich ganz bestimmte Ansprüche und Ziele. Während sie auf See auf ihr eigenes Können und letztlich auf die erprobte Schutzwirkung der schwierigen heimischen Küstengewässer vertrauten, sorgten sie sich um die Landfronten. Wohl war im Unabhängigkeitskrieg gründlich erprobt worden, wie eine feindliche Invasion mit Hilfe des Wassers des Meeres und der Flüsse, der Kanäle und des Grundes abgeschlagen werden kann. Aber das hatte doch auch recht empfindliche Einbußen an Gut und Arbeit erfordert, die heimische Basis noch mehr eingeengt und die Angst vor dem feindlichen Endsieg nicht restlos behoben. So waren sie bestrebt, die Landverteidigung tiefer in den mitteleuropäischen Raum vorzuverlagern. So wurde die 1632 den Spaniern abgenommene Festung Maastricht 1648 festgehalten.

Es war ein bedeutsamer Entschluß, dessen Berechtigung sich in der Folge immer wieder erwies, so etwa in dem Raubkrieg, den Ludwig XIV. 1672/77 gegen die Niederlande führte. Bei Einbeziehung des mit 123 m ü. d. M. das Vorgelände überhöhenden St. Pietersberges beherrscht Maastricht mit dem Brückenkopf Wijk ja das Maastal, also sämtliche Anmarschwege aus Frankreich und Belgien gegen Norden. Immer wieder hat es die Invasionsarmeen erst auf sich gezogen, von den eigentlichen Niederlanden abgelenkt oder zum wenigsten den Angriff auf diese zeitlich hinausgeschoben. Umgekehrt war es längere Zeit die feste Basis für die Geltendmachung niederländischer Besatzungsrechte in einer Reihe fester Plätze im spanischen, später österreichischen Belgien. Obwohl es vom geschlossenen niederländischen Staatskörper räumlich durch Streifen des Bistums Lüttich und des Herzog-

tums Jülich getrennt war, erfüllte es also die von ihm erwartete Sicherungsaufgabe bis in die alle europäische „Ordnung“ niederreißenden Stürme der Großen Französischen Revolution.

Als sich die vom Wiener Kongreß 1815 etwas künstlich zusammengelegten nördlichen und südlichen Niederlande 1830/1839 gewaltsam wieder trennten, übrigens nicht ohne erinnernswerte sehr tätige Mitwirkung der an einem wirklich starken, widerstandsfähigen Staatswesen an den Mündungen von Rhein, Maas und Schelde herzlich wenig interessierten englischen und französischen Staatskunst, versuchte Belgien, sich Maastrichts zu bemächtigen. Das schlug fehl. So blieb die Brückenfestung den Niederlanden erhalten, obwohl sie völkisch vielleicht, religiös bestimmt Belgien oder aber auch den nahen deutschen Rheinlanden näherstehen mag. Die geschichtliche Erinnerung triumphierte über alle andern Prinzipien. Kein Zweifel, daß auch die Masse der Bevölkerung der nunmehr definitiv begründeten niederländischen Provinz Limburg diesen Entscheid niemals bereut hat.

Für die niederländische Landesverteidigung aber ergaben sich nunmehr erneut die erwähnten Sicherungsaufgaben, die durch den Abstieg des Landes zur kleinen europäischen, wenn auch großen kolonialen Macht wesentlich erschwert wurden. Zwar war die Stellung etwas breiter geworden. Außer im St. Pietersberg ragte sie nunmehr im Dreiländereck bei Vaals mit 325 m ü. d. M. sogar auf Mittelgebirgshöhe hinauf. Auch war sie durch einen „Korridor“ über die früheren „Barriere-Festungen“ und Maasbrückenköpfe Roermond und Venlo nordwärts räumlich fest ans niederländische Staatsgebiet angegliedert worden. Aber gerade dieser Korridor bereitet die Hauptsorge. Über 50 km in der Luftlinie springt Limburg von Roermond aus noch nach Süden vor, schiebt sich zwischen deutsches und belgisches Gebiet in eine Sperrlage, deren militärische und politische Bedeutung sich im Auftakt wie im Ausklang des Weltkriegs mit den sogenannten „Durchmarsch-Märchen“ genugsam abzeichnete. In der West-Ost-Achse aber mißt dieser Südzipfel an breitester Stelle ganze 32 km, an der engsten Einschnürung hart nördlich Sittard gar nur 5 km, eine Fußmarschstunde! Solche Entfernungen fallen im Zeitalter der Motorisierung und der Luftwaffe überhaupt nicht mehr ins Gewicht. Ihretwegen scheint Südlimburg heute militärisch — „unhaltbar“.

Galt es schon im Weltkrieg nahezu für ein Wunder, daß seine Neutralität erhalten blieb, so war das internationale Urteil in der Folge, daß die niederländische Landesverteidigung es wohl zu Verlust geschrieben haben dürfte. Wenigstens begegnete man dieser Ansicht in der internationalen Presse mit einer gewissen Selbstverständlichkeit — nur nicht in den Niederlanden, wo der alte Wahrspruch noch einige Geltung hat, daß ein fester Willen auch einen Weg findet. Maastricht ist ja immer noch die Sperrstellung im Maastal, die Sicherung im Vorfeld gegen alle Angriffe auf die Niederlande aus südlicher Richtung. Die belgische Politik tat das ihre, die Niederlande daran zu erinnern. Als sich bald nach dem Weltkrieg Belgien, durch den mit einer geringen europäischen Raumerweiterung belohnten Erfolg seines Widerstandes angespornt, verleiten ließ, an seine „historischen“ Ansprüche auf das für die Niederlande ja doch „unhaltbare“, völkisch und religiös der belgischen Provinz Limburg zuzurechnende niederländische Limburg, zum wenigsten den Südzipfel in seiner geographischen Unnatur, außerdem auch auf Seeflandern bis zur Scheldemündung zu erinnern, wurde der strategische Wert der alten Maasfestung in den Niederlanden wieder lebhaft erörtert. Aus alledem ergab sich leider auch eine bis heute noch nicht wieder so recht behobene niederländisch-belgische Spannung — so sinnlos sie auch im Schatten dreier Weltmächte sein mag —, denn

in den Niederlanden durfte man um so weniger an irgendein „Entgegenkommen“ denken, als inzwischen die wehrwirtschaftliche Bedeutung gerade des südlichen Landeszipfels sehr deutlich geworden war.

3.

Um die Jahrhundertwende wurden im Südosten Limburgs, um Heerlen und Kerkrade, Heensbrook und Sittard im Anschluß an die seit einigen Jahrzehnten hart auf der deutsch-niederländischen Grenze betriebene „Domaniale Mijn“ eine Reihe weiterer großer Zechen in Betrieb genommen. Mit deren Ausbau, zuletzt durch die Eröffnung der „Staatsmijn Maurits“, eines der größten europäischen Bergwerke, blühten die genannten Plätze zu ansehnlichen Mittelstädten auf; im Weltkrieg und kurz danach belebten sich Handel und Wandel in Limburg in einem geradezu nordamerikanischen Tempo. Die Niederlande standen im Zeichen eines einzigartigen wirtschaftlichen Fortschritts, einer Verbreiterung ihrer sonst an allen Voraussetzungen einer modernen Kraftwirtschaft, an Holz, Erdöl, Wasserkraft so bitter armen Wirtschaftsbasis. Inzwischen ist dieser Wandel noch mehr gefördert, der Nachweis erbracht, daß die Lagerstätten der Steinkohlen, vereinzelt auch Braunkohlen, noch viel reichhaltiger sind. Sie erstrecken sich in Fortsetzung schon erschlossener deutscher Felder auch ins mittlere Limburg – „Vlodrop“, „Peelmijnen“ – und sogar nördlich des Rheins ins östliche Gelderland – „achterhoek“ um Winterswijk. Mengenmäßig reichen sie auf viele Generationen aus für die nationale Versorgung und für eine ansehnliche Ausfuhr.

Doch leiden sie, von ihrer Erstreckung unmittelbar längs der Grenzen abgesehen, unter zwei Nachteilen. Meist ist ihre Kohle nicht oder nicht gut verkokbar. Daher muß ein Teil der Erzeugung ausgeführt und gegen andere Kohle und Kokssorten eingetauscht werden. Immerhin besteht im Zuge des allgemeinen technischen Fortschritts die begründete Hoffnung, daß man auch noch zu besseren technischen Ausnutzungsmöglichkeiten gelangen wird, etwa bezüglich einer vervollkommenen Umwandlung in elektrische Energien. Empfindlicher ist der zweite Nachteil, oder war es vielmehr. Bisher lagen, vom niederländischen Standpunkte aus gesehen, die Zechen ausnahmslos in der schlechtesten Verkehrsrichtung, nämlich abseits der nationalsten Verkehrswege, der so ungeheuer reichentwickelten, in ihren Transportmöglichkeiten so billigen Wasserstraßen. Vorübergehend dachte man als Abhilfe an die Errichtung großer Kraftwerke auf der limburgischen Kohlenbasis und Verteilung der gewonnenen Energien auf dem noch weitaus „billigeren“ Wege, nämlich per Starkstromschiene, über das ganze Land. Dagegen türmten sich aber die wehrpolitischen Bedenken haushoch. Es ging schlechterdings nicht an, noch abhängiger von der kaum mehr zu verteidigenden Provinz zu werden, als man es wehrwirtschaftlich sowieso schon war. Aus der klaren Problemstellung gelangte man dann zu einer andern, ebenso bemerkenswerten wie einzigartigen Lösung, die wehrpolitisch-strategisch wie wehrwirtschaftlich gleich mustergültig durchdacht ist.

Parallel zur Maas entstand seit 1927 zwischen Maasbracht, einem Platz am Strom, knapp südwestlich Roermond, am Einlaß zur stärksten West-Ost-Einschnürung der Provinz, und Maastricht eine ganz neue Kunstwasserstraße, der Juliana-Kanal, für Schiffe bis zu 2000 t, also von beachtlicher Breite und Tiefenrinne. Damit war zu-

nächst einmal die wegen ihres schwanken Wasserstandes nur bedingt schiffbare Maas ausgeschaltet, die wichtige nationale Kohlentransportlinie von der belgischen Grenze weg auf rein niederländisches Gebiet verlegt. Ferner erhielten die Zechen, zum Teil durch Stichkanal, Häfen und direkte Wasserverbindung mit allen Ecken des niederländischen Staatsgebietes. Im Zuge der weitgreifenden Elektrifizierung von Wirtschaft und Verkehr auf der Kohlenbasis war es möglich, die Energieerzeugung in dem wehrpolitisch empfehlenswerten Umfange zu dezentralisieren und über das ganze Land zu verteilen, äußersten Falles unter Beibehaltung der Möglichkeit, ihren Kohlenbedarf auch noch durch Einfuhr zu ergänzen. Endlich aber gewann man auch, rein militärisch gesehen, in Südlinburg eine bessere Sicherheit — gegen die belgischen Wünsche. Bisher bot nur die Maas einen einzigen natürlichen Widerstandsabschnitt in westlicher Richtung. Nunmehr ist dieser wesentlich verstärkt durch Überschwemmungszonen, die vorgesehen sind, und durch die zweite Widerstandslinie des Kanals, dem zu zürnen Belgien um so weniger Anlaß sehen sollte, als er ja schließlich auch ein weiteres Hindernis vor seiner Ostfront aufbaut.

Ohne uns indessen in müßige politische Kombinationen zu verlieren, wollen wir feststellen, daß ein mutiger Wehrwille unter Zuhilfenahme einer nationalsten Tradition, der Wasserbaukunst, aus einem recht unangenehmen Dilemma einen ebenso strategisch glücklichen wie wirtschaftlich vorteilhaften Ausweg gefunden hat — mit einem Instrument nicht so sehr des Krieges, als vor allem des friedlichen Aufbaues und Verkehrs! Es ist eine in aller Welt beachtens- und beherzigenswerte Lehre, die ein an Zahl kleines, an Geist und Tatkraft aber sichtlich noch immer großes Volk gibt.

GERHARD HERRMANN:

Italiens Imperium im Aufbau II

I.

Vier Triebkräfte sind es gewesen, aus denen heraus sich die italienische Kolonialpolitik der Gegenwart gestaltet hat. Keine wäre für sich allein zur Erreichung des Endziels ausreichend gewesen. Erst ihr Zusammenwirken hat zur Erringung des Imperiums geführt.

Erstens, der italienische Bevölkerungsüberschuß, der zur Zeit jährlich etwa 400 000 Köpfe beträgt, und der nur zum kleinen Teil im Mutterland Arbeit und Brot finden kann, dem aber auch im Gegensatz zur Vorkriegszeit die überseeische Auswanderung verschlossen ist, ganz abgesehen von der sich hieraus ergebenden Schwächung des Volkskörpers.

Zweitens, der Mangel des Mutterlandes an zahlreichen wichtigen Rohstoffen, die für die industrielle Entwicklung und die Beschäftigung einer erhöhten Volkszahl unentbehrlich sind.

Drittens, die völlige Umgestaltung des staatlichen und völkischen Denkens in Italien unter der Staatsidee des Faschismus, die mit größter Konsequenz und bis in die kleinsten Einzelheiten des öffentlichen Lebens hinein an die zweitausendjährige Überlieferung des antiken Imperiums anknüpfte und von hier aus nicht nur den Anspruch auf die Vormachtstellung im Mittelmeer erhob, sondern auch anknüpfte an die frühere Herrschaft des kaiserlichen Roms über die nordafrika-

nische Gegenküste. Erst in diesem Zusammenhang gewinnt die reiche Ausgrabungstätigkeit in Libyen unter der Initiative von Marschall Balbo ihre volle Bedeutung. Hier wird weit mehr verwirklicht als Wunschträume emsiger Archäologen. Nicht zufällig ist das zu neuem Glanz erweckte Leptis Magna der Geburtsort des Kaisers Septimius Severus.

Viertens aber darf der Wunsch, für Adua Rache zu nehmen und die italienische Waffenehre wieder reinzuwaschen, nicht gering veranschlagt werden, gerade weil dieses Bewußtsein besonders unmittelbar auf den leicht entzündlichen Italiener wirkt.

Gewiß hat der italienische Raum- und Rohstoffmangel schon immer bestanden. Diese Faktoren waren aber allein nicht stark genug, um die italienische Kolonialpolitik in entsprechende Bahnen zu lenken. Sie mußten sich mit der Kraft und Zielsicherheit des Faschismus und seines Duce verbinden, damit das neue italienische Imperium endlich Gestalt annehmen konnte.

Rohstoffbeschaffung und Siedlungsraum sind selbst heute noch Aufgaben der Zukunft. Denn die fünfzehn Jahre Bautätigkeit in Libyen, die erst seit der Amtsübernahme von Marschall Balbo als Gouverneur intensiv getrieben wurde, können nicht über die geringen Möglichkeiten Libyens hinwegtäuschen. Noch im Jahre 1936 lebten dort nur 66 000 Europäer, meist Italiener, von denen aber die übergroße Mehrzahl in den Städten der Küste, vor allem Tripolis und Bengasi tätig war. Die Zahl der Siedler belief sich nur auf wenige Tausend. Die Möglichkeiten, diese Zahl wesentlich zu steigern, erscheinen nur gering, da ja für eine landwirtschaftliche Ansiedlung von Italienern nur der sehr schmale Küstenstreifen und die anschließende Steppe in Betracht kommen, während der weitaus größte Teil der Kolonie aus Wüste besteht.

Ebensowenig ist zu erwarten, daß die wirtschaftlichen Kräfte Libyens in einem wirklich ins Gewicht fallendem Ausmaße zur Versorgung des Mutterlandes beitragen könnten. Es rächt sich heute, daß Italien seinerzeit nur den letzten Rest der noch verfügbaren nordafrikanischen Küste erwerben konnte. So liegt die Bedeutung Libyens für das Mutterland in erster Linie in seiner strategischen Lage, in der Flankenstellung zu Ägypten bzw. Tunis. Immerhin aber konnte Italien in Libyen wertvolle Erfahrungen für die Methoden europäischer Siedlung und die Behandlung der Eingeborenen erwerben, die ihm nun beim Ausbau des Imperiums von größtem Nutzen sind.

2.

Schon wenige Wochen nach der Ausrufung des Imperiums, am 1. Juni 1936, wurde ein Verfassungsgrundgesetz erlassen, das die Verwaltung und Rechtsprechung des Imperiums auf eine einheitliche Grundlage stellt. Hiermit hörten Äthiopien, Eritrea und Somaliland in ihrem bisherigen Umfang auf zu bestehen. Italienisch-Ostafrika wurde als politische und rechtliche Einheit begründet. Es zerfällt in die fünf Gouvernements Eritrea, Amhara, Harrar, Galla und Sidamo und Somaliland und den „Governatorato“ (Klein-Gouvernement) von Addis Abeba. Die Abgrenzung der fünf Gouvernements erfolgte soweit als möglich entsprechend der landschaftlichen und völkischen Gliederung des Landes. Hierbei wurde Eritrea um die früher abessinischen Gebiete von Tigré und Danakil, Somaliland um die Steppe von Ogadén erweitert.

Den Eingeborenen bleibt die Regelung ihrer lokalen Angelegenheiten selbst überlassen. Nur die Dorfhäuptlinge sind der italienischen Verwaltung gegenüber verantwortlich. Hierdurch entlasten sich die Italiener weitgehend von dem Kleinram der Verwaltungstätigkeit und tragen so den großen völkischen und rassischen Verschiedenheiten der eingeborenen Bevölkerung Rechnung. Die religiösen Bekenntnisse sind gleichberechtigt, was sich praktisch in dem Verlust der bisherigen Vormachtstellung der koptischen Kirche auswirkt, der die frühere Herrenschrift, die Amharen, angehören, die aber nur etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung von rund 7 600 000 ausmachen. Tatsächlich ergibt sich aber eine Begünstigung des Islam seitens der Italiener, dem weitaus die Mehrzahl der Bevölkerung in Italienisch-Ostafrika anhängt. Da auch die ganze Bevölkerung Libyens mohammedanisch ist, so folgt schon aus innerpolitischen Erwägungen das italienische Streben nach der Schirmherrschaft über den Islam. Darüber hinaus aber spielen natürlich der Gegensatz zu Großbritannien und die Absicht, sich dessen Schwierigkeiten mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern des nahen Orients zunutze zu machen, eine große Rolle.

Abgesehen von der Befriedung und der Gewinnung der Eingeborenen — u. a. durch Ausbau des Schulwesens und Bekämpfung der Volkskrankheiten — worauf hier nicht näher eingegangen werden soll, sieht sich die italienische Regierung in Ostafrika drei Aufgaben gegenüber: der Verkehrserschließung, der Rohstoffgewinnung und industriellen Verarbeitung und der Ansiedlung von Italienern.

3.

Da eine lohnende Rohstoffgewinnung und Siedlung erst möglich ist, nachdem das Land verkehrsmäßig erschlossen ist, ist der Straßenbau heute und in den nächsten Jahren vordringlich. Der im Sommer 1937 mit einem Kostenaufwand von 12 Milliarden Lire in Gang gebrachte Sechsjahresplan sieht bis zum Jahre 1943 den Bau von 10 000 km Autostraßen vor. Für die Einzelheiten des Verkehrserschließungsprogrammes sei auf den Aufsatz von Giordano im Märzheft hingewiesen. Von dem Bau von Eisenbahnen ist vorläufig abgesehen worden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich der Ausbau eines Straßennetzes auf die Bahn Dschibuti-Addis Abeba auswirkt, mit der das ohnehin schon völlig umklammerte Französisch-Somaliland steht und fällt. Nach der Fertigstellung der Autostraße nach Assab im Jahre 1939 steht ein entsprechender Rückgang des Verkehrs auf der Bahn zu erwarten, die ohnehin wenig leistungsfähig ist und kostspielig arbeitet. Es ist nicht einzusehen, welchen Wert Dschibuti für Frankreich noch haben soll, nachdem Abessinien in italienischer Hand ist. Eine gütliche Einigung zwischen beiden Ländern über Französisch-Somaliland wäre für jede französische Regierung das Klügste, da andernfalls hier Reibungsmöglichkeiten entstehen müssen, deren Gefährlichkeit in keinem vernünftigen Verhältnis zum Anlaß stände. Bei dem Ausbau des Straßennetzes können sich die Italiener die Erfahrungen zunutze machen, die sie anlässlich des Baus der lybischen Küstenstraße von fast 2000 km Länge gemacht haben, und die im März 1937 von Mussolini dem Verkehr übergeben worden war.

Die potentiellen wirtschaftlichen Kräfte des Landes sind unverhältnismäßig größer als etwa die Libyens. Das ostafrikanische Gebiet steigt vom Meeresspiegel bis zu dem Hochplateau vom Habesch (2000—2500 m) auf, umfaßt also trotz seiner

Äquatornähe alle wirtschaftlich nutzbaren Klimazonen. Der Anbau von Baumwolle und Ölsaaten ist ebenso möglich wie Viehzucht und Getreidebau in den höheren Lagen. Fast alle wichtigen mineralischen Rohstoffe, mit Ausnahme des Erdöls, kommen vor, wenn auch teilweise in sehr abgelegenen Gebieten. Weitere wichtige Faktoren sind der Holzreichtum und die zahlreichen Möglichkeiten zur Elektrizitätserzeugung, die vor allem am Tana-See und den wichtigeren Nebenflüssen des Blauen Nils, sowie im Oberlauf des Webi Schebeli und des Juba bestehen.

Italienische Fachleute rechnen damit, daß nach der Beendigung der Verkehrserschließung der Bedarf des Mutterlandes an Baumwolle, Ölsaaten, Getreide, Kaffee, Fleisch, Milchprodukten, Häuten und Fellen, Holz und Edelmetallen in Ostafrika gedeckt werden kann. Über die Größe der Vorkommen von Eisenerz, Kupfer, Blei, Zinn und Kohle liegen zuverlässige Angaben noch nicht vor, doch steht außer Zweifel, daß zum mindesten ein Teil dieses Rohstoffbedarfes in der Kolonie gedeckt werden kann. Die Elektrizitätserzeugung wird dem Bedarf der Kolonie entsprechen.

Jedoch zeigt sich heute bereits ein sehr wesentlicher Unterschied der italienischen Erschließungsarbeit im Vergleich zu der der alten Kolonialmächte. Italienisch-Ostafrika soll mehr sein als bloß der Nahrungsmittel- und Rohstofflieferant des Mutterlandes. Nicht etwa nur um Transportkosten zu sparen, sondern um die Kolonie im Laufe der Zeit zu einer in sich geschlossenen wirtschaftlichen Einheit zu entwickeln, beabsichtigt man, auf den vorhandenen Rohstoffen eine Verarbeitungsindustrie aufzubauen.

So ermöglichen die reichen Holzvorräte Abessiniens die Errichtung von Sägewerken, Zellulose- und Papierfabriken, Anlagen für die Holzverölung und weitere Zweige der Holzchemie, wodurch ein erheblicher Teil des Treibstoffbedarfs an Ort und Stelle gedeckt werden kann, der besonders hoch sein wird, da man sich ja unter Verzicht auf Bahnbauten auf den Autoverkehr konzentriert hat.

Auf Betreiben des italienischen Baumwollinstituts in Rom z. B. wurde die „Compagnia per il Cotone d'Etiopia“ und der amtliche „Ente del Cotone per l'Afrika Orientale“ gegründet. Diese Gesellschaften sollen zur vollen Auswertung der Baumwollkulturen Anlagen für die Weiterverarbeitung, wie Ölpressen, Ölsäurefabriken, Seifenfabriken usw. errichten. Die Baumwollpflanzer, deren Tätigkeit an die Erteilung einer Konzession gebunden ist, werden verpflichtet sein, die geerntete Baumwolle bei den obengenannten Gesellschaften abzuliefern und einzulagern, wodurch eine genaue Überwachung der Baumwollwirtschaft möglich ist.

Die Eisen- und Kohlenschätze, die sich im Gouvernement Harrar befinden, sollen die Grundlage für die Errichtung großer Stahlwerke bilden. Zunächst ist hier nur die Herstellung von Eisenbahnschienen und von Halbzeug für Brückenbauten usw. vorgesehen, doch soll es nach den Plänen von Sachverständigen bereits in fünf Jahren möglich sein, auch Automobile an Ort und Stelle zu bauen.

Diese großangelegten industriellen Erschließungspläne erfordern natürlich eine entsprechend ausgebildete Arbeiterschaft. Selbstverständlich sind die Eingeborenen für derartige Arbeiten nicht geeignet. Seit dem Sommer 1936 hat daher ein großer Zustrom italienischer Bau- und Industriearbeiter und Handwerker eingesetzt. Im Sommer 1937 befand sich eine Arbeitsarmee von 116 000 Personen in der Kolonie, eine Zahl, die sich inzwischen wesentlich erhöht hat.

4.

Der wirtschaftliche Ausbau der Kolonie unterscheidet sich grundsätzlich von den bisher üblichen Methoden kolonialer Erschließung, und zwar in doppelter Hinsicht: Italienisch-Ostafrika wird nicht nur organisatorisch, sondern auch wirtschaftlich als Einheit betrachtet, dessen Produktivkräfte unter volkswirtschaftlichen und nicht unter kapitalistischen Erwerbgesichtspunkten entwickelt werden. Wenn auch die Ergänzungsmöglichkeiten, die das Imperium dem Mutterlande bieten kann, mit besonderem Interesse studiert werden, so ist dies doch nicht der allein maßgebende Gesichtspunkt. Gerade weil das Imperium so weit vom Mutterlande entfernt ist und nur durch den Engpaß des Suezkanals erreicht werden kann, muß es so rasch als möglich wirtschaftlich auf eigene Füße gestellt werden, um, wenn auch nur begrenzte Zeit, auch ohne Verbindung mit dem Mutterland bestehen zu können.

Hieraus aber ergibt sich weiter, daß die gesamte Erschließungstätigkeit sich auf Grund staatlicher Planung vollzieht. Dies steht in schroffem Gegensatz zu den kolonialen Methoden früherer Zeiten, wo sich besonders in jungen Kolonien ein wirtschaftliches Freibeutertum übelster Art breitmachte. Die staatliche Planung verzichtet aber klugerweise darauf, alles in eigene Regie zu nehmen. Man bleibt vielmehr bemüht, sich trotz aller staatlichen Lenkung, ähnlich wie in Deutschland, der privaten Initiative zu bedienen.

So sind zwar bei der Erforschung der Kolonie nach mineralogischen Reichtümern staatliche oder halbamtliche Institute maßgebend beteiligt. Der Staat verzichtet aber darauf, sich selbst wirtschaftlich zu betätigen, sondern vergibt für bestimmte Gebiete und bestimmte Produkte Konzessionen an bestehende oder zu errichtende private Gesellschaften, deren Betätigungsmöglichkeiten je nach Lage des Einzelfalles durch die Festsetzung der Konzessionsgebühren und Preise usw. entsprechend belebt oder gedrosselt werden kann.

Gegenüber der wirtschaftlichen Erschließung ist die landwirtschaftliche Siedlung bewußt an die zweite Stelle gesetzt worden. Erst wenn die Anbaumöglichkeiten für die einzelnen Produkte in den verschiedenen Gebieten der Kolonie sorgfältig erforscht sein werden, wenn erst das im Entstehen begriffene Straßennetz billige Verbindungen mit den größeren Orten des Landes, insbesondere mit den Häfen herstellen wird, soll eine Ansiedlung von Italienern im großen Stil erfolgen.

Die Auswahl des für Siedlung geeigneten Menschenmaterials ist die wichtigste Vorfrage hierzu. Ihre Lösung wird dadurch erleichtert, daß ein großer Teil der heute schon im Lande weilenden Bau- und Facharbeiter, bereits unter dem Gesichtspunkt der Siedlungseignung ausgewählt, für dauernd in der Kolonie zu bleiben beabsichtigt, ebenso wie ein erheblicher Teil der früheren Feldzugsteilnehmer, soweit sie bereits ihre Klimaeignung bewiesen haben.

Nach den Erklärungen des früheren Kolonialministers Lessona sind die folgenden Arten der Siedlung vorgesehen: Erstens, Bezirke für rein weiße Siedlungen, in denen Eingeborene nicht einmal als ständige Lohnarbeiter, sondern höchstens als Saisonarbeiter oder als Hausbedienstete zugelassen werden. Durchweg soll hier in der Form gesiedelt werden, wie sie sich in den Pontinischen Sümpfen und in der Cyrenaika bewährt hat, daß nämlich die Siedler zuerst als Pächter auf Staatsgrund nach festgesetztem Anbauplan zu wirtschaften haben und erst späterhin Eigentümer werden.

Die für weiße Vollsiedlung nicht geeigneten Gebiete sollen in drei Formen erschlossen werden: a) durch Industrialisierung unter teilweiser Beschäftigung farbiger Arbeitskräfte in Bergbau und Forstwirtschaft, sowie in Aufbereitungs- und Nahrungsmittelindustrien; b) durch Plantagenwirtschaft in der Hand italienischer Gesellschaften (diese Form soll vor allem in Somaliland weiter ausgebildet werden) und c) durch eine ausfuhrorientierte, höherentwickelte Eingeborenenwirtschaft unter staatlicher Anleitung.

Vorerst gibt es in Italienisch-Ostafrika nur wenige Tausend italienischer Siedler, meist in Eritrea und Somaliland. Von den Neusiedlungen sind vor allem die Ortschaften Oletta und Biscioftu im Bezirk von Addis Abeba zu nennen, die ausschließlich mit Feldzugsteilnehmern besiedelt sind und zusammen 700 Familien umfassen. Hier in der Nähe der Hauptstadt bot natürlich die Absatzfrage keine Schwierigkeiten.

Italienische Fachleute schätzen, daß im Verlauf von etwa zehn Jahren eine Million Italiener für dauernd im Imperium angesiedelt werden können. Selbst wenn man diese Zahl als reichlich optimistisch betrachtet, so würde sie doch nur die Unterbringung der Bevölkerungszunahme von zweieinhalb Jahren darstellen. Es kann also vom italienischen Imperium durch Siedlung allein nicht eine grundsätzliche Lösung der italienischen Übervölkerungsfrage erwartet werden. Mindestens ebenso wichtig ist die Ernährung einer zusätzlichen Bevölkerung vermittels einer durch die Produktivkräfte des Imperiums ermöglichten vermehrten Industrialisierung im Mutterland wie in der Kolonie selbst.

Die Größe der wirtschaftlichen Reichtümer und der Siedlungsmöglichkeiten in Italienisch-Ostafrika darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hierbei um Möglichkeiten auf lange Sicht handelt. Zunächst und auch noch in den nächsten Jahren ist weder eine tiefgreifende Rückwirkung auf das italienische Bevölkerungsproblem noch auf die wirtschaftliche Struktur des Mutterlandes zu erwarten. Der Ausbau des Imperiums erfordert zunächst die äußerste Anspannung aller ideellen und materiellen Kräfte des Mutterlandes. Wie sehr die Kolonien heute noch Zuschüsse erfordern, geht besonders deutlich aus dem Warenverkehr zwischen Italien und seinem Kolonialreich hervor. Während Italien aus seinen Kolonien 1937 Waren im Werte von 348 Millionen Lire einfuhrte, betrug die Ausfuhr dorthin 2518 Millionen Lire, also etwa das Siebenfache. Gewiß hat sich hierbei im Vergleich zu 1936 die Einfuhr verdoppelt, aber auch die Ausfuhr hat um 50 Prozent zugenommen, so daß sich an der Schärfe des Mißverhältnisses zwischen kolonialer Ein- und Ausfuhr nur wenig geändert hat. Im Jahre 1937 betrug die italienische Einfuhr aus den Kolonien nur 2,6 Prozent der Einfuhr aus der übrigen Welt, wogegen die Ausfuhr nach dem eigenen Kolonialreich 32 Prozent der sonstigen Ausfuhr betrug. Es versteht sich, daß diese Ausfuhr sich aus Maschinen und Materialien für die wirtschaftliche Erschließung des Imperiums und die Versorgung des Arbeiterheeres und Beamtenapparates zusammensetzte, während die Einfuhr aus Rohmaterialien bestand, deren Erzeugung sich erst in der allerersten Entwicklung befindet.

5.

Diese Gestaltung der Handelsbilanz ist typisch für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mutterland und noch unentwickeltem Kolonialbesitz. Für die

politische Beurteilung ist hierbei die Frage wichtig, in welchen Zeiträumen mit einer Umkehrung dieses Austauschverhältnisses zu rechnen ist. In anderen Worten, wann eine Kolonie wirtschaftlich soweit entwickelt ist, daß sie sich nicht nur selbst trägt, sondern darüber hinaus, direkt oder indirekt, Überschüsse für das Mutterland abwirft.

Eine tiefgreifende geopolitische Folge hat die zwangsläufige Konzentration Italiens auf sein Imperium bereits gehabt. Es hat bewußt auf eine außenpolitische Aktivität in Europa verzichtet. Es hat sein Gesicht vom Brenner nach Sizilien gewandt, das nach jahrhundertelangem politischem Schlaf nun wieder in das politische Blickfeld Italiens getreten ist. Sizilien aber bedeutet Nordafrika, bedeutet das Mittelmeer.

In diesem Zusammenhang gewinnt natürlich für die Beurteilung der geopolitischen Lage des italienischen Imperiums die bisher immer wieder hinausgeschobene Auseinandersetzung mit Großbritannien entscheidende Bedeutung. Die endgültige Beantwortung dieser Frage wird erst möglich sein, wenn das Ergebnis der noch laufenden britisch-italienischen Verhandlungen vorliegt. Schon heute aber wird man im Auge behalten müssen, daß für Italien der Zeitfaktor entscheidende Bedeutung besitzt.

Während der Abessinien-Feldzug selbst, im Wettlauf mit dem Sanktionskrieg, so rasch als möglich beendet werden mußte und auch beendet wurde, handelt es sich heute umgekehrt darum, recht viel Zeit für den ruhigen Ausbau des Imperiums zu gewinnen. Stand vor drei Jahren die Auseinandersetzung mit dem Völkerbund unter dem Motto: „Mit Genf, ohne Genf, gegen Genf!“, so steht Italien heute vor der Schicksalsfrage seiner Kolonialpolitik: „Mit Großbritannien, ohne Großbritannien oder gegen Großbritannien!“

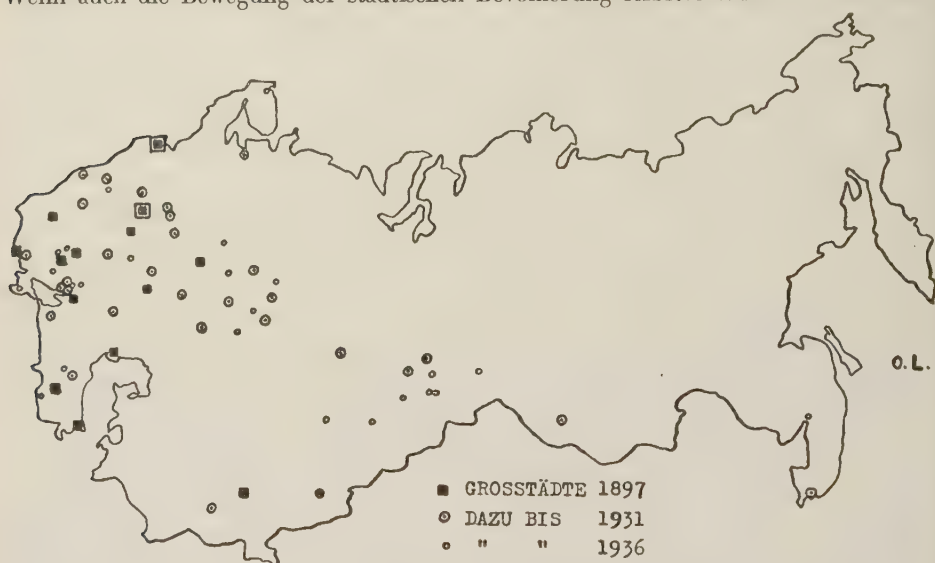
Literatur

Annuario dell' Impero Italiano, ANNO XV, Istituto Coloniale Fascista, Rom, 1937 (mit reichen Bibliographien). — Rivista delle Colonie, Rom (Amtliche Monatsschrift des Ministeriums für It. Afrika, mit Chronik und Bibliographien). — Badoglio, Pietro, Der Abessinische Krieg, 2 Bde. C. H. Beck, München, 1937. — De Bono, Emilio, Die Vorbereitungen und die ersten Operationen zur Eroberung Abessiniens. C. H. Beck, München, 1936. — Graziani, R., Cirenaica Pacificata, Mailand 1932. — Grühl, Max, Die Wiedergeburt des Imperiums, Schlieffen-Verlag, Berlin, 1937. — Herre, Paul, Nordafrika als Objekt der europäischen Kolonialpolitik in „Welt als Geschichte“, 2. Jg. (1936) S. 169 ff. — Herrmann, Gerhard, Abessinien, Raum als Schicksal, B. G. Teubner, Leipzig, 1935. — Immanuel, Friedrich, Der Untergang Abessiniens, Verlag Offene Worte, Berlin, 1936. — Mondaini, Gennaro, Manuale di Storia e Legislazione Coloniale del Regno d'Italia, 2 Bde. Rom, 1924 und 1927. — Pfalz, Richard, Die koloniale Betätigung des neuen Italien in „Geographischer Anzeiger“, Bd. 35 (1934) S. 217 ff. — Pfalz, Richard, Bei Faschisten und Senussi. Mussolinis Kolonialpolitik in der Cyrenaica, Max Möhring Verlag, Leipzig 1933. — Schopen, Edmund, Weltentscheidung im Mittelmeer, Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig 1937. — Toscano Mario, Das italienische Kolonialproblem während des Weltkrieges und auf der Pariser Friedenskonferenz in „Berliner Monatshefte“, 15. Jg. (1937) S. 929 ff. — Toscano Mario, Il Patto di Londra, Bologna, 1934. — Vossler, Otto, Die Italienische Expansion 1881—1935 in „Historische Zeitschrift“, 156. Bd. (1937) S. 284 ff. — Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, Bd. 3, 1935 bis 1936. Internationale Politik. Herausgegeben von Werner Frauendienst. Essener Verlagsanstalt, Essen, 1937 (S. 1—276).

OTTO LANGBEIN:

Wandlungen in der Raumverteilung der UdSSR-Städte

Zu den wichtigsten Veränderungen, die das geopolitische Bild der Erde seit dem Weltkrieg erfahren hat, gehört zweifellos die umfangreiche Schwergewichtsverlagerung, die innerhalb der Sowjetunion aus wehrgeopolitischen Gründen vorgenommen wurde und wird. Das bekannte und oft besprochene Ostwärtswandern der Industrie bedingt dort nicht nur eine allmähliche Verkehrsaufschließung früherer Leerräume, sondern selbstverständlich auch ein bevölkerungspolitisches Vordringen in diese asiatischen Gebiete¹⁾. Der ganze Umfang der gewaltigen bisherigen Verschiebungen läßt sich noch nicht mit Sicherheit übersehen; nur für die großen Städte liegen brauchbare Berechnungen über die Einwohnerzahlen auch aus jüngster Zeit vor. Wenn auch die Bewegung der städtischen Bevölkerung selbstverständlich nicht ein-



fach als Spiegelbild der gesamten Bevölkerungsdynamik aufgefaßt werden kann, so mag sie doch einen Hinweis auf die Raumwandlungen des Volkskörpers im Sowjetreiche geben.

Auf dem beigefügten Kärtchen sind die Großstädte (nach der üblichen Einteilung alle Orte mit mehr als 100 000 Bewohnern) der UdSSR. eingetragen, gesondert nach dem Alter ihres Wachstums. Als frühester Zeitpunkt wurde 1897 angenommen — das Jahr der ersten und einzigen Volkszählung im Vorkriegsrußland. Ein anderes Zeichen gibt die Städte wieder, die bis 1931, ein drittes jene, die seither die 100 000-Grenze überschritten haben. Durch diese Teilung soll die Entwicklung der letzten Jahre verdeutlicht werden. (Karte 1.)

Von den 14 Großstädten, die das heutige Staatsgebiet um die Jahrhundertwende aufwies, entfielen 7 auf den großrussischen Kernraum, dessen Grenzpunkte durch

¹⁾ Aus der umfangreichen einschlägigen Literatur über diese Fragen sei besonders erinnert an: Oskar v. Niedermayer — Juri Semjonow: „Die Sowjetunion. Eine geopolitische Problemstellung.“ Schriften zur Geopolitik, Heft 7. Berlin-Grünwald, 1934.

Petersburg, Kasan und Astrachan bezeichnet sind, während die andere Hälfte in den südlich gelegenen Räumen der Fremdvölker lag, in der Ukraine, in Kaukasien und Turkestan. — In Nordrußland, im Ural und in ganz Sibirien (i. w. S.) gab es keinen Ort mit 100 000 Einwohnern. Mit Ausnahme des entlegenen Taschkent waren also die wenigen Großstädte ziemlich gleichmäßig über eine Fläche verteilt, die die Mitte des europäischen Teils, den Westen und Süden des Reiches umfaßte. Demgegenüber waren die Riesenräume des Kolonisationslandes im Osten und Norden völlig großstadtleer.

Unter den 30 Großstädten, die bis zum Jahre 1931 zu den alten dazukamen, fallen jene nicht weiter auf, die im genannten Herzraum liegen. Ihre Einwohnerzahl kam schon um die Jahrhundertwende dem 100 000-Punkt mehr oder minder nahe, ihr Aufstieg zu Großstädten ist bei normaler Entwicklung zu erwarten gewesen. Gorkij (früher Nishnij Nowgorod), Kujbyschew (fr. Samara), Pensa, Woronesh, die weißrussischen Städte u. a. fügen sich nach Lage und Verteilung durchaus in das beschriebene Bild. Ungleichmäßiger wird dieses gegen Norden, wo außer den Wolgastädten Kalinin (fr. Twer) und Jaroslawl die Textilstadt Iwanowo (fr. Iw.-Wosnjessensk) stark gewachsen ist. Hier wirkt sich das allmähliche Vorrücken des Kraftfeldes in die wehrgeopolitisch geschützteren nördlichen Waldgebiete aus. Dieses Vorrücken erhält eine kräftige Betonung durch das rasche Wachstum von Archangelsk, dessen Volkszahl sich in den besprochenen 31½ Jahrzehnten verzehnfacht hat. Das erscheint nicht so erstaunlich, wenn man in Betracht zieht, daß sich hier im Nordwesten der einzige Zugang der Union zum Weltmeer befindet, der nicht von fremden Mächten kontrolliert wird. Die planmäßige Aufschließung des Nordens — es sei hier nur an die aktive Polarpolitik erinnert — mit ihrer Schutzanlehnung ans Eismeer gehört ja zu den hervorstechendsten geopolitischen Merkmalen des Sowjetstaates.

Sie wird an Bedeutung nur von der Durchdringung des Ostens übertroffen, die sich deutlich auch in unserem Kärtchen spiegelt. Nicht weniger als 10 von den neuen Großstädten liegen in dem bisher „leeren“ Raum östlich des Wolgatales, die mittelasiatischen Städte Alma-Ata (fr. Wjernyj) und Samarkand nicht gerechnet. Orenburg und Tomsk, das durch seine Lage abseits der Sibirischen Bahn benachteiligt ist, gehören zu den Städten mit normaler Wachstumsgeschwindigkeit; sie zählen heute zwei- bis dreimal soviel Bewohner wie 1897. Stärker hat die Volkszahl von Ufa zugenommen, das Hauptstadt der Baschkiren-Republik geworden ist. Stürmisch aber war das Wachstum von Omsk, von Wladiwostok, dem die Bedeutung als Kriegshafen und äußerster Vorposten im Fernen Osten neue Bewohnermassen brachte, und besonders der Bergbaustädte Swerdlow (fr. Jekaterinburg) und Tscheljabinsk. Darin, daß jenes nahe an die halbe Million heranreicht, dieses aufs Dreizehnfache angewachsen ist, äußert sich die Verlagerung der Schwerindustrie in dem grenzfernen Ural, der zusammen mit dem asiatischen Kusnezker Revier das neue räumlich aufgelockerte Industriegebiet bildet. Als Verwaltungsmittelpunkt dieses Raumes entstand am Übergang der Sibirischen Bahn über den Ob die junge Hauptstadt Westsibiriens Nowosibirsk (fr. Nowo-Nikolajewsk), die das alte Tomsk schnell überflügelt hat und heute schon 300 000 Ew. zählt.

Ähnlich starkes Wachstum findet sich bei Stalingrad (fr. Zarizyn) an der unteren Wolga und der nordkaukasischen Erdölfundstätte Grosnyj, die zusammen mit

Krasnodar (fr. Jekaterinodar) die Ausdehnung der mit Großstädten besetzten Fläche nach Südosten bezeichnen. — Schließlich fällt bei Betrachtung der Großstädte von 1931 noch die beginnende Bevölkerungsballung zwischen Donez und Asowschem Meer auf, im „Donbaß“ (Donezbecken), dem wichtigen ukrainischen Bergbau- und Industriegebiet¹⁾. Hier begegnet uns die aus den alten Industriestaaten so bekannte Erscheinung, daß zahlreiche dicht nebeneinanderliegende kleine Orte binnen kurzem zu großen Städten zusammenwachsen.

Noch augenfälliger ist die geschilderte Entwicklung hinsichtlich der jüngsten Großstädte. Im innerrussischen Raum finden sich hier nur die alten Verwaltungssitze Tambow und Smolensk, hingegen im Nordosten Kirow (fr. Wjatka) und Ishewsk und im äußersten Nordwesten, jenseits des Polarkreises, der Tundrenhafen Murmansk, dessen eigenartiger und gleichsam naturwidriger Aufschwung nur aus seiner geopolitischen Lage als einziger eisfreier und nicht absperrbarer Hafen der UdSSR. erklärlich ist. Im Ural erwachsen drei neue Industrieorte zu Großstädten: Nishnij-Tagil, Slatoúst und das neugegründete Magnitogorsk; ebenso im „Kusbaß“ (Kusnezker Revier) Stalinsk (fr. Kusnezsk), Prokopjewsk und Kemerowo; zwischen beiden Schwerindustriegebieten die neue Kohlenstadt Karaganda in der Kirgisensteppe. Entlang der asiatischen Grenze, die eilig zu einem kräftigen Organ des Riesenstaates ausgebaut werden soll, schwollen neben Wladiwostok und Irkutsk, die weiter sehr stark zunahmen, Chabarowsk, Krasnojarsk, Barnaúl und Semipalatinsk zu Großstädten an.

Von den 24 Städten, die zwischen 1931 und 1936 über das Maß von Mittelstädten hinauswuchsen, liegen somit nicht weniger als 14 in den bisher fast jungfräulichen Räumen des Ostens und Nordens. Von den übrigen finden sich zwei in Kaukasien: Eriwan und Ordshonikidse (fr. Wladikawkas), zwei im Donezgebiet: Woroschilowgrad (fr. Lugansk) und Makejewka (fr. Dmitrowsk) und noch zwei andere junge ukrainische Industrieorte: Saporoshje (fr. Alexandrowsk) und Dnjeprodshersinsk (fr. Kamenskoje), beide am Dnjepr. Neben diesen neuen und sehr rasch gewachsenen Siedlungen fallen die beiden restlichen Großstädte aus der Reihe. Poltawa und Simferopol, alte Gouvernementshauptstädte, haben ihre Einwohnerzahl seit der Zählung von 1897 kaum verdoppelt. Sie liegen nicht sehr weit von der Westgrenze der Union entfernt und deuten auf die Kehrseite der besprochenen Entwicklung hin, auf die Verlagerung des Schwerpunktes vom Westen weg.

Dieser Einfluß der gegen das Innere zu verschobenen Grenze, der sich beispielsweise auf einer wirtschaftlichen Standortskarte sehr auffällig durch einen breiten Gürtel ohne industrielle Neuanlagen äußert, bildet einen anderen wesentlichen Faktor in der Nachkriegsentwicklung der Sowjet-Städte. Daß die grenznahen weißrussischen Orte und Smolensk nicht in dem Ausmaß größer geworden sind wie die meisten anderen Großstädte der Union, wurde schon angedeutet. Leningrad ist in der gleichen Zeit, in der sich Moskau fast vervierfacht hat, nur auf nicht viel mehr als das Doppelte angewachsen. — Am besten veranschaulichen aber die westukrainischen Städte die lähmende Wirkung der europäischen Unionsgrenze, da sie

1) Vgl. dazu u. a. Wladimir Kubijowytsch (Krakau): „Das Donetzbecken“ in „Osteuropa“ XII, Heft 2, Nov. 1936 und derselbe: „Bevölkerungsveränderungen letzter Jahre in der Ukraine in USSR.“ (in ukrainischer Sprache) in „Mélanges de Géographie“ (Svambera-Festschrift), Prag 1936.

in der Nachbarschaft sowohl Polens als auch Rumäniens liegen und dadurch lange Zeit als sehr gefährdet galten; ist doch bekanntlich die Dnjestrgränze mit Rumänien sogar heute noch nicht amtlich anerkannt. — Unser Unionskärtchen läßt den Stillstand des Städtewachstum in der Westukraine erkennen. Es sei nur hinzugefügt, daß Odessa heute nicht viel mehr Einwohner zählt als 1897, daß Nikolajew damals bereits 92 000, heute noch nicht 140 000 Ew. hat und daß das ziffernmäßige Verhältnis von Kijew zu Charkow genau das von Leningrad zu Moskau widerspiegelt; erst in den letzten Jahren, seit es ukrainische Hauptstadt geworden ist, beginnt Kijew wieder stärker zu wachsen.

Zwei Kärtchen der Sowjetukraine mögen diese Entwicklung anschaulich machen. Sie zeigen die Städte mit mehr als 50 000 Ew. in den Jahren 1897 und 1936. (Karte 2 und 3.)

Der Stillstand in der westlichen Hälfte ist unverkennbar: Cherson, Shitomir, Kirowo (damals Jelisawetgrat), Kremenschug und Berditschew waren damals ebenso in der Größenklasse 50—100 000 Ew. wie heute. Nikolajew und Poltawa sind bloß sehr langsam aus ihr aufgestiegen und nur Winniza ist in die Reihe der Mittelstädte dazugekommen. Die mehrfache erwähnte industrielle Entwicklung der südöstlichen Ukraine unterstreicht mit ihren auffallenden Wachstumserscheinungen diese Lähmung im Westen besonders.

Durch die reichen Bodenschätze wird das Bild der gesamten Union, die Verlagerung nach dem Osten, hier übermäßig verstärkt. Der 1897 städteleere Raum der Ostukraine erscheint auf der gegenwärtigen Karte als der am meisten veränderte Teil des Landes, die Zahl der Großstädte ist heute hier doppelt so groß wie in der Westhälfte.

Gerade diese rasche und starke Wandlung erinnert aber auch wieder daran, daß Schlüsse aus Veränderungen in Größe und Verteilung der Städte auf solche im ganzen Volkskörper nur mit recht begrenzter Annäherung gezogen werden können.



ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Wenn das deutsche Volk am 10. April mit einstimmiger Wahl einem Führer dankt, der zum Einiger des Volkes und zum Mehrer des Reiches geworden ist, so mögen die Ereignisse dieser Wochen allen europäischen Völkern und ihren Staatsmännern zu denken geben. Aus den vielen Meldungen dieser Tage halten wir eine fest, die kaum bemerkt worden ist. Unter den zahlreichen englischen Staatsmännern, die Frankreich als ihre zweite Heimat betrachten, ist der letzte überlebende „Vater“ von Versailles gewiß einer der merkwürdigsten. Vor kurzem war Lloyd George wieder in Paris. Es wird berichtet, daß er sich in einem Wagen nach Versailles habe fahren lassen, in einer stillen Stunde habe er sich in das verlassene Königsschloß führen lassen. Er sei in den Spiegelsaal gegangen und habe lange dort gestanden. Allein und schweigsam ... Ist es zu viel, wenn wir die Hoffnung aussprechen, daß sich Erkenntnisse dieses Besuches auch einmal in Unterhausreden umsetzen?

Hätte man im Jahr 1919 einen Frieden auf der Grundlage des echten Selbstbestimmungsrechtes der Völker geschlossen, dann hätte man heute keinen Grund, einen Schock zu empfinden, wenn das lange genug unterdrückte Recht nationaler Selbstbestimmung sich durchsetzt. Die „Times“ freilich will uns klarmachen, daß alles, was im März erreicht worden ist, auch mit „friedlichen Methoden“, unter vollem Einverständnis der westlichen Demokratien hätte erfolgen können. Warum ist man in London erst nach dem Ereignis so klug? Wir suchen vergeblich nach englischen Stimmen und englischen Vorschlägen aus der Vergangenheit. Wir erinnern uns nur daran, daß es nicht nur ein französisches, sondern auch ein englisches Ultimatum gewesen ist, das die Abhaltung von Volksabstimmungen in den österreichischen Ländern verbot, nachdem Tirol und Salzburg mit 99 Prozent der Stimmen ihren Anschlußwillen erklärt hatten. Und die Zollunion des Jahres 1931 ist an dem vereinigten Widerstand der drei Stresa-Mächte gescheitert. Die Zeiten der Stresa-Front sind vorbei — und wenn Mussolini in einer meisterhaften Rede seine vergangene und seine gegenwärtige Politik miteinander zu verbinden wußte, so beweist er damit, daß man im Heimatland des großen Florentiner Staatschreibers auch die praktische Politik zur Zeit geschickter handhabt als im England der Völkerbundliga. Freilich wird man zugeben müssen, daß Chamberlain und Halifax keinen leichten Stand haben, daß eine staatsmännische Leistung von nicht geringem Rang — unter demokratisch-parlamentarischen Verhältnissen — auch darin lag, daß Chamberlain so lange zu schweigen verstand, bis der erste Sturm einer teils künstlich aufgepeitschten, teils echten öffentlichen Meinung vorüber war.

Im Vordergrund des britischen Interesses steht nun nicht mehr Österreich, sondern die Tschechoslowakei. Es ist kein Zweifel daran möglich, daß die führenden Staatsmänner der Tschechoslowakei nun eine Gelegenheit haben, die Struktur ihres Staates den neuen politischen Gegebenheiten anzupassen — Gegebenheiten, die ja nur ein Wiederaufdecken eines geschichtlichen Tatbestandes sind, der jedem Kenner der Lage Böhmens im alten Deutschen Reich geläufig sein muß. Dreimal in der Geschichte ist den Tschechen ein erfolgreicher Aufstand gegen den deut-

schen Einfluß in Böhmen und Mähren gelungen; zweimal schon waren sie genötigt, nach Zeiten eines hemmungslosen Kampfes einen Ausgleich mit den Deutschen zu unterschreiben. Der dritte Aufstand war 1918 ... Wird man auf dem Hradschin begreifen, daß gute Nachbarschaft in Lundenburg und Oderberg nur möglich ist, wenn es keine Unterdrückung von Deutschen in den Ländern der böhmischen Krone mehr gibt, wenn Prag darauf verzichtet, über den deutschen Körper hinweg deutschfeindliche Außenpolitik mit Paris und Moskau zu machen?

Der Führer hat in seiner Königsberger Rede betont, daß es noch einige Ungerechtigkeiten aus den Verträgen von Versailles und St. Germain gebe, an deren freiwilliger Beseitigung man den guten Willen der europäischen Mächte werde erkennen können ... Vielleicht ist die „Times“ nun in der Lage, positive Vorschläge friedlicher Revisionen zu machen!

So verlockend es ist, den Versuch zu machen, die Fernwirkungen des großdeutschen Zusammenschlusses auf die gesamte europäische Struktur zu untersuchen, so sehr sind wir hier gebunden an die Notwendigkeit, über den Entwicklungen des großdeutschen und mitteleuropäischen Raumes nichts zu übersehen, was sich aus fremdem Willen oder in fremden Machtbereichen vollzogen hat. Das ist gerade in den letzten Wochen nicht wenig.

Neben den österreichischen Vorgängen stehen in diesem bewegten März die polnisch-litauische Spannung, die herannahende Entscheidung über Katalonien und der englisch-italienische Ausgleich — sofern er gelingt. Dazu kommen sehr bemerkenswerte Aktivitäten der amerikanischen Politik, und nicht zuletzt das Vorgehen der Mexikaner gegen die englischen und amerikanischen Ölgesellschaften.

Daß Polen die Gelegenheit zu einer wirkungsvollen Demonstration seiner Macht gegenüber Litauen ausnutzt, läßt sich aus der Zusammenschau der europäischen Ereignisse nur begreifen. Für Polen sind dabei innere Gründe ebenso maßgebend gewesen wie äußere. Der Zustand der litauisch-polnischen Grenze konnte auf die Dauer nur zum Krieg oder zur Aufnahme der üblichen Beziehungen führen. Polen hat mit ziemlich scharfen Mitteln die Aufnahme von Beziehungen erzwungen. Litauen hat nachgegeben — unter Druck. Es betont ausdrücklich, daß ein innerer Verzicht auf die alte litauische Hauptstadt Wilna damit nicht verbunden sei. Das bedeutet, daß der litauisch-polnische Ausgleich auf lange Sicht ebenso fragwürdig ist, wie seinerzeit der rumänisch-sowjetrussische über Bessarabien. Das Gebiet, um das es zwischen Polen und Litauen geht, ist dabei in völkischer Hinsicht weder polnisch noch litauisch, sondern weißrussisch mit einem hohen Prozentsatz von städtischem Judentum. Um dieses osteuropäische Judentum setzt neuerdings eine sehr seltsame Bewegung der amerikanischen Außenpolitik ein. Es ist recht bezeichnend, daß der erste Fall von schlechter Behandlung einer „Minderheit“, der die Gefühle der westeuropäischen Demokratien erregt hat, die Gefährdung des rumänischen Judentums durch Goga war; und daß nunmehr die Sorge der amerikanischen Diplomatie der Gesamtheit des mittel- und osteuropäischen Judentums zugewandt werden soll. Es lassen sich Entwicklungen auch der amerikanischen Innenpolitik denken, die sogar die Herren Baruch und Morgenthau einmal bedauern lassen könnten, daß sie der amerikanischen Außenpolitik Wendungen gegeben haben, die mit amerikanischen Interessen nichts mehr zu tun haben. Auch Palästina mit sei-

nem immer stärkeren Gegensatz zwischen jüdischen Einwanderungs- und britischen Reichsinteressen könnte zu denken geben...

Inzwischen haben die angelsächsischen Wirtschaftsinteressen in Mexiko durch die Maßnahmen des Präsidenten Cardenas einen heftigen Schlag erlitten. Enteignung großer Konzerne ist immer etwas Schmerzliches; und wenn es sich um Petroleum handelt, hört auch für die großen Weltmächte die Heiterkeit auf. Es ist sehr bezeichnend für die veränderten Machtverhältnisse auf der Erde, daß sich England und Amerika einen solchen Schritt wie den jetzigen der mexikanischen Regierung gefallen lassen, ohne mehr zu tun, als zu protestieren und einen gewissen wirtschaftlichen Druck anzusetzen — der auf Mexiko keinen entscheidenden Eindruck zu machen braucht. Auch in Südamerika müssen Pfund- und Dollar-Diplomatie immer weiter zurückweichen.

Allerdings bilden die „latein-amerikanischen“ Staaten alles andere als eine einheitliche weltpolitische Front. Zwischen der Kommunistenverfolgung, wie sie in Brasilien geübt wird, und der mexikanischen Einstellung zum spanischen Krieg ist ein weiter Unterschied. Mexiko ist in den Verhandlungen des Völkerbundes der sicherste Bundesgenosse Litwinows. Waffenlieferungen der Mexikaner an die Gegner Francos sind an der Tagesordnung. Ihre militärische Wirksamkeit ist allerdings umstritten. Jedenfalls ist die mexikanische Einmischung sehr viel harmloser als die, welche in der dritten Märzwoche von den Herren Paul-Boncour und Blum erwogen, beinahe schon beschlossen war. Es ist nicht gerade beruhigend, wenn man feststellen muß, daß die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens in diesen Tagen einzig und allein an dem nüchternen Verstand des Generals Gamelin (der im März 1936 gegenüber Sarraut eine ähnlich mäßigende Wirkung ausgeübt hat) und an dem Geschick des britischen Nachrichtendienstes gehangen hat, der es der englischen Regierung möglich machte, ihre sehr entschiedene Auffassung in Paris geltend zu machen, bevor französische Truppen „zur Rettung Barcelonas“ die Grenze von Port-Bou überschritten... Gewiß ist die Lage der französischen Linksregierung nicht angenehm. Nach der Haltung, die sie gegenüber Franco eingenommen hat, kann es für Frankreich nur unangenehm sein, ein wirklich nationales Spanien als Nachbarn zu haben. Von dem Transport nordafrikanischer Truppen durch Spanien, von der Benutzung Minorcas als Zwischenstation zwischen Algier—Oran und Marseille—Port Vendres kann dann nicht mehr die Rede sein. Das alles aber hätte man früher bedenken müssen, bevor man sich erlaubte, Steine in das Haus des Nachbarn zu werfen. Darin ist England klüger gewesen. Es hat sich wenigstens bemüht, neutral zu sein, und bereitet sich darauf vor, seine starken wirtschaftlichen Möglichkeiten im Notfall auch einem siegreichen Franco zur Verfügung zu stellen...

Die Wahrscheinlichkeit eines endgültigen Sieges für Franco ist inzwischen erheblich gewachsen. In methodischem Vorgehen ist zunächst das südliche Arragon zwischen dem Vorsprung von Teruel und dem Ebro bis an die Schwelle des Randgebirges heran erobert worden. Ein zweiter Stoß nördlich des Ebro hat zunächst Huesca aus der Umklammerung befreit, in der es sich fast seit Beginn des Bürgerkrieges befand. Darüber hinaus ist jede Bedrohung von Saragossa beseitigt, der Vormarsch gegen die katalanische Grenze auch nördlich des Ebro angetreten worden. Gewiß dürfen die Geländeschwierigkeiten, die sich besonders am Ebro selbst an der alten Grenze von Arragon und Katalonien ergeben, nicht unterschätzt wer-

den. Aber es scheint, als ob die Kampfkraft der Barcelona-Truppen sich erheblich verringert hätte. Wenn Frankreich daran verhindert wird, neue Verstärkungen zu senden, wird sich der spanische Konflikt von selbst erledigen. Franco wird siegen, und die internationale Hilfe auf beiden Seiten wird überflüssig geworden sein. Die Aufgaben politischer Rekonstruktion, die dann vor der spanischen Regierung liegen, sind gewaltig. Franco wird an eine aktive Außenpolitik erst denken können, wenn die Wunden des Bürgerkrieges verheilt sind, wenn Spanien in seinem sozialen und wirtschaftlichen Gefüge erneuert ist. Das wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern. Insofern sind alle französischen Befürchtungen wegen der Pyrenäengrenze übertrieben.

Die englisch-italienischen Verhandlungen über das Mittelmeer und Afrika schreiten vorwärts. Sowohl aus Rom wie aus London kommen Meldungen von einem bald bevorstehenden Abschluß. Deutschland kann aus den Reden Churchills und anderer Träger der Gedanken von Versailles und Stresa mit Beruhigung entnehmen, daß die Klärung der mitteleuropäischen Lage jeden Versuch unmöglich gemacht hat, einer englisch-italienischen Einigung negative Elemente beizumischen. Was nun erfolgen wird, ist eine Entscheidung darüber, ob der Suez-Kanal zu gleicher Zeit eine Lebensader zweier Großmächte sein kann. Kompensationen im Bereich der europäischen Kontinentalpolitik, wie sie von Versailles bis Stresa üblich waren, können heute nicht mehr angeboten, und nicht mehr angenommen werden.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Die herbe Lehre: „Schau den Tatsachen ins Gesicht!“ (Face facts) — der in Deutschland und Italien die Führer, in England Chamberlain und Halifax, ohne Eden, folgen, zu der sich mit Ausnahme der Tschechoslowakei auch die Nachfolgestaaten zu bequemen schienen, die bis jetzt, im Gegensatz zu einigen ihrer Reden, auch Roosevelt und Hull praktisch anerkennen, sie fängt an, auch im Fern-Ost-Kampf gehört zu werden.

Allerdings mag es noch bis zum Herbst dauern, bis die Erkenntnis der geopolitischen Grenzen und Möglichkeiten aus Japans Daseins- und Zukunftsfragen reift. Dann erst werden die blutigen Schleier zurückgedrängt werden, die sich über das unglückliche China breiten. Sie entstehen nach Lenins Weisung aus dem Grundsatz „China im Brodeln zu erhalten“, als Nebenherd der Weltrevolution; die in ihrem Hauptherd zunächst von Moskau aus erbarmungslos ihre eigenen, ehemals bevorzugten Kinder und Träger frißt.

Einen Sucherstrahl nach dem künftig möglichen festen Grunde der Tatsachen entsendet die erste Jahresnummer der „Far Eastern Review“ (Anhang 1). Sie bringt dankenswerterweise in guter Übersicht die Erklärungen von Hirota, von Matsuoka — (mit der entscheidenden Frage: „Wird Japan sein Kreuz tragen können?“) —, den wohl richtigen Inhalt des chinesisch-russischen Geheimvertrags, Japans Mindestforderungen in der Entwicklung seit dem Tangku-Abkommen vom Mai 1933, dem Umezu-Ho-Abkommen vom Mai 1935 (mit der Unmöglichkeit, mit China zu festen Vereinbarungen zu gelangen), endlich den Werdegang des roten Einflusses in China seit Sianfu. Ist der Plan, eine Kraftwagenstraße nach

Nordwesten, eine russisch-chinesische Bahn Chungking—Chengtu—Sungpan—Tsinghai—Sinkiang nach Sowjetrußland, 4000 km lang, mit acht Millionen chinesischer Arbeiter unter russischer Leitung zu errichten, eine Fata Morgana oder Wirklichkeit auf weite Sicht dahinter? Die Sowjets sollen sie auf eine vierprozentige Anleihe Chinas hin bauen, die fünf Jahre nach dem Krieg mit der Rückzahlung beginnen und zwanzig Jahre danach abgezahlt sein soll, bis dahin als Machtwerkzeug dem Russen gehören wird. Das kann ebenso das Werden eines binnen-chinesischen Sowjetstaats unter Moskauer Führung gegen einen japanisch geführten Randstaat bedeuten, wie ein Druckmittel oder eine Seifenblase, einen Bluff.

Aber dafür ist der geopolitische Gedanke, vom Sowjethirn aus gesehen, zu „verwünscht gescheit“. Er würde zuletzt eine Erweiterung Sowjet-Innerasiens auf Kosten der Randkultur bedeuten!

So weit liegen noch Wunschträume und Wirklichkeit auseinander. Daß es unter solchen Verhältnissen bei dem durch deutsche Vermittlung — (einen großen Vertrauensbeweis beider kriegführenden Parteien) — angebahnten Friedensgespräch nur zu einem sehr vorläufigen Meinungsaustausch zwischen China und Japan kommen konnte, konnte nicht überraschen.

Vor dem Herbst 1938 rechnet, abgesehen von unvorhersehbaren Zufällen, in Japan niemand mit einem Abschluß; man erklärt nur, daß man die Rechnung allein herauschreiben und keinerlei Einmischung dulden werde. Man weist nach, daß man wirtschaftlich noch vier Jahre in der gegenwärtigen Weise Krieg führen könne, ehe Japan einen ähnlichen Erschöpfungsgrad erreichen würde, wie ihn die abendländischen Mächte des letzten Weltkriegs sich zugefügt hätten. Daß dies kein wünschenswertes Schlußziel ist, wird nicht geleugnet. Noch wird nicht in Abrede gestellt, daß bei vollem Gang der Wirtschaftsmaschine kaum mehr als zwei Millionen Menschen aus ihr für Wehrzwecke außerhalb des Inselreichs herausgezogen werden können; das würde bei noch so guten Ergebnissen am mittleren Hwangho, bei Aufreibung der chinesischen Kräfte an der Tsingpu- und Lunghai-Bahn um Hsuechow, doch mit dem Erreichen des Eisenbahnrückgrats Peking—Hankau—Kanton wehrgeopolitische Grenzen der Raumüberwindung festlandeinwärts erkennen lassen. Es käme dann darauf an, ob man diesen Raum im Gegensatz zur chinesischen Binnenregierung mit Kompromiß-Chinesen zu organisieren vermag. Von Japan wird behauptet, daß die Erhaltung des Heeres auf chinesischer Erde billiger zu stehen käme als auf japanischer. Es wird betont, daß Japan keinen Landerwerb anstrebe, nur Zusammenwirken auf antikommunistischer Grundlage, Schaffung entwehrter Zonen mit Sonder-Regime, engen Wirtschaftszusammenschluß von China, Japan und Mandschurei ohne Schädigung wohlverworbener Rechte Dritter und eine dem Aufwand entsprechende, also wohl schwer tragbare Kriegsentschädigung. Das ist nur möglich bei unbestrittener Fern-Ost-Führung durch Japan und Fernhaltung fremder Einmischung, die praktisch schon jetzt durch die Sowjets erfolgt. Bereitet Frankreich für diesen Fall die Kamranh-Bucht, halbwegs zwischen Singapore und Hongkong, als Flug- und Flottenstützpunkte vor? Bis jetzt war Saigon mäßig beschützt.

Entscheidende Bedeutung kann in solchem Fall schnell und überraschend dem erneuerten, aber mit dieser Erneuerung unter japanischer Hilfe noch nicht ganz fertigen Siam zufallen; größere noch natürlich den nun bis zu 87% ihrer zer-

lappten Landfläche auf 7083 Inseln und Riffen, darunter 466 größeren vermessenen Philippinen. Wie gefährlich, auch für Seekriegsverwicklungen, deren Fahrwasser ist, zeigen die 74 Schiffbrüche von Dampfern über 1000 t innerhalb eines Jahrzehnts. Eine solche Inselgruppe läßt sich mit einer darauf eingeschulten Küstenflotte kleiner, flinker Einheiten leicht in einen gefährlichen Fuchsbau verwandeln.

Aber der ganze Westpazifik ist ja ein solcher Fuchsbau des Seekriegs; mit Recht spricht Russell E. Hall (Anhang 2) in einer der besten Übersichten aus neuerer Zeit von „Reichsaußenposten im Südpazifik“, dabei offenlassend, wessen Reiches Außenposten er damit meint. Denn die geopolitische Schwierigkeit ist ja eben, daß sich vierer Reiche Außenposten und noch allerlei alte Rechte dort ineinanderschlingen, — ganz abgesehen von den inneren Reibungen, wie der Inderfrage auf Fiji, den Missionskämpfen, den Koprasschwankungen, den Kondominiumsorgen in den Neuen Hebriden mit zwei gegensätzlichen Kolonialgrundsätzen, den zementbehrlichen Chinesen auf Nauru, dem raschen Ansteigen der rund 55 000 Japaner im ehemals deutschen Mandat gegenüber von nur mehr 50 000 Inländern und ganzen 109 Fremden. Dazu kommt der unberechenbare Wert einzelner Gruppen als Flugstützpunkte zum Erreichen von Australien und Neuseeland von Hawaii und den beiden Flugkurtinen der USA. aus. Die eine geht von Hawaii über Midway, Wake, Guam nach Korregidor-Manila, mitten durch Japans Südsee; die andere hängt von Dutch Harbour in den Aljuten über Hawaii, die Phönixgruppe (Canton und Enderbury) bis Pago-Pago, und von dort nach Neuseeland, wohin auch der britische „Centaurus“ flog. Es ist ein Flugvorhang von 7000 km Länge — (die japanische Chinafront ist „nur“ rund 3000 km!) — hinter dem sich die amerikanischen Flotten- und Luftübungen abspielen. Wie unbefangen sie dabei ihre amerikanisch-pazifische Basis gestalten, verraten uns Nachrichten, wie die vom Anflug von 58 Kriegsflugzeugen über Guatemala weg zur Panamakanalzone im Februar 1938, das i. G. 100 dorthin passierten.

Luft- und Seemanöver sind zum großen Teil über Hoheitsgebiet von Nicaragua und Costarica, um den Fonseca golf abgehalten worden. Ein japanisches Fischereiunternehmen soll aus dem angeblich selbständigen Panama verdrängt werden, versucht, nach Costarica auszuweichen, begegnet aber auch dort dem nicht unberechtigten Bedenken, man wolle nicht durch Gestattung japanischer Stützpunkte für einen späteren pazifischen Krieg zum Belgien Mittelamerikas, zum Kriegsgebiet für fremde Belange werden. Deshalb hat man auch im „Balkan Amerikas“ (frei nach Colin Ross) die Träger des großen Stocks der USA. mit Pomp aufgenommen; ebenso im März die französische U-Boots-Flottille, die von Venezuela durch den Panamakanal zum Besuch von Salvador kommt, — vielleicht nach den ehemals beanspruchten Clippertoninseln schauen soll?

Auch der uralte Streit um die Moskitoküste flackerte zwischen Honduras und Nicaragua wieder auf, bis ihn Washington und Guatemala wieder vorläufig beilegte, nachdem es schon einmal früher der König von Spanien getan hatte. Dabei tauchte ein sonderbares Projekt einer nordamerikanischen Weltfriedensgesellschaft auf, den Streitgegenstand den Rotariern als neue unabhängige Landwirtschaftsrepublik mit dem Generaldirektor der United Fruit Company als Präsident zu stiften, und durch jüdische Auswanderer aus den faschistischen Län-

dern zwecks Bananenbaus zu bevölkern. Diese würden dort freilich in Teufels Küche kommen, „wo der Sumpf am größten und Gottes Hilfe am weitesten ist“ (wie uns ein freundlicher Mitarbeiter schreibt), Moskitos, Fieber und Hitze dagegen am nächsten sind.

Selbst dort aber lernt der Eingeborene vom Fremden das Arbeiten und bekommt zum Dank für den ihm unerwünschten Antriebs Anfälle von Fremdenfeindlichkeit: wieviel mehr erst gegenüber jeder gelben Zuwanderungsmöglichkeit. Insofern also können sich die Vereinigten Staaten im Bedarfsfall auch auf die stark rückindianisierten Länder des pazifischen Ostufers verlassen und sie getrost in ihr „Manövergelände“ einbeziehen. Dennoch sieht es auch im Frühjahr noch so aus, als ob die beiden Altkulturvölker des Fernen Ostens bei ihrer Auseinandersetzung allein blieben, wenn auch Hirota die Lage mit den Sowjets „heikel“ nannte.

So wird es also in erster Linie darauf ankommen, was beide an Willen zur Führung und zur Macht in ihrer Volksseele verfügbar haben, um ihrer weiten Räume und der Zeiten, mit denen sie rechnen müssen, Herr zu werden.

An Anhaltspunkten zu deren Abschätzung fehlt es nicht, auch wenn man reichlich Abstriche für Kunjunkturschrifttum und Propaganda macht, worin sich China und Japan den Rang begreiflicher Weise abzulaufen suchen.

Je höher diese Versuche geistig, kulturpolitisch stehen, um so besser die Dauerwirkung, wie etwa bei dem, was Eduard Spranger nach seiner Rückkehr von einem Jahr in Japan über „Japanische Kulturfragen“ zu sagen hat, oder, im gleichen Heft von „Nippon“ (Anhang 3) Miyamoto Kinshichi über „Jugendbewegung und Jugenderziehung in Japan.“ — Dort hat man das Gefühl, zugleich im schwersten äußeren Daseinskampf und in einem inneren Umbruch von ähnlicher Tragweite, wie in Deutschland und Italien, zu stehen und sehr viel auf einmal tun und aushalten zu müssen.

Aber nicht minder stark ist dieses Gefühl in China, wofür weniger die Nachrichtenblätter des „Neuen China (Anhang 4 z. B. No. 142—148 aus Hankow) ins Gewicht fallen (denn reine Kriegsberichte sind beschränkte historische Wahrheit in Ost und West), sondern die mit Begeisterung und Wärme geschriebenen Informationsblätter, No. 15 und 16 (Anhang 5), über „Bomben auf Japan“ und „Mißverständnisse und die Voraussetzungen zu ihrer Beseitigung — zu der Anerkennung ‚Mandschukuos‘ durch Deutschland.“

Wir verstehen durchaus den Schmerz vaterlandsliebender Chinesen, wenn die „reale Tatsache“, die „Wirklichkeit“ Mandschukuo auf dieselbe Ebene gestellt wird, wie die des Äthiopischen Imperiums Italiens: haben wir doch auch die noch viel weniger begründete und gebotene Zustimmung Chinas im Völkerbund zur Zerstörung des hochentwickelten wirtschaftlichen Uhrwerks Oberschlesien, zur Zwangsverschickung Deutscher aus China nach Friedensschluß erlebt. Aber die Wirklichkeit Mandschukuo könnte nur durch eine Eroberung mit bewaffneter Hand aus dem Bereich der Wunschträume in eine andere Wirklichkeit überführt werden. Das ist eine Wirklichkeit, die sich Jung-China von 1931—1938 nicht klarmachte.

Fast so unmöglich, wie der Versuch, den hochgespannten, sich jenseits der Wirklichkeit bewegenden Wunschträumen einzelner chinesischer Staatsdenker gerecht zu werden, ist — bei aller Hochachtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker — der andere, das gleiche für Indien zu versuchen. Aber das gilt auch

für europäische Schriftsteller, die in dem gewaltigen Bau des britischen Weltreichs nur die Stärke seiner Flotte, des Dreiecks Singapore—Hongkong—Port Darwin, und nicht auch, wie Großbritanniens besonnene gegenwärtige Führer, die schwachen volkspolitischen Baufugen sehen. (Anhang 6.)

Sie schließen es aus, daß sich das Weltreich zumuten könne, gleichzeitig eine mitteleuropäische Erschütterung, ein Ringen auf Tod und Leben im Mittelmeer, einen Aufbruch im Nahen Osten, eine indische Unabhängigkeitsbewegung mit von außen geschürter Stoßkraft und eine vollwertige Verteidigung seiner Chinastellung, sei es auch Arm in Arm mit USA. auszuhalten. Daher die begreifliche Neigung zu Kompromissen, soweit sie nur das Gesicht wahren.

Dafür ist das durch jahrhundertelange Entwicklung vollendet ausgeglichene Gleichgewicht zwischen monarchischen, aristokratischen und demokratischen Antrieben innerhalb der britischen Staatsbiologie im höchsten Grade geeignet; aber es widerstrebt aus dieser Natur heraus allen Einseitigkeiten (Exzessen), so namentlich dem einseitig demokratischen Ausschlag des Pendels, das die radikalen Führer der indischen Kongreßpartei in Schwung setzen. (Z.B. Pandit Jawaharlal Nehru, i. 2. 1938 in der United Press; Anhang 7.)

Aus diesem innersten Grund heraus — nicht nur aus politischem Opportunismus — kommt das Verständnis für das Streben der rund 78 Millionen indischer Islam-Anhänger, nicht von der Tyrannei einer demokratischen Hindu-Mehrheit erdrückt zu werden. (Anhang 8: Gegensatz M. N. Roy-Fazlul Huq.) Dabei ist vom demokratischen Britenflügel der indische Unabhängigkeitstag in London, Manchester, Edinburgh, Oxford, Cambridge, Reading und Glasgow geräuschvoll mitgefeiert worden, als ob er nicht einen schweren Reichsverlust bedeuten müßte.

Dort nahmen neben Sir Stafford Cripps und Lord Middleton auch Professor Laski und der Labourvertreter Strauss, nicht eben alles Rassebritten, die Gelegenheit wahr, wider Farben- und Rassenschranken, wider Italien, Deutschland und Japan Sturm zu laufen, allerdings auch neben dem Protest gegen die Bombenwürfe auf Madrid, Kanton und Abessinien die Bomben der Briten auf die Nordwestprovinz Indiens zu erwähnen. Wenn sie betonten, Freiheit und Demokratie seien nicht nationale, sondern internationale Glaubenssache, für die die britische Labourbewegung überall eintrete — doch wohl mit Machtmitteln des Empire —, und im selben Atemzug mit dem Ruf „Bande mataram“ und „Inquilab Zindabad“ eigentlich das eigene Weltreich zu drei Fünfteln seiner Volkszahl gegenstandslos machten, gehört das zu dem vielen schwer Begreiflichen, an der so vieldeutigen Formel: „Imperium et libertas“ — die doch wohl Freiheit nur für die Herrschenden meint und ihre Herrschafts-Erstgeburt mit dem Freiheitsruf für alle preisgibt, ebenso wie das Daseinsprinzip der „Herrschaft der Besten“, der „Aristokratie“, die vorläufig Britanniens Reich noch immer zusammenhält und deshalb von seinen Gegnern berannt wird. (Anhang 9.)

Wohin hier letzte Folgerungen führen, zeigte der Zusammenstoß zwischen dem südafrikanischen Minister Hofmeyer und Sir Raza Ali in Gegenwart des High Commissioners Sir William Clark in Johannesburg über die „Nichteuropäische Front der Inder und Banturassen“, und die leise Drohung des Inders, daß sie zustande käme, wenn die Behandlung der Inder in Südafrika so bliebe, wie in den letzten fünfzig Jahren und auch ein Gast, wie Sir Raza Ali, tauben Ohren predige.

Aber dort, wo sie herrschen wollen, stellen die Hindu ihrerseits das Minderheitenproblem in Abrede und proklamieren die 51% Mehrheitstyrannei, die doch ganz gewiß in Indien den Großteil der 78 Millionen Mohammedaner, die 4 Millionen Sikhs trifft, während das Problem für Allindien Zahlen umfaßt, die nahe an die Gesamtzahl der Deutschen auf Erden heranreichen, also nicht gut völlig totgeschwiegen und totgeteilt werden können.

Hinter dem Unabhängigkeitsproblem richtet sich also das geopolitische Neuaufbauprobblem — eine Raumfrage ersten Ranges — vor den Führern Jungindiens fast drohender als das erste vor den Führern des Weltreichs auf. Daran ändert ein mühsam erlangtes Kompromiß in der Regierungsbeteiligung einzelner Länder wenig.

Welchen ungeheuren Grad von Verstraffung aber würde zur Bewältigung auch nur der nächstliegenden Aufgaben ein selbständiges Indien mit seiner zerlappten und unmöglichen Ländereinteilung nötig haben — (die ohne diktatorische Gewalten gar nicht anzupacken wären, wie das letzte Kompromiß beweist) — wenn schon Japan, ganz ebenso wie vor ihm Deutschland und Italien, zu solcher straffer Staatsführung durchstoßen muß, wie sie das nationale Mobilisierungsgesetz mit sich bringt.

Chinas ganzes Unglück war, viel zu spät zu erkennen, daß solche Umformungen im heutigen Weltgedränge nur durch Führer von Gottes Gnaden, nicht parlamentarisch durchgeführt werden können, so daß es die Macht dazu viel zu spät in Chiang Kai-Sheks Hände legte, vielleicht auch, daß er viel zu spät die etwa schon früher vorhandene Möglichkeit ergriff.

Steht erst der Feind im Land, ist erst der Kampf aller gegen alle entbrannt, — der in Indien gewiß nicht auf sich warten ließe, so wenig, wie er China von 1911 bis heute verschont hat —, dann bedarf es großer Schicksalsgnade, wenn einem Führer mit überragenden, in Massen gewiß nicht vorhandenen geopolitischen Einsicht, die rettende Tat gelingen soll, wie etwa der Reihenfolge Sulla-Cäsar-Augustus in ähnlichen Zersetzungszuständen des Römischen Reiches auf seinem Wege vom aristokratischen Gefüge durch eine herrschaftsunfähige Demokratie zum Führerstaat.

Das ist der Grund, warum Japan aus Erkenntnis seiner eigenen Geschichte mit beständigen, zur Evolution abgelenkten Revolutionen von oben her, und im Besitz der Erfahrungen der Ententemächte mit ihren Diktaturen und Parlamenten im Weltkrieg, dem Werdegang Deutschlands und Italiens wie Brasiliens, jetzt nicht wartet, bis sein Schicksalskampf durch demokratische und parlamentarische Künste gefährdet oder verloren wird, sondern unter der Sonnenfahne der 2600 jährigen Dynastie, im Spiel auf Tod und Leben, die ganze Volkskraft wirklich einsetzt, ehe es das Spiel aus der Hand gibt. (Anhang 10.)

Was es dabei wagt, das wissen seine Führer und Leiter so genau wie der deutsche Führer und Italiens Duce. Andere ahnen es wenigstens, daß sie in solchen Fällen an Hochspannungen rühren, aus denen wilde und unberechenbare Wetterschläge hervorberechen können. Tiger-Jahr!

Anhang zum Geopolitik-Bericht über den indopazifischen Raum IV/38

1. „Far Eastern Review“, Bd. XXXIV Januar 1938; No. 1: „Japans position in the conflict (Japans Stellung in den Fernost-Wirren); Japans economical strength (Japans Wirtschaftsstärke); Trends of the warfare in China (Grundzüge der Kriegführung in China); The

action of typhoons on structures (Die Taifun-Wirkung auf Bauten, auch Schiffe!); Changing Siam (Die Wandlung Siams); Coast and geodetic work in Philippine progress (Küstenaufnahme und Vermessungsleistungen in den Philippinen bis zu 87% aufgenommen!) —

2. „Outposts of Empire in the Southern Pacific“ Far Eastern Survey, American Council of Pacific Relations, Bd. VII No. 4; New York City; 16.2.38. Vorzügliche Übersicht mit Karte der Pazifischen Inselwolken und Quellen — die Notwendigkeit einer beständigen Revision einer „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ (K. Vowinkel; 3. Aufl. 1938) deutlich machend. (Karte! Tafel mit Volkszahlen!); Flugdienst.

3. „Nippon“ D. Jahrg. H. 1 „Japanische Kulturfragen“ (Eduard Spranger); Miyamoto Kinshichi: „Jugendbewegung und Jugendziehung in Japan.“

4. Nachrichtenblätter No. 142—148 des Herausgebers „Das neue China“, Sektion der Kuo-Min-Tang in Ostasien (die chinesische Nationalpartei), Berlin W 15, Kurfürstendamm 218 — vom 14.2. bis 26.2. aus Hankow datiert.

Kämpfe bei Tsining, am Hwai-Fluß; an der Peiping-Hankow-Bahn; bei Kaifeng; in Shansi (wo Yen Shi Shan ähnliches Los zu ereilen scheint, wie seinem Kollegen-General in Schantung). Bombenangriffe auf Formosa, auf Hang-chow. Japanische auf Hankow und Ichang.

Einspruch gegen die Anerkennung von Mandschukuo durch Deutschland.

Überfall auf Prof. Dr. Birt und seinen Begleiter in Shanghai.

5. „Das neue China“; Informationsblätter No. 15 und 16; „Bomben auf Japan“ (Angriffe auf Takao, Taihoku; Alarm in Nagasaki, rund 1000 km, $2\frac{1}{2}$ Flugstunden von der chinesischen Küste); Annahme, daß z. Z. etwa 800 000 Japaner auf rund 3000 km auseinandergezogen auf chinesischem Boden stehen.

Zeit und Raum als Hauptwaffen Chinas bezeichnet. „Japan marschiert heute in China ins Endlose, wird sich müde laufen müssen.“ Drohen mit russischen Flugstreitkräften, 800 km, 2 Flugstunden von Tokyo.

„Mißverständnisse und die Voraussetzungen zu ihrer Beseitigung — zu der Anerkennung ‚Mandschukuos‘ durch Deutschland.“

Ist ein konstruktiver Friede in Ostasien nur durch die Vernichtung der Wirklichkeit Mandschukuo und ihren Ersatz durch ein völlig einem zentralisierten China eingeschmolzenes Nordostgebiet denkbar, was die Mandschurei in ihrer ganzen Geschichte niemals war — dann freilich steht Ostasien noch so weit von jeder Verwirklichungsmöglichkeit eines solchen Friedens, daß wir für seine Zukunft nur sehr dunkel sehen können.

Denn an der geschichtlichen Wahrheit ist nichts zu ändern, daß die Selbstbestimmung der Mandschurei zuerst durch einen Geheimpakt zwischen Rußland und China, das Li-Lobanow-Abkommen preisgegeben worden ist. Aus ihm hat sich alles Unheil entwickelt; nicht zuletzt der Russisch-Japanische Krieg und alles, was daraus folgte. China hatte von 1911 bis 1931 zwanzig kostbare Jahre Zeit, seine „Einheit und Freiheit“ ganz, wie sie der leidenschaftlichste Patriot ersehnt, zu verfestigen.

Ein wirklich einiges China wäre unbezwinglich; ist sein Erwachen, wie gesagt wird, eine historische Realität, so wird es das aus eigener Kraft zu erweisen haben und darin, aber auch nur darin, von seinem Gegner und von den Gegnern seiner gegenwärtigen kommunistischen Freunde — siehe Sino-Sowjet-Agreement — mit voller Betätigungsfreiheit der Komintern in China volles Verständnis finden.

6. Z. B. Walter Pahl: „Der angelsächsische Aufmarsch zur See.“ Deutsche Rundschau, März, 1938 in großzügiger Übersicht. — Schärfer die Fugen zeigt: Otto Welsch: „Die wehrpolitische Lage im Nahen Orient und ihre gestaltenden Kräfte“ (Englands Landbrücke; Nördliche Nachkriegs-Islam-Staaten; Großarabische Bewegung).

7. United Press vom 1. 2. 1938: Pandit Jawaharlal Nehrus Warnung vor allzu sklavischer Nachahmung britischer Bräuche bei der Parlamentarisierung Indiens (Rolle der „neutralen“ Sprecher). „Wir müssen diese Fesseln abwerfen“ — „Wir können keine Neutra werden“ — „Der Freiheitskampf ist das wahre Ziel, dem wir mit ganzer Überzeugung und Temperament dienen müssen.“

Dieser Exzeß des Temperaments ist es ja, den wir für Indiens Zukunft fürchten. Seine Zügelung war die Stärke des „british raj!“

8. Wortlaut der höchst bemerkenswerten Gegensätze in den Reden von M. N. Roy (zentralistischer Hindu-Vertreter) und Fazlul Huq (Vorkämpfer der bedrohten Islam-Minderheit mit Herrschafts-Überlieferung) in „Amrita Bazar Patrika“, 28. 1. 38, S. 6.

9. In der gleichen Zeitung S. 9, London-Kabel vom 26. 1. über die indische Unabhängigkeitsfeier dort, mit Jawaharlal Nehrus Gruß: „Es gibt keine Lösung des Indien-Problems ohne völlige Unabhängigkeit.“

Das setzt aber eine vollkommen neue Kräfteverteilung der Alten Welt voraus, für deren Vorbereitung es nicht zweckmäßig ist, Mächten der Erneuerung zugleich mit denen des Beharrens Fenster einzuwerfen!

10. Japans National-Mobilisations-Gesetz, Ende Februar, Anfang März vor dem Reichstag umkämpft, erfährt vielleicht seine schärfste Beleuchtung in der Debatte vom 2. 3., Konoye gegen Ueyehara („Times“, 3. 3. 38, S. 13), mit Konoye als Vertreter des altjapanischen Evolutions-Prinzips, daß Wandlungen, wenn unvermeidlich, von oben gemacht werden „short cut to power for Nazis of Japan“, und Ueyehara als Vertreter angelsächsischer Umwandlungs-Gedanken „since the assassinations and outbreaks of 1932 and 1936 the people felt, that reason no longer ruled in the public affairs of Japan.“

Dazwischen ist es nicht leicht, Einigungs-Formeln zu finden!

HANS HUMMEL: Kurznachrichten

ADEN. — Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß England die Kohlenstation auf der Perim-Insel in der Bab-el-Mandeb aufgeben wird, da man sie nicht mehr als sicher betrachtet. Man plant dafür, in Makalla im Gebiet von Hadramaut eine ähnliche Station zu errichten. Damit würden sich die Pazifikationsvorgänge des vorigen Jahres hinreichend erklären, die vor allem Hadramaut betrafen.

BRITISCHES REICH. — „News Chronicle“ vom 29. März behauptet, daß im Verlauf der britisch-italienischen Besprechungen, die in den letzten Wochen laufend weitergeführt wurden, am 27. März eine Einigung in der Stützpunktfrage erzielt worden sei. Dieser Mittelmeerpakt sehe den Austausch von Informationen über den Stand der Stützpunkte im Mittelmeer und im Roten Meer der beiden Staaten vor. Neue Stützpunkte sollen nicht mehr errichtet werden: unter dieses Verbot würde der Ausbau von Pantelleria und dem Dodekanes, ferner die Errichtung eines Stützpunktes an der Bab-el-Mandeb gegenüber Aden für Italien fallen, England müsse dagegen den Ausbau Cyperns fallen lassen und über Gibraltar, Malta und die Befestigungen am Suezkanal Auskunft geben. Italien habe sich laut „News Chronicle“ bereit erklärt, den größeren Teil seiner Truppen von der lybisch-ägyptischen Grenze zurückzuziehen. Die Besprechungen selbst gehen weiter.

CHINA. — Die Behauptung Sutschaus, Knotenpunkt der Lunghai- und der Tientsin—Pukau-Bahn, durch die Chinesen hat eine Frontenerweiterung nach Westen und Süden zur Folge gehabt, da die Japaner versuchten, die starke Sutschau-Stellung westlich in Schensi und Ho-

nan, südlich in Nganhwei, zu umgehen. Dabei wurde der Gelbe Fluß von den Japanern an verschiedenen Stellen überschritten. In Honan geht es vor allem um den japanischen Vorstoß längs der Peking—Hankau-Bahn. — Gegen Ende März ist durch die Japaner die Regierung für Zentralchina endgültig errichtet worden. Sie wird in Nanking ihren Sitz haben und ihre Verwaltung auf die Provinzen Kiangsu, Tsche-kiang und Nganhwei erstrecken. Mit einer späteren Verschmelzung mit der Pekingregierung ist zu rechnen.

DEUTSCHES REICH. — „Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches“, lautet der Art. 1 des Bundesgesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938, mit dem der Anschluß Österreichs vollzogen und die großdeutsche Einheit wiederhergestellt worden ist. Innerhalb des Landes Österreich bleiben die Bundesländer als Verwaltungsbezirke erhalten. Am 15. März faßte der Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches die Ereignisse zwischen dem 12. und 14. März 1938 auf dem Wiener Heldenplatz zusammen: „Als Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich.“ — Der Wiederaufbau Österreichs wurde unverzüglich in Angriff genommen. Generalfeldmarschall Göring gab als Beauftragter für den Vierjahresplan am 26. März in Wien die ersten wirtschaftlichen und sozialen Programmpunkte bekannt. Er verkündete die Aufhebung der Zollschranken zwischen Österreich und dem Deutschen Reich, den Ausbau der Rüstungsindustrie, der Wasserenergie- und

schaft (Errichtung eines Wasserkraftwerkes in den Hohen Tauern, bei Grein an der Donau und die Regulierung der Donau), ferner die stärkere Auswertung der Bodenschätze (Vergrößerung der Alpinen Montan, Errichtung der Reichswerke Hermann Göring, die für Franken geplant waren, in Linz), Steigerung der Kupferförderung in Tirol und Kärnten, der Erdölförderung im Wiener Becken. Er gab die Linienführungen für die Reichsautobahnen in Österreich bekannt; soweit sie sofort in Angriff genommen werden sollen: Salzburg—Linz—Wien, Passau—Linz, Wien—Radstadt—Salzburg mit Abstecher nach Graz. Zwei neue Donaubrücken werden, eine bei Linz, errichtet werden, der Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals wird beschleunigt und ein Donaugroßhafen in Wien gebaut. Für landwirtschaftliche Verbesserungen erwähnte Generalfeldmarschall Göring die Wildbachregulierung, die Melioration der Hochtäler und Hochmoore usw. — Die Erklärungen Görings wurden ergänzt durch Dr. Todt, der am 28. März in Wien als weitere Reichsautobahn die Strecke Kufstein—Schwaz—Innsbruck angab. Insgesamt werden in Österreich 1100 km Reichsautobahnen gebaut werden. — Die bayrische Landesregierung teilte am 29. März mit, daß im Jahre 1938 der Rhein-Main-Donau-Kanal beschleunigt bis Würzburg ausgebaut wird. — Durch preußisches Staatsgesetz vom 26. März mit Wirkung für Schlesien vom 1. April 1938, für die übrigen Provinzen vom 1. Oktober 1938, ist die Auflösung der preußischen Provinzen Oberschlesien und Grenzmark Posen-Westpreußen erklärt worden. Oberschlesien wird mit Niederschlesien zu einer Provinz Schlesien vereinigt. Die Grenzmark wird an Brandenburg als Regierungsbezirk angeschlossen, jedoch ohne den Landkreis Fraustadt und 10 Gemeinden des Landkreises Bomst, die zu Schlesien kommen. In den neuen Regierungsbezirk Grenzmark werden die Landkreise Arnswalde, Friedeberg und Soldin aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O. und die Landkreise Dramburg und Neustettin aus der Provinz Pommern eingegliedert; dafür werden die Landkreise Meseritz und Schwerin an Frankfurt a. d. O. und die Landkreise Greifenberg und Regenwalde aus dem pommerschen Regierungsbezirk Stettin an den pommerschen Regierungsbezirk Köslin abgetreten. Der Sitz des Regierungspräsidenten für die Grenzmark ist Schneidemühl, der Sitz des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg wird nach Frankfurt a. d. O. verlegt. — Nach einem Projekt der hessischen Landesregierung werden die Frankfurter und Offenbacher Abwässer zur Melioration des Rodgaus (zwischen Odenwald und Maintal) verwendet werden. Das Projekt soll in $3\frac{1}{2}$ Jahren durchgeführt sein.

FINNLAND. — Die finnische Regierung hat mit der Stadt Abo eine Vereinbarung getroffen,

nach der in Abo ein Kriegshafen errichtet werden wird.

FRANKREICH. — Seit Mitte März werden wieder Pläne diskutiert, die obere Rhône bis zum Genfer See auf französischem und Schweizer Boden schiffbar zu machen. Im Zusammenhang damit erklärte Herriot, der Bürgermeister von Lyon, Frankreich würde als Ersatz für den fehlenden Zugang zum Meer der Schweiz Freihafenzonen in Lyon und Sète einräumen.

IRAK. — Am 25. März wurde der große Zivil- und Marineflughafen von Basra nach sechsjähriger Bauzeit durch König Ghasi eröffnet.

ITALIEN. — (Siehe Britisches Reich.)

JAPAN. — (Siehe Mexiko.)

LITAUEN. — In der Nacht vom 10. zum 11. März ereignete sich an der litauisch-polnischen Grenze ein schwerer Zwischenfall, bei dem ein polnischer Grenzsoldat von litauischer Polizei erschossen wurde. Die Lage spitzte sich sehr schnell zu und führte zu einem Ultimatum der polnischen an die litauische Regierung, das am 19. März von der litauischen Regierung positiv beantwortet wurde. Das polnische Ultimatum bestand im wesentlichen aus der Forderung nach der endlichen Herstellung normaler zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten, also nach dem Austausch von Gesandten und der Errichtung von Post-, Eisenbahn- und Flugverkehr, die seit zwanzig Jahren nicht mehr bestehen. Bereits am 31. März werden die neuen Gesandten in Kowno und Warschau ihr Amt antreten. Bei Verhandlungen in Augustowo wurden für den Landverkehr drei Übergangsstellen und für den Flugverkehr eine Zone vereinbart. Am 24. März erklärte die litauische Regierung, daß von der Normalisierung der polnisch-litauischen Beziehungen die litauische Forderung nach Herausgabe des Wilnagebietes nicht beeinträchtigt würde.

MEXIKO. — Durch Dekret der mexikanischen Regierung ist das gesamte Eigentum der englischen und USA.-Ölgesellschaften in Mexiko am 19. März enteignet worden, weil sich die Gesellschaften weigerten, einen Lohnschiedsspruch der Regierung anzunehmen. Die englischen Ölinvestitionen werden auf 60 Mill Pfd. St. geschätzt, die Investitionen der Standard Oil auf 450 Mill. Dollar. Die Gesellschaften sollen innerhalb von 10 Jahren entschädigt werden. Die Haltung Englands und der USA. zu der mexikanischen Entscheidung steht noch nicht fest. Eine Reihe japanischer Privatgesellschaften sollen sich bereits bereit erklärt haben, mexikanisches Öl nunmehr in großen Mengen abzunehmen. Ferner hat Japan angeboten, gegen ein Entgelt von 500 000 Faß Öl eine Ölleitung über den Isthmus von Tehuantepec von Minatitlan nach Salina Cruz zu bauen, die der Ausfuhr mexikanischen Öls nach Japan dienen und den Panamakanal für Ölverschiffungen nach Asien unnötig machen soll.

PHILIPPINEN. — Der amerikanische Oberkommissar der Philippinen, McNut, erklärte in einer Rundfunkansprache am 15. März, daß der Unabhängigkeitsplan für die Philippinen angesichts der veränderten Lage am Pazifik einer neuerlichen Überprüfung bedürfe. Aufrechterhaltung des Versprechens würde nur einen Wechsel in der Oberhoheit über die Philippinen bedeuten.

POLEN. — (Siehe Litauen.)

SCHWEIZ. — (Siehe Frankreich.)

SPANIEN. — Mitte März wurde die Aragonenschlacht wiederaufgenommen und führte schließlich zu einem schnellen Vormarsch der Nationalspanier, da sich die Roten überall zurückziehen mußten. Nach der Einnahme Caspes am Einfluß des Guadalupe in den Ebro in der Provinz Saragossa und der Stadt Alcaniz im Nordosten der Provinz Teruel zog sich die Front von Teruel etwa die Alfambra aufwärts und den Guadalupe abwärts an den Ebro, der an mehreren Stellen nach Norden überschritten werden konnte. Gegen Ende des Monats wurde dann von Caspe und Huesca aus der noch rote Ebrowinkel nördlich des Flusses, nordöstlich von Stadt Saragossa, eingedrückt, die Aragonfront vereinfacht und der Vormarsch auf Lérida begonnen. Nach der Eroberung der Sierra de Albucierre und des strategisch

wichtigen Ortes Bujaraloz an der Bahn nach Lérida konnten sich die Roten nicht mehr halten. Lérida fiel am 30. März. Die Cinca wurde von Fraga bis aufwärts an die Pyrenäen in voller Frontbreite überschritten.

TSCHECHOSLOWAKEI. — Fast alle sudetendeutschen Parteien, die noch außerhalb der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins standen, haben sich der Sudetendeutschen Partei angeschlossen. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodscha erklärte am 25. März dem Pariser Journalisten Sauerwein des „Paris Soir“, daß die Regierung zur Zeit daran arbeite, einen Modus vivendi zu finden. Man denke an eine Lokalregierung für das sudetendeutsche Mehrheitsgebiet und wünsche, den Sudetendeutschen volle Gleichberechtigung zu geben. Die Forderungen der Sudetendeutschen werden angesichts der immer noch schroffen Haltung der Prager Regierung immer dringlicher. — Auch die polnische Minderheit in der Tschechoslowakei hat sich am 27. März zum „Verband der Polen in der Tschechoslowakei“ zusammengeschlossen und fordert ebenfalls für die polnische Bevölkerung in Mährisch-Schlesien an der polnischen Grenze die völlige Autonomie.

TÜRKEI. — 25 Meilen von Istanbul, in Yeshilkeuy, ferner in Ankara, Smyrna und Adana sollen Flughäfen errichtet werden.

S P Ä N E

der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Eine italienische Stimme zur Geopolitik (LA NUOVA ANTOLOGIA, Rom, Jan. 1938/XVI):

Eine der harmlosesten, aber beunruhigendsten Folgen des Weltbürgertums der jüngsten Vergangenheit war die allgemein üblich gewordene Mode, sich irgendwo in Stadt oder Land ein Häuschen in ausländischem Stil bauen zu lassen: die russische Isba (Bauernhütte) erhob sich neben dem kolonialen Bungalow und das deutsche Giebelhaus ragte hoch auf neben dem flachen Dach eines ganz im arabischen Stil errichteten Hauses. So bot ein grüner Hügel in unserem Voralpengebiet von Ferne gesehen einen Anblick, als ob sich dort eine Reisekarawane von Cook eine barocke Andenkensammlung errichtet habe; und der Himmel weiß, ob jene eifertigen Reisenden gerade im Rufe stehen, einen besonders erlesenen Geschmack und viel Sinn für Harmonie zu besitzen! Und schließlich war nicht nur der Gesamteindruck eines solchen Bildes erstaunlich, auch jedes einzelne Stilelement war weit davon entfernt, „echt“ auszusehen. Jene zarten Farben moch-

ten wohl unter dem blaßblauen deutschen Himmel am rechten Platze sein, jene winzigen engen Fensterchen schützten sicherlich gut vor dem Ansturm rauher Winde, aber hier wirkt beides absurd. Die Farben stehen in wenig glücklichem Gegensatz zu unserer starken, grellen Sonne und dem tiefen Blau unseres südlichen Himmels, während die winzigen Fensterchen hier sinnlos erscheinen, wo jeder Tag mit schönem Wetter die Luft so weich macht, daß man nur wünscht, sie möchte das ganze Haus durchfluten. Aber heutzutage, wo auf der einen Seite die Philosophie darauf verzichtet, irgendwelche schönen skizzenhaften Gedanken in die Form irgendeines -ismus verwandelt auf den Schild zu erheben, lernt jeder von uns begreifen, daß bestenfalls die Gedanken unbegrenzt übertragbar sind, während die Dinge selbst sich verhalten wie die Knoten im geknüpften Teppich. Diese sind wohl, jeder einzelne für sich betrachtet, Knoten, aber wenn man nur einen davon auftrennen will, lösen sich Teppich und Knoten auf. Denn an der Stelle des bisherigen Knotens wird nur noch ein kleines Loch übrig bleiben. Während

die anderen Knoten noch das Gewebe zusammenhalten, wird der einzelne herausgehobene Knoten nicht mehr bestehen und nirgends mehr zu finden sein. Mit anderen Worten: wir haben gelernt, uns von der Tatsache Rechenschaft zu geben, daß eine schöne Sache wohl schön sein kann, aber deshalb noch nicht die absolute Schönheit darstellen muß. Das heißt, ein schöner Gegenstand ist unter bestimmten örtlichen und zeitlichen Bedingungen als schön zu bezeichnen. Er kann aus diesen örtlichen Zusammenhängen gelöst noch schön sein, aber in anderer Weise, er kann schließlich auch weniger oder gar nicht mehr schön sein, je nach dem Gesichtswinkel, unter dem der Beschauer ihn zu betrachten vermag. Das bedeutet aufs Allgemeine angewandt, daß der Rationalismus in sachlicher und menschlicher Beziehung eine große Ungerechtigkeit begangen hatte, wenn er Gegenstände und Menschen isoliert und aus ihren Zusammenhängen gerissen betrachtete, also rein begrifflich und losgelöst von der Atmosphäre ihrer Umwelt, in die jeder von uns hineingestellt ist. Das ist der Weg, der von der Philosophie des Carthesius zur Philosophie des Daseins führt, vom Klaren und Exakten zum Konkreten, Natürlich-Greifbaren. Wie alle menschliche Entwicklung verlief dieser Weg im Zickzack. Die Betrachtung der Gegenstände in ihrer Isoliertheit führte ihn ins Materialistische, die Auffassung vom Menschen als Einzelwesen brachte einen romantisch-idealistischen Zug hinein. Dann folgte die Vorstellung vom Menschen im zeitlichen Abauf der Geschlechter, die zur geschichtlichen Methode führte. Schließlich die zeitliche Gegenüberstellung von Mensch und Materie oder Materie und Mensch. Und auf dieser Plattform sind wir heute stehengeblieben. Dabei werden wir hier und dort einen Sprung in diesem geistigen Gebäude entdecken und dann unseren Weg fortsetzen. Im Augenblick aber wollen wir Umschau halten und die Dinge mit der neuen Maßeinheit messen und die Maßeinheit wiederum an den Dingen nachprüfen.

So entstehen neue Wissenschaften, d. h. neue andersartige Möglichkeiten, die Wirklichkeit zu betrachten. Die Geopolitik z. B. ist eine solche neue Wissenschaft und sie ist es auch wiederum nicht. Ihre Anhänger nennen sie eher eine Kunst, eine neue Art zu sehen. Und es ist kein Zufall, daß sie in Deutschland begründet worden ist, wo der mythisch-philosophische Hintergrund der politischen Erneuerung nur eine volkstümliche Umprägung alter Lehrsätze bedeutet, nämlich der Wahrheitslehren, die die Daseinsphilosophie verkündet. Der Begriff des Raumes als der Umwelt, in der ein Volk lebt und von der es beeinflußt wird, auf die es selber im Wechselspiel wiederum Einfluß ausübt, ist ein Begriff der nationalsozialistischen Weltanschauung. Er bedingt die ganze neue deutsche Anschauungsweise, das landwirtschaftliche Problem und das Leben der Bauern usw. zu be-

trachten. Er bildet gleichzeitig den Untergrund, aus dem die Geopolitik als Wissenschaft erwächst. Da diese ursprünglich dem politischen Arbeitsgebiet entstammt, muß sie in ihren Ergebnissen dahin führen, „daß das politische Handeln sicherer, umfassender und umsichtiger wird, als wenn es allein auf den natürlichen Instinkt angewiesen wäre“ (Wolfgang Scheibe, *Formkräfte der Landschaft*, Heidelberg-Berlin, 1936, Kurt Vowinkel Verlag, Schriften zur Geopolitik, Heft 3, Seite 39ff., RM. 1.—). Und ein anderer Anhänger der geopolitischen Wissenschaft (Karl Haushofer, *Geopolitik des pazifischen Ozeans*, Studien über die Wechselbeziehungen zwischen Geographie und Geschichte, mit 42 Karten und Tafeln, III. Auflage, Heidelberg-Berlin, 1938, Kurt Vowinkel Verlag, 337 Seiten) sagt: „Die Geopolitik als die wissenschaftliche Grundlage des politischen Handelns im Kampf um die Selbstbehauptung staatlicher Organismen und Sicherung des Lebensraumes auf der Erde hat die Aufgabe und das Ziel, die Grundzüge der Erdoberfläche als die einzig feststehenden Faktoren in diesem Kampfe zu erforschen und zur empirischen Nutzenanwendung der sich ergebenden Grundgesetze zu gelangen.“ Mit anderen Worten läßt sich der Hauptinhalt der Geopolitik wie folgt umschreiben: der Mensch wird nicht mehr als abstraktes, beliebig übertragbares Einzelwesen betrachtet, vielmehr schafft ihm seine räumliche Umgebung, in der er handelnd auftritt, von vornherein ganz bestimmte Bedingungen, die seine Daseinsformen schöpferisch oder hemmend beeinflussen, die anregend oder abstumpfend wirken, erleichtern oder modifizieren, umformen oder abstufen. Daraus entsteht die Notwendigkeit, die Lebensräume des Menschen zu erforschen, um zu Feststellungen oder möglicherweise zu Voraussagen zu gelangen, welches wohl seine künftigen Handlungen sein werden, zum mindesten innerhalb jenes beschränkten Sektors, in dem sich die räumlichen Bedingungen auswirken können. Es handelt sich dabei wohlverstanden nicht um einen neuen geschichtlichen Materialismus. Dieser war reiner und plumper Determinismus und rief deshalb die Reaktion des Idealismus gegen sich auf den Plan. Wir sprechen hier besser von einem „Relationismus“, der nicht Gesetze, sondern wechselseitige Einflüsse aufdecken will in Auswirkung einer Auffassung, die den Menschen in den Mittelpunkt eines ständig fließenden Systems von Verbindungen und Beziehungen — Relationen — hineinstellt. In dieser Kunst oder besser mit dieser auf die Praxis gerichteten Wissenschaft will die Geopolitik aus den Ergebnissen der physischen Geographie (d. h. unveränderlichen Elementen) und der politischen Geographie und Geschichte (d. h. veränderlichen Elementen, die aber unter dem Gesichtswinkel der „Tatsachen“ zu unveränderlichen Elementen werden) zu einer Vorausschau

gelangen, zu einer Determinierung der Handlungen, um so als Helferin für den politisch tätigen Menschen aufzutreten. Alles dieses entspricht dem allgemeinen Aufschwung im Geistesleben des deutschen Volkes, das heute in einen vorwiegend politisch bestimmten Zeitabschnitt eingetreten ist. Während Scheibe in großen Umrissen die Formkräfte der Landschaft beschreibt (Landschaft bedeutet in diesem Zusammenhang soviel wie Mutterboden als Quelle allen Lebensunterhaltes und Vorratsraum unterirdischer Reichtümer. Sie ist die Grundlage, auf der sich das geistige Leben entwickelt mit allen seinen Bedingtheiten für die Ausbildung des Charakters, der Erziehung, das Schaffen künstlerischer Werke usw.), so bewegt er sich dabei ausschließlich auf theoretischem Gebiet und zeichnet mit klarer sauberer Linienführung den Grundriß seiner Wissenschaft auf. (Die schönen und zahlreichen Bemerkungen z. B. über den Wert der verschiedenartigen Gestaltung der natürlichen Grenzen eines Landes, dem Vorhandensein von Flüssen und Pässen dienen nur zum Veranschaulichen seiner Theorien.) Im Gegensatz zu ihm geht Haushofer auf praktische Einzelheiten ein und behandelt die Nutzenanwendung dieser Wissenschaft im konkreten Fall. Dabei wird hier mehr als dort sichtbar, daß diese Wissenschaft zu Recht eine Kunst genannt wird, auch im eigentlichen Sinne dieses Begriffes: nämlich der subjektiven Art und Weise, die Dinge zu betrachten. Gegenstand der Geopolitik kann jede beliebige territoriale Einheit sein, wobei nur zu beachten ist, daß einer bestimmten territorialen Einheit möglicherweise auch ein bestimmtes Kräftesystem zugrunde zu legen ist. So hat Haushofer eine Studie über den Pazifischen Ozean verfaßt in Hinblick auf die gewaltige Ausdehnung der Wasserfläche und das System der Inseln und Küsten. Die Unterlagen, die er bei seiner Arbeit verwendet, sind uns allen aus der Geographie und Geschichte bekannt, nur die Art, sie zu betrachten, ist leicht verändert. Und in dieser Änderung des Gesichtswinkels besteht hauptsächlich die Neuartigkeit der Geopolitik. Jeder weiß, daß der Pazifische Ozean erst ziemlich spät in den Gesichtskreis der Völker der alten Welt gerückt worden ist. Auch ist bekannt, daß in einer noch gar nicht weit zurückliegenden Epoche alle jene Netze der Verkehrslinien geknüpft worden sind, die heute die asiatische Küste mit der amerikanischen verbinden, so daß sich unserem Handel ein neues Tätigkeitsfeld erschließt. Fragt man nun die Geopolitik: „Was soll das alles bedeuten?“ So antwortet Haushofer: Wie sich unsere einstmaligen Mittelmeerinteressen mit der Entdeckung Amerikas in atlantische Interessen umgewandelt haben, so wenden sie sich heute vom Atlantik zum Pazifik. Man muß also die Augen offen haben für diese Welt der Zukunft. Wie wirkt sich das für uns aus? In zweifacher Weise, je nach der

Nähe oder Ferne des Betrachters. Von der Nähe gesehen, stellen die physischen und völkischen Bedingungen dieser Erdzone Faktoren von allerhöchster Bedeutung dar, über die sich derjenige Rechenschaft abgeben muß, welcher sich diese Häfen erschließen und in dieses Kraftfeld eintreten will, ohne Gefahr zu laufen, dort an die Wand gedrückt zu werden. Von der Ferne gesehen, hat jede sich unserem Tätigkeitsdrang öffnende Gegend die Eigenschaft der Anziehung oder des Abstoßens. Man sehe hier bloß auf die Namen, ein Beispiel genügt: Wladiwostok bedeutet aus dem Russischen übersetzt „Beherrsche den Osten“. In diesem Namen allein liegt schon ein geistiges Kapital. Aber wenn es wahr ist, daß unsere Weltinteressen sich allmählich vom Atlantik zum Pazifik hin verschieben, so bedeutet dieses Buch für das deutsche Volk ein wertvolles Werkzeug. In einem Augenblick, in dem das Interesse des deutschen Volkes mit Macht sich der Wiedergewinnung seines Kolonialreiches und seines früheren Außenhandels zuwendet, erfüllt dieses Buch die wertvolle Aufgabe, alle in Jahrhunderten von Europäern im Fernen Osten gesammelten Erfahrungen zu inventarisieren und systematisch zu ordnen. Hierdurch werden alle für die Praxis wichtigen Einzelheiten in ein klares Licht gerückt, insbesondere werden alle jene vielen kleinen „Stacheln“ aufgedeckt, an denen wir uns so oft und immer wieder die Kleider zerrissen und die Haut geritzt haben. Unter diesen vielen Stacheln verstehen wir, mit anderen Worten gesagt, die Unkenntnis der wirklichen Lebensbedingungen des Landes, in das man eindringen will. Die Geopolitik ist also die Wissenschaft von den Lebensbeziehungen, den Aktionen und Reaktionen in Hinblick auf mögliche wechselseitige menschliche Verbindungen.

Ein Engländer über deutsche Kolonialpolitik

Einen interessanten Reisebericht veröffentlicht Patrick Balfour in *WORLD REVIEW*, London, November 1937, S. 19ff. Wie aus einer Besprechung von Balfours Buch „*Lords of the Equator*“ im selben Heft (S. 84) hervorgeht, hat Balfour auf Reisen durch ganz Afrika besonders das deutsche Kolonialproblem studiert. Eingehend beschäftigt er sich mit den Arbeiterfragen. Er kritisiert die liberalen englischen Methoden, und seine Sympathien sind auf Grund zahlreicher Erkundungen auf Seiten der Deutschen.

In unserem Aufsatz befaßt er sich mit Kamerun und dem Tanganyika-Gebiet.

Im englischen Mandatteil von Kamerun sind 12 von den 13 Großplantagen am Kamerunberg heute in deutschen Händen. Das ist mehr oder weniger ein Glückszufall: als 1925 in London die Plantagen versteigert werden sollten, setzte plötzlich der Kamerunberg mit vulkanischer Tätigkeit ein. Darauf zogen sich die englischen

Bieter fluchtartig zurück, und ein deutscher Agent erwarb, was er bekommen konnte.

Balfour berichtet nun, wie zwar die jüngere Afrikaner sich nicht mehr an das Vorkriegsregime erinnert, wohl aber der ältere: „Als die deutschen Pflanzler 1925 in das Land zurückkamen, wurden sie von zahlreichen alten Askaris willkommen geheißen, die wieder für sie arbeiten wollten. Zur Zeit meines Besuchs war mein Gastgeber ein paar Monate vorher durch das plötzliche Ausreißen seines ersten Dieners überrascht worden, der, als er hörte, daß sein alter deutscher Herr zurückgekehrt sei, einfach losgegangen war, um ihn wiederzutreffen. Soweit man das überhaupt verallgemeinern kann, steht fest, daß die ältere Generation der Eingeborenen die deutsche Regierung bevorzugt, während die jüngere mehr der englischen oder französischen zuneigt.“

Die Älteren schätzten die Deutschen vor allem wegen der Bestimmtheit ihrer Methoden. Ein Eingeborener meinte, als man ihn danach fragte: „Der Deutsche kommt. Er sagt, er wolle den heiligen Hain unserer Ahnen niederschlagen, um eine Straße zu machen. Wir protestieren gegen die Entheiligung der Gräber unserer Ahnen. Aber der Deutsche schlägt den Hain nieder. Er macht die Straße. Und wenn wir die Straße haben, ist sie eine Wohltat für uns, denn wir können unsere Waren darauf zum Markt bringen. — Der Franzose kommt. Er sagt, er wolle den heiligen Hain unserer Ahnen niederschlagen, um eine Straße zu machen. Wir protestieren. Der Franzose schlägt den Hain nieder. Aber er macht die Straße nicht.“ Balfour fügt hinzu: „Der Deutsche mag rauh gewesen sein. Aber er war zuverlässig. Man wußte bei ihm, woran man war, weil er das auch wirklich tat, was er versprochen hatte. Unter den alten Eingeborenen hört man weniger den Vorwurf deutscher Brutalität, als das Lob deutscher Strenge.“

Die jüngere Generation ist nicht so diszipliniert. Die Männer können arbeiten, wenn sie wollen, oder nicht, wenn sie gerade nicht dazu aufgelegt sind.

Die ältere Generation erklärt, die jüngere sei indolent und demoralisiert: Sie gehen zur Schule und schlendern umher in europäischen Kleidern und füllen die Reihen der Arbeitslosen, die zwar Schulbildung haben, aber zu stolz sind, um noch mit den Händen zu arbeiten, wie ihre Väter es in den deutschen Tagen taten.“ — Für das Tanganyika-Gebiet sieht Balfour die Dinge für die Deutschen — die auch dorthin nach dem Kriege verhältnismäßig zahlreich zurückgekehrt sind — entschieden komplizierter. Der Versuch einer europäischen Kultivierung der Eingeborenen durch die Engländer, verbunden mit der Einführung des Native- oder indirect Rule, hat hier in weit höherem Maße um sich greifen können als in dem tropischen Kamerun.

Heute sind die Eingeborenen in zwei Lager geteilt. Sie wissen, daß die Deutschen im gegebenen Falle ihre Vorkriegspolitik grundsätzlich fortsetzen würden. So ist es natürlich, daß in erster Linie die höhergestellten Häuptlinge, die den Verlust ihrer Autorität voraussehen, und die „gebildeten“ Eingeborenen, die in der Verwaltung tätig sind und eine Herabsetzung ihres neugegründeten sozialen Standings befürchten müssen, gegen eine Ausbreitung der Deutschen eingestellt sind.

Die Stämme des Innern, denen es (nach Balfour) noch an Ehrgeiz zu fehlen scheint, ihre Unabhängigkeit anzustreben (weil ihnen das zu mühsam erscheint?), neigen sehr dazu, für eine deutsche Herrschaft zu stimmen.

So ruft die Indirect Rule einen spürbaren Klassenunterschied unter den Eingeborenen hervor: auf der einen Seite stehen die Herrscher, die dem Mandat zuneigen, auf der andern Seite die Stämme des Innern, die den Deutschen mehr zugetan sind.

Balfour erzählt, wie in manchen Gebieten Tanganyikas der Eingeborene etwas erstaunt ist über das fortschrittliche und aufgeklärte Regierungssystem unter dem Mandat, besonders über sein Gerichtssystem. „Vor dem Kriege“, sagt er, „schlug mich mein deutscher Herr, wenn ich unrecht tat. Das war eben so. Wenn ich heute unrecht tue, gibt es lange Palaver bei den Gerichtshöfen, vielleicht komme ich ins Gefängnis, vielleicht werde ich aber auch überhaupt nicht bestraft, und das verstehe ich nicht. Es war vorher besser. Mein deutscher Herr war strenger als mein englischer Herr.“

Balfour sagt: „Der Afrikaner ist noch ein Kind.“ Und er fährt fort: „Wenn Deutschland nach Afrika zurückkehrte, würde es seine (des Afrikaners) Uhr zurückstellen. Die Politik von Genf ist aber dabei, sie vorzustellen.“

Dies Schlußurteil geht, was uns Deutsche betrifft, zweifellos fehl. Sehen wir unsere neueste Kolonialliteratur an: Wir werden als einheitliche Richtlinie für eine moderne Eingeborenenpolitik eins überall feststellen können: daß es dem Deutschen gar nicht darauf ankommt, den Schwarzen zu seinem bloßen Gehilfen zu machen oder ihn rein als sein Mündel zu behandeln.

Heute würde eine Eingeborenenpolitik vielmehr darauf abzielen, den Eingeborenen als Wirtschaftspartner gerade wertvoll zu machen, und ferner, sich den unentbehrlichsten Helfer, gerade bei der Erschließung der tropischen Kolonien, in seiner Eigenart zu erhalten.

Das geschieht aber nicht durch Einführung des Eingeborenen in die europäische Kultur, sondern nur durch Entwicklung des Eingeborenen, entsprechend seinem rassischen Erbe. Eine dezentralisierte Verwaltung muß dafür Sorge tragen, daß das Dorf immer die Heimat bleibt, so daß auch bei Arbeiten in fremden Betrieben die Landwirtschaft als Rückhalt dienen kann.

R. P.

HANS HUMMEL: Büchertafel

Mittelmeerraum.

Martin Hürlimann: Das Mittelmeer. 400 S., 320 Abb. Atlantis-Verl., Berlin 1937. Ln. RM. 14.—.

Margret Boveri: Das Weltgeschehen am Mittelmeer. 480 S., 24 Sk., 1 Kt. Atlantis-Verl., Berlin 1936. Ln. RM. 7.60.

H. legt uns nun in der bekannten Bildbandreihe „Orbis terrarum“ einen sehr gepflegten Band über das Mittelmeer vor, der zum Teil aus anderen Einzelbänden zusammengestellt ist, nun aber in einer wunderbaren Auslese die landschaftliche und kulturelle Harmonie des Mittelmeerraumes vor Augen führt. Sicher einer der schönsten Bände der Reihe, die mit Recht Weltberühmtheit als Zeugnis deutschen Buchgeschmacks erlangt hat. B. hat von dem empfindsamen Standpunkt der Frau aus vielen, zum Teil inhaltsreichen, zum Teil flüchtigen Seiten die politische Einheit des Mittelmeerraumes darzustellen versucht. Wo sie feuilletonistisch beschreibt und schreibt, ist sie sehr gut, wo sie sich aber auf Gebiete begibt, die hartes Männerhandwerk sind, nämlich auch die verschlungenen Wege der Politik, fällt das Buch leider etwas ab, es kompiliert dort entweder aus Büchern — und nicht einmal immer aus den richtigen oder mit richtigem Abschätzungsvermögen, oder es kompiliert aus Tageszeitungen, wozu jedoch eine größere Kombinationsgabe gehört, als sie eine schriftstellende Frau besitzt, und wenn es noch so von strategischen Fachausdrücken wimmelt. Es wäre vielleicht besser gewesen, Frau B. hätte uns feinfühlig in Landschaft und vergangenen und lebenden Ausdruck der Kultur eingeführt und dort jene Einheit bewiesen, die sie nach den kühnen Worten ihrer Einleitung universalistisch zu beweisen verspricht. Solche, im Gedanken schönen Bücher leiden in der Ausführung an der Tatsache, daß der Mensch kein vollkommenes Wesen ist, nicht Feuilletonist, Historiker, Politiker, Strategie, Kunstbetrachter in einem, sondern leider immer nur eins davon.

Manfred Zapp: Portugal als autoritärer Staat. 87 S., 5 Kt., 15 Abb. Deutscher Verl. f. Wirtschaft u. Politik, Berlin 1937. Geb. RM. 2.90.

Der handliche Abriß einer portugiesischen Staatenkunde, der zum Teil aus Aufsätzen in der „Börsenzeitung“ zusammengestellt ist, gibt uns nach dem großen wissenschaftlichen Werk von Lautensach erstmals wieder eine Übersicht über den heutigen Staat Portugal, seine Entstehung und Geschichte, vor allem über das korporative und autoritäre System Salazars und Carnonas. Es wird schon deswegen interessieren, weil Portugal in den letzten Jahren zunehmend seine selbständige Stimme im Konzert der großen Politik erhoben hat.

José Ortega y Gasset: Stern und Unstern. Gedanken über Spaniens Landschaft und Geschichte. 248 S. Deutsche Verlagsanst., Stuttgart 1937.

Fünf verschieden lange Essays des berühmten spanischen Kulturphilosophen sind in dieser Ausgabe gesammelt. Das zweite ist ein geistvoller Abriß einer Theorie Andalusens, den wir besonders hervorheben möchten. Ebenso die längere Arbeit über Zerfall und Aufbau einer Nation, in der O. das spanische Schicksal erstehen läßt: Partikularismus, Separatismus, das Fehlen der Besten und der Auslese. Eine Fundgrube geistreicher Aperçus.

Georg Schreiber: Deutschland und Spanien. 528 S., 155 Abb. Schwann, Düsseldorf 1936.

In den Forschungen zur Volkskunde erschien diese umfangreiche und sehr genaue Arbeit, deren Titel nur etwas irreführt. Es handelt sich ausschließlich um eine Darstellung der katholisch-religiösen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die aber jahrhundertlang für die Beziehung überhaupt maßgeblich gewesen sind. Nach Abstrich der nur speziell interessierenden sakralen Kulturbedingungen bleibt doch ein sehr großer Rest lesenswerter Information.

Anton Mayer: Imperium — Faschismus: unsterbliches Rom. 352 S., 8 Abb. Buchhandlung des Waisenhauses, Halle 1937. Geb. RM. 5.80.

Max Grünh: Die Wiedergeburt des Imperiums. 110 S., 7 Kt. Schlieffenverl., Berlin 1937. Kt. RM. 2.30.

M. gibt einen umfassenden Überblick über die Geschichte Italiens seit dem Römischen Reich. Seine Kapitel über Kaiserum, Päpste, Reich der Kunst und Faschismus sind gut abgewogen, wenn auch die lange Darstellung des abessinischen Feldzuges nicht recht hereinpassen will. Das ganze Werk ist spannend geschrieben, gelegentlich fällt jedoch M. aus seinem guten Stil heraus und wird zum Reporter. Das ist schade, denn Anlage und Durchführung sind sonst aus einem Guß, G. schrieb ein anspruchloses Büchlein, das den Titel „geopolitisch“ trägt und dem Duce gewidmet ist. Es ist in seinem historisch-politischen Teil sehr unvorsichtig, zum Teil falsch, auch die Karten sind mangelhaft; der Hauptteil nimmt eine Darstellung des Abessinienkrieges ein, die G. als Kenner des Landes besser gelangt.

Arturo Marcatini: Die Faschistische Partei. 100 S. Duncker u. Humblot, München 1937. Br. RM. 4.80.

Reichsminister Frank schrieb das Vorwort zu der deutschen Ausgabe dieser knappen Zusammenstellung. Sie gibt einen Abriß der Geschichte und Organisation der Partei, anschließend im Anhang gut ausgewählte Angaben über Parteiergebnisse, Verwaltung und Aufbau und eine Auslese aus Reden Mussolinis über den Faschismus.

C. u. M. Scharfen-Antink: Der Narr aus den Marremmen. Dt. von E. Schumann. 614 S. Rascher, Zürich 1936.

Ein Schriftstellerehepaar schreibt einen Roman der mittelitalienischen Landschaft, aus der die Gestalt eines Malers zum Sinnbild herauswächst. Was dieses Buch neben der wunderbaren Landschaftsdarstellung so schön und lesenswert macht, ist die Auseinandersetzung, die dieser Maler nun mit der neuen Zeit hat, mit dem Aufstieg des Faschismus, in den er sich mit der Langsamkeit der Erfahrung hineinlebt, ohne den Generationsgegensatz zu verwischen.

Richard Wichterich: Giuseppe Mazzini. 274 S., 1 Abb. Keieler, Berlin 1937. Br. RM. 4.30, Ln. 5.80.

Eine Biographie des vom Faschismus als Vorläufer betrachteten Rebellen und ewigen Revolutionärs Mazzini hat seit langem gefehlt. W. füllt diese Lücke mit einer Arbeit, die nun allerdings so ganz auf Mazzini konzentriert ist, daß sie zu einem recht pathetischen Heldenepos wird. Cavour und Garibaldi stehen völlig zurück und sind nur Gegner Mazzinis. Ideologisch mag die Hervorhebung berechtigt sein, für den Ablauf der Historie aber nicht. W. kommt sehr der vom Faschismus hartnäckig ausgebildeten Lehrmeinung von den Vorläufern entgegen.

Ferdinando Milone: Il porto di Napoli. 202 S., Kt. u. Abb. Anon. Rom, Edit., Rom 1937. Lire 30.—.

Eine wirtschaftsgeographische Arbeit, die den Verkehr des bedeutenden Hafens Neapel analysiert, nach Richtungen und Schiffsarten und Frachten. Ein Kapitel über die Wirtschaft des Hinterlandes, besonders der Campania, rundet die sorgfältige Arbeit ab.

Lothar Loose: Die völkerrechtlichen und politischen Beziehungen Albanien zu Italien und die Frage seiner Unabhängigkeit. 61 S. Tritsch, Würzburg 1936. Br. RM. 2.50.

Einer kurzen Darstellung von Geschichte, Wirtschaft und Landeskultur Albanien folgt im Hauptteil die Schilderung der Beziehungen zu Italien, wobei die Verträge verschiedenster Art zugrunde gelegt werden. Eine nützliche Arbeit über eine schwer zu klärende völkerrechtliche, um so leichter zu klärende politische Frage.

Richard Seewald: Zu den Grenzen des Abendlandes. 189 S., 160 liebevolle Zeichnungen. Manz, München 1937. Kt. RM. 7.—.

Eine wirklich reizvolle und besinnliche Reise nach Griechenland, den Inseln, Cypern und Palästina unternimmt S. mit sich selbst, das ist: dem Realisten, dem Dichter, dem Maler und dem Knaben. Diese vier unterhalten sich über Kultur und Schönheit an den Grenzen des Abendlandes, etwas weich, unter dem Zwange dieses Meeres.

Orient.

Paul Schmitz-Kairo: All-Islam! Weltmacht von morgen? 256 S., 30 Abb., viele Kt. Goldmann, Leipzig 1937. Kt. RM. 6.—, Ln. 7.50.

Nach den informierenden und spezielleren Büchern von Hans Kohn endlich ein Werk von wirklicher Qualität, das über Islam und Weltmacht einwandfrei, geschlossen und vollständig unterrichtet. Sch., Korrespondent deutscher Zeitungen, besitzt eine gründliche Sachkenntnis, um den Stoff richtig, aber auch lebendig zu verarbeiten. Gute Karten und eine kleine Bildauslese unterstützen den Text, den Sch. in Kapitel über die Aufschließung des Orientraumes in der Gegenwart, die Erneuerungsbewegungen im Islam (Jungtürken, Jungperser, Al Azhar, aber auch Wahhabismus), den heutigen Zusammenschluß des Islams auf der Grundlage eines gemeinsamen religiösen Nationalismus, die wirtschaftlichen und realpolitischen Kräfte und das Verhältnis zu den Mächten, vor allem zu den Sowjets, England und Frankreich, aufgliedert. Wir können dieses klare, warnende, aber nicht Zeter und Mordio schreiende Buch unseren Lesern nur empfehlen.

Friedrich-Wilhelm Fernau: Der Orient im Britischen Weltreich. 68 S. Hanseat. Verlagsanst., Hamburg 1937. Kt. RM. 1.80.

F.s. „wehrwirtschaftliche Untersuchung“, die in den Schriften zur kriegswirtschaftlichen Schul. u. Forsch. erschienen ist, bringt nach einer Einleitung über die wehrwirtschaftlichen Kräfte des Empire und die Wirtschaft des Orientraumes selbst eine knappe Darstellung der Position Englands im Orient, das Herrschaftssystem, die Beziehungen zur Rohstoffwirtschaft und vor allem die Bedeutung des Orients als Knotenpunkt der britischen Reichsstraßen, also sein Wert als Station auf den Zufuhrwegen vom Osten. Eine gediegene und durchaus geopolitische Arbeit.

Reinhard Hüber: Deutschland und der Wirtschaftsaufbau des Vorderen Orients. In: Strömungen der Weltwirtschaft, Bd. III. 115 S., 1 Kt. Enke, Stuttgart 1938. Br. RM. 6.—, geb. 7.60.

H. ist ein Kenner der orientalischen Wirtschaftsfragen und berufen, gerade die Beziehungen Deutschlands zum Orient sachlich und gründlich darzustellen. Er schickt dieser Spezialarbeit einen guten Abriss über die politische und wirtschaftliche Struktur des Orients voraus. Umfangreiches Zahlenmaterial vervollständigt den Band.

Hans Lührs: Gegenspieler des Obersten Lawrence. 218 S., 12 Abb., 1 Kt. Vorhutverl. Schlegel, Berlin 1936. Kt. RM. 4.—, Ln. RM. 5.—.

L. setzt den deutschen Offizieren ein Denkmal, die im Orient das politische Spiel gegen England geführt haben, also Männern wie Wassmus oder Niedermayer. Er berichtet spannend von seiner eigenen Tätigkeit zur Zerstörung der Pipeline in Südwestpersien und von seiner Beteiligung an den Irakkämpfen.

Dagobert von Mikusch: Gasi Mustafa Kemal. Bearb. Neuaufgabe. 342 S., 1 Abb. List, Leipzig 1935. Ln. RM. 4.80.

Herbert Melzig: Kamal Atatürk. Untergang und Aufstieg der Türkei. 295 S., 16 Abb. Sozietätsverl., Frankfurt a. M. 1937. Ln. RM. 6.80.

Die Literatur über Atatürk und die neue Türkei wächst rapide an, und es wird schwer, noch originelle Dinge mitzutellen. Bewährt aber hat sich das fast schon klassische Buch Mikuschs, das in einer lebenssprühenden Biographie den türkischen Staatsführer durch sein abenteuerliches Leben begleitet, um ihm zum Schluß das Denkmal des Neuaufbaus der Türkei zu setzen. Die dynamische, mitreißende Kraft Atatürks wird aus diesem Buche lebendig. Melzigs Buch ist ganz ähnlich aufgebaut, aber im Stil erzählender, nicht so genau wie Mikusch in der Darstellung vieler historischer Einzelheiten, dafür aber ausmalender, wo es sich um die großen Ereignisse handelt. Es ist vielleicht spannender als das Buch Mikuschs, aber nicht so unterrichtet und unterrichtet. Vielleicht sollte das auch gar nicht seine Aufgabe sein.

W. Barthold: 12 Vorlesungen über die Geschichte der Türken Mittelasiens. Dt. von Th. Menzel. 278 S. Deutsche Ges. f. Islamkunde, Berlin 1935.

Es ist sehr dankenswert, daß diese wertvollen Vorlesungen des deutschstämmigen Turkologen, die er in Konstantinopel gehalten hat, der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Denn sie enthalten neben rein orientalistischem Material eine Unmenge historischer Erkenntnisse, die uns gerade heute von Wert sind, wo die offizielle türkische Geschichtslehre die Beziehungen zu Mittelasiens besonders betont.

Hermann Wenzel: Forschungen in Inneranatolien. II.: Die Steppe als Lebensraum. In: Schr. d. Geogr. Inst. d. Univ. Kiel, Bd. VII, 3. 144 S., 7 Kt., 35 Abb. Harrassowitz, Leipzig 1937.

Nach einer rein geographischen Einführung über Klima, Boden und Pflanzenwelt seines Beobachtungsgebietes, nach einem weiteren Hinweis auf die Wasserfrage, gibt W. einen historischen Abriss über den Wechsel der Besiedlung etwa seit der römischen Zeit, der kulturgeographisch und in der Frage der Versteppung besonders interessant ist. Im zweiten Teil wird der heutige Siedlungs- und Wirtschaftszustand geschildert, vor allem der wichtigen landwirtschaftlichen Maßnahmen der nationalen Regierung Erwähnung getan. Ein äußerst sorgfältiges Buch ausschließlich monographischen Charakters.

Clemens Laar: Kampf um die Dardanellen. 240 S., 21 Abb. Neff, Berlin 1936. Kt. RM. 3.50, Ln. 4.80.

Die dramatische Schilderung des Dardanellenkrieges vom Durchbruch der Goeben und Breslau bis zur endgültigen Abwehr der Landungsgefahr. Erzählend berichtet L. und baut doch auf guten Quellen auf. Er nimmt vor allem den deutschen Anteil an den Dardanellenkämpfen heraus und beschreibt ihn in packenden Reportageszenen. Historischen oder wissenschaftlichen Anspruch stellt das Buch nicht.

Herbert Melzig: Resa Schah. Irans Aufstieg und die Großmächte. 160 S., 8 Abb. Union Dt. Verlags-ges., Stuttgart 1936. Ln. RM. 5.80.

Das Buch M.s ist die erste deutsche umfangreichere Darstellung der Machtergreifung Resa Schahs und der Inthronisierung der Dynastie Pahlawi. Die iranische Nachkriegsgeschichte mit dem Kampf des Nationalismus gegen den Parlamentarismus, mit dem Rückzug der Engländer und den Versuchen der Komintern zieht vorüber und mündet in einen kurzen, zu kurzen Abschnitt über die Entwicklung Irans seit der Ernennung Resas zum Schah.

Gisela Fürstenau: Das Verkehrswesen Irans. Diss. Erlangen. 139 S., 1 Kt. Druck von Krause, Sagan 1935.

Diese sehr sorgfältige Dissertation unterrichtet recht vollständig über Stand und Probleme des iranischen Verkehrs. Sie enthält sich allerdings jeder Erörterung der größeren weltpolitischen Fragen, in die ein Teil der iranischen Verkehrsfragen seit Jahrzehnten gestellt sind. Es bleibt also eine rein verkehrsgeographische Arbeit, die als Unterlage für politische Veröffentlichungen wegen ihrer Gründlichkeit sehr nützlich ist.

Charles M. Doughty: Die Offenbarung Arabiens. 613 S., 1 Kt., 1 Abb. List, Leipzig 1937. Ln. RM. 11.

Hans Helfritz: Vergessenes Südarabien. 177 S., 96 Abb. Bibliogr. Inst., Leipzig 1936. Ln. RM. 5.80.

Das klassische Buch der ersten zögernden Reisen nach Innerarabien ist nun auch deutsch erschienen. D. erzählt in einem köstlichen, humorvollen Stil von seinen Entdeckungsreisen nach Dschabel Schammar, Nedschd und Hedschas, Oberst Lawrence, der das Buch einleitet, bekennt freimütig, daß D. sein Lehrmeister gewesen ist. Dem Verlag ist für die schöne Auswahl und für die Herausgabe sehr zu danken. Ebenso feststehend ist der Reisebericht von H., der durch Zufall in die Lage versetzt war, unbekannte und verbotene Gebiete Hadramaut zu bereisen. Von neuerlichen Fahrten bringt er nun wunderbares Photomaterial und eine packende Erzählung mit, die den Erlebnissen D.s kaum nachsteht.

Hans Alexander Winkler: Bauern zwischen Wasser und Wüste. 214 S., viele Abb. Kohlhammer, Stuttgart 1934. Br. RM. 15.—.

W. legt die Ergebnisse der volkskundlichen Untersuchung eines oberägyptischen Fellachendorfes vor. Genaues Material ist über die Volksstamm dieses Dorfes als Typus zusammengetragen: Siedlungs- und Wirtschaftsweise, Weltanschauung, Lebensablauf und seine besonderen Ereignisse, das übliche Frageformular des Volkskundlers ist sorgsam ausgefüllt.

Herbert Monath: Die Rechtslage am Suezkanal. 89 S. Verl. d. Inst. f. Intern. Recht, Kiel 1937.

M. stellt die völkerrechtlichen Unterlagen für die Politik mit dem Suezkanal in Auswahl zusammen, behandelt vor allem die Konvention von 1888, den Ägypten-Marokkovertrag von 1904 und die englische Protektoratserklärung über Ägypten. So nützlich aka-

demische Betrachtungen über die völkerrechtliche Situation Ägyptens und des Kanals sind, so müßig sind sie andererseits im Hinblick auf die politische Zukunft, die gerade in Ägypten am ehesten über völkerrechtliche Grundsätze hinwegzugehen verspricht.

Carlo Gilo de Bitetto: Méditerranée — Mer Rouge — Routes impériales. 243 S. Grasset, Paris 1937.

Mit scharfer Argumentation wird in diesem Buch die Animosität Italiens gegen England und umgekehrt zerredet. Sie sei nicht da, und der Konflikt um Abessinien sei ein Irrtum gewesen. Vielmehr ergänzen sich Italien und England im Mittelmeer und Orient, und es steht dem nichts im Wege, über die uneigennützig Vermittlung Frankreichs die Stresafrent wiederherzustellen. Doch tausend Zungen dieser Art werden nicht reichen. Im übrigen ist das Buch sehr interessant und erlaubt eine Reihe von überraschenden Einblicken in die Abessinienpolitik, um die es sich hauptsächlich dreht. Nur ein kleiner Abschnitt ist rein mittelmeerischen Fragen gewidmet, aber dieser ist präzise formuliert und von politischem Wert.

H. Arthur Steiner: The government of Italian East Africa. Sonderdr. aus American Political Science Review. 18 S., 1 Kt. New York 1936.

Durchaus objektiver Abriß der ersten italienischen Verwaltungsmaßnahmen in Abessinien.

Vittorio Mussolini: Bomber über Abessinien. 148 S., 19 Abb. Beck, München 1937. Kt. RM. 2.50, Ln. 3.—.

Der Sohn des Duce berichtet von seinen Fliegererlebnissen im abessinischen Krieg mit einer großartigen Frische und Unbekümmertheit. Es setzt sich in die Reihe der Erinnerungsliteratur neben de Bono, Badoglio und Starace, gleicht aber nur dem letzteren in seiner ungezwungenen Erzählform. Der Einfluß der Luftwaffe im Kolonialkrieg wird hier besonders deutlich.

Afrika.

Oskar Karstedt: Der weiße Kampf um Afrika. I. Bd. Englands afrikanisches Imperium. 324 S., Abb. u. Kt. Stollberg, Berlin 1937. Ln. RM. 15.—.

Ein sehr eingehendes Handbuch der englischen Afrikakolonien, geordnet nach den einzelnen Verwaltungseinheiten, wobei auch Inseln wie Tristan da Cunha ein besonderes Kapitel gewidmet ist. Selbst Einzelheiten der Kolonialgeschichte werden nicht vergessen, ein Nachschlagewerk ersten Ranges und gleichzeitig eine Anklage gegen die koloniale Schuldfrage. Dieses Buch eines wirklichen Kenners der Verhältnisse gehört in jede politische Bücherei.

Ludwig Schoen: Rohstoffkammern der Weltwirtschaft. Bd. I: Afrika. 175 S. Freiheitsverl., Berlin 1937. Br. RM. 3.60, Ln. 4.50.

Handbuchartig angelegt wie der große Band von Karstedt wird hier auf gedrängtem Raume ein ebenso sorgfältiger Überblick über die Wirtschaft der einzelnen Afrikakolonien gegeben, begonnen mit Südafrika, beendet mit Tunis, wobei auch die Inseln nicht vergessen werden. Der Band enthält sehr gutes und wertvolles statistisches Material und gibt über die Zukunftsmöglichkeiten Auskunft.

Diedrich Westermann: Der Afrikaner heute und morgen. 384 S., 14 Abb., 3 Kt. Essener Verlagsanst., Essen 1937. Br. RM. 5.—, Ln. 6.50.

Der bekannte Afrikagelehrte, Vorsitzende des Internationalen Afrika-Institutes, wirft mit diesem Buch das Problem der Umwandlung des Afrikaners nach der europäischen Durchdringung vom Eingeborenen mit eigenen Gemeinschaftsformen und eigenen ethischen Gesetzen zum europäisierten, von Technik und Handel bestimmten Zwischenwesen auf. W. gibt einen genau unterteilten Abriß afrikanischer Volkskunde, die geistige, wirtschaftliche und künstlerische Substanz des Negers, seine familiären und stammesmäßigen Gemeinschaftsformen, und stellt diesem Eigenen das Eindringen europäischer Kolonialnotwendigkeiten gegenüber.

Afrika im Luftverkehr. Sonderheft der Afrikarundschau, Jg. III, H. 1. Hanseat. Verlagsanst., Hamburg 1937. RM. 1.—.

Erstmals werden nach Geleitworten der Minister Göring und Pirow die transkontinentalen und die einzelnen regionalen Luftverbindungen Afrikas von Sachkennern dargestellt, ein begrüßenswertes Sonderheft der rührigen Zeitschrift.

Günter Tessmann: Die Baja. Ein Negerstamm im

mittleren Sudan. 182 S., 63 Abb. Strecker u. Schröder, Stuttgart 1937. Br. RM. 15.—, Ln. 18.—.

Emmy Bernatzik: Afrikafahrt. Eine Frau bei den Negern Westafrikas. 240 S., 101 Abb., 1 Kt. Seidel u. Sohn, Wien 1936. Kt. RM. 4.—, Ln. 5.50.

Richard Wyndham: Der sanfte Wilde. 264 S., viele Abb., 1 Kt., Rowohlt, Berlin 1937.

Es zweiter Bajaband berichtet über die geistige Kultur und die gesellschaftlichen Beziehungen des beobachteten Stammes. Es entsteht das genaue Sittenbild des unberührten Sudanvolkes, dessen Grenzdörfer aber schon durch die freieren Sitten der Haussa und Fulbe in Mitteleuropa gezogen werden. Anders als der rein wissenschaftliche T. plaudert Frau B. von einigen ebenfalls aus volkskundlichen Gründen besuchten Stämmen in Portugiesisch-Guinea, unterstützt von den sehr schönen Aufnahmen ihres Mannes. Auch hier sind alterhaltende und falsch europäische Stämme begegnet, während W. in seinem mit der Routine eines englischen Reporters geschriebenen Buch von einigen Stämmen am oberen Nil in der typisch britischen, etwas schnoddrigen, gerade darum aber sehr reizvollen Art erzählt. Auch ihm helfen einzigartige Aufnahmen für den Erfolg seines Buches, dessen freundlicher Inhalt den Titel rechtfertigt.

Pierre Dayo: Stanley. Die Eroberung von Zentralafrika. 256 S., 8 Abb. Goldmann, Leipzig 1937. Ln. RM. 7.50.

Schon ist vergessen, daß Henry Stanleys Ruhm nicht nur aus der sensationellen Suche eines Journalisten nach Livingstone bestand, sondern daß dieser Mann Wesentliches zur Erschließung Zentralafrikas beigetragen hat, daß er als Mitarbeiter Leopolds von Belgien im Kongo wirkte, um schließlich in Einsamkeit einen kurzen Lebensabend zu verbringen. D. holt dieses Entdeckereleben mit einer packenden Biographie wieder in unsere weltfreundliche Gegenwart hinein, heroisiert und dramatisiert vielleicht etwas, hält sich aber doch in dem Rahmen einer sachlich einwandfreien Biographie.

Werner Seidel: Die Verbreitung der Inder in Ost- und Südafrika. 85 S., 1 Kt. Leopold, Rostock 1937. Br. RM. 2.75.

Das große Rassenproblem Ostafrikas wird hier mit der Nüchternheit des Statistikers abgehandelt. Und aus den nüchternen Zahlen wächst das Gespenst des Problems zu unerwarteter Größe. S. gibt einzeln für alle ost- und südafrikanischen Kolonien Angaben statistischer Art, über die Geschichte der Indereindwanderung und das heutige Verhältnis der Inder zur anderen Bevölkerung. Die Arbeit, die als Beiheft zu den Mitt. d. geogr. Ges. zu Rostock erschienen ist, füllt eine alte Lücke aus.

Gerhard Heurich: Restvölker und Rückzugsgebiete in Südafrika. Sonderdr. aus den Mitt. d. Sem. f. Orient. Spr. Berlin 1936.

H. faßt Beobachtungen über einzelne südafrikanische Stämme wie Sulus, Sutos, Hottentotten, Buschmänner, Damas und Hereros zu einem Überblick über heutige Organisation und Rückzugsgebiete zusammen, der für die Kenntnis der Eingeborenspolitik Südafrikas von Wichtigkeit ist.

C. Louis Leipoldt: Holland gründet die Kapkolonie. Jan van Riebeecks Leben u. Werk. 220 S., 12 Abb. Goldmann, Leipzig 1937. Ln. RM. 6.80.

Der südafrikanische Professor setzt dem Gründer der Kolonie ein schönes biographisches Denkmal, einem Weltenwanderer und Kolonialpionier, wie es wenige, zumal unter den Holländern, gegeben hat. Alle Fragen, die ein unerforschtes und umkämpftes Kolonialland an seinen Verwalter zu stellen hat, treten an Riebeeck heran, dessen schweres Leben von aufreibenden Kämpfen mit seiner Kolonie und der Heimatverwaltung erfüllt ist.

Otto W. A. Hoops: Der Status der Südafrikanischen Union. 95 S. Christians, Hamburg 1935. Br. RM. 2.40.

Ein schwieriges Thema, dessen Klärung auch durch die Endfeststellung, daß die Union innen- und außenpolitisch völlig frei und nur durch Personalunion an die Krone Britanniens gebunden ist, noch nicht erledigt ist. Es gibt auch andere Meinungen, und mit ausschließlicher staats- und völkerrechtlichen Darlegungen ist es nicht immer getan, wenn es sich um Fragen des Empire handelt. Um so mehr ist diese Arbeit zu begrüßen, die die Unterlagen gibt und die südafrikanische Stellungnahme, wie sie auch von ihren Ministern betont wurde, festlegt.

EINZELBESPRECHUNGEN

Rauecker, Bruno: Die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet 1920—1935. Heidelberg-Berlin, K. Wovinkel Verlag, 1937. 174 S., 2 Tab.

In der internationalen Diskussion der Saarfrage hat die Frage der wirtschaftlichen Zugehörigkeit des Saargebietes bekanntlich eine große Rolle gespielt; man wird sich der Art und Weise noch erinnern, wie die Gegner Deutschlands im Saargebiet mit den wirtschaftlichen „Schwierigkeiten“ der Rückgliederung Abstimmungspropaganda trieben. Abgesehen davon, daß dieser Versuch, die nationale Entscheidung zu einer materiellen „Wahl zwischen dem deutschen und dem französischen Zollgebiet“ umzufälschen, an der unbeeinträchtigten Haltung der Saarbevölkerung kläglich scheiterte: der Erfolg der wirtschaftlichen Rückgliederung hat auch die sachliche Unrichtigkeit der antideutschen Wirtschaftspropaganda bewiesen, wie dies ja auch schon während des Abstimmungskampfes seitens der deutschen Wirtschaftsführer im Saarland wiederholt ausgesprochen worden ist. Die Arbeit von Rauecker, der im letzten Jahre des Saarkampfes sich vielfach den mit der Lösung der Saarfrage zusammenhängenden sozialpolitischen Fragen gewidmet hatte, behandelt — ohne sich mit der wirtschaftlichen Rückgliederung selbst zu beschäftigen — rückschauend die Gesamtheit des wirtschaftlichen und sozialen Feldes, auf dem die französische Politik und die Abstimmungspropaganda 15 Jahre hindurch im Saargebiet gearbeitet hat. Die von der französischen Auffassung immer wieder angeführte Einheit des sogenannten saarländisch-lothringischen Wirtschaftsblocks (der in seiner Vorkriegsgestalt ungeachtet der einschneidenden Veränderungen auch für die Nachkriegszeit Geltung haben sollte) läßt es dabei verständlich erscheinen, wenn der Verfasser innerhalb der wirtschaftlichen Orientierung der Saar die Beziehungen zwischen Saarland und Elsaß-Lothringen herausgreift und einer besonders kritischen Untersuchung unterzieht. Das Ergebnis ist die Herausstellung all der Versuche der Völkerbundregierung, auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete die Eingliederung des Saargebietes in das französische Wirtschaftsgebiet zu fördern. Auch die Widerstände der Saarbevölkerung und der

deutschen Saarländischen Wirtschaft gegen diese frankophile Wirtschaftspolitik finden ihre Würdigung. Soweit die wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes im Hinblick auf die saarländisch-elsaß-lothringischen Wirtschaftsbeziehungen berührt wird, ist zu erkennen, daß die von Frankreich verursachte Einschränkung der saarländisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen nicht so sehr — wie man wohl gehofft hatte — dem Saarland geschadet hat, das in ein im wirtschaftlichen Aufschwung befindliches Mutterland zurückkehrte, als vielmehr der Wirtschaft Elsaß-Lothringens.

Fr. Hellwig.

Der deutsche Volkscharakter. Eine Wesenskunde der deutschen Stämme und Völkerschläge. Herausgegeben von Martin Wähler. Eugen Diederichs Verlag in Jena.

Am Anfang der Erkenntnis unseres Daseins als Volk steht die Frage nach seiner seelischen Eigenart, nach den ihm eigenen Wesenszügen, und je mehr wir ein Volk werden, um so häufiger und dringender wird diese Frage gestellt und beantwortet. Heute tritt sie in ihrer vollen Bedeutung hervor, und wir suchen aus den Antworten Vorbild und Kraft für den Aufbau unseres völkischen Lebens zu gewinnen. Die Antworten auf die Frage nach unserer völkischen Eigenart machen es sich häufig einfach, indem sie als Grundgesetze deutschen Wesens — als deutscher Art — einzelne Begriffe kennzeichnen, die Ausdruck des eigenen Wollens sind, nun aber als Grundformel alles geschichtlichen Geschehens dienen sollen. Wollte man hier nebeneinander stellen, was einmal als Grundzug deutschen Charakters gekennzeichnet wurde, so würde dies ebenso wie der Vergleich dessen, was die Alltagssprache als „typisch deutsch“ zu benennen geneigt ist, zeigen, wie einseitig diese Begriffe im einzelnen oft sind. Das wesentliche Ergebnis einer solchen Zusammenstellung aber würde sein, welcher Reichtum, welche weiten Spannungen in den Ausprägungsformen des deutschen Charakters möglich sind.

Ein anderer, häufig begangener Weg der Erfassung deutschen Wesens ist die idealisierende Heraushebung einer einzelnen Epoche der deutschen Geschichte. Diese wird dann als die Zeit bezeichnet, in der das Wesen des

Deutschen in besonders reiner Form hervorgetreten sei, und der gegenüber andere Epochen als Entartung oder Abfall zu buchen seien. Da man es dabei dann nicht gern wahrhaben will, daß deutsche Größe wiederholt entstand in der leidenschaftlichen Begegnung, Auseinandersetzung und Verarbeitung einer von außen eindringenden geistigen Einwirkung, und da man in dieser Aufnahme nur eine „Überfremdung“ sieht, so führt dies oft dazu, das Wesen des Deutschtums in seiner wahren Gestalt allein in der germanischen oder in der vorgeschichtlichen Zeit ausgeprägt zu sehen. Hierzu kommt dann häufig noch die Neigung — das geschichtliche Bild fälschend —, Züge und Willensrichtungen der eigenen Zeit in die bevorzugte geschichtliche Epoche hineinzu legen.

Wir deuten kurz auf diese oft begangenen Wege deutscher Charakterdeutung — die teils bedeutungsvoll sind durch die Anregung und Förderung in unserer völkischen Selbsterkenntnis, häufig aber auch schnell überwundene Einseitigkeit und ungeschichtliche Darstellungen gebracht haben —, um auf diesem Hintergrunde die Deutung deutschen Wesens abzuheben, die das Buch „Der deutsche Volkscharakter“ unternimmt. Martin Wähler stellt sich auf die lebendige Wirklichkeit ein, in der sich in vielgestaltiger Weise das deutsche Wesen in den deutschen Landschaften ausprägt, und er läßt die Charakterzüge der deutschen Stämme und Volksschläge zur Darstellung kommen in dem Sinne, wie Riehl einmal sagte: „Um für die Einheit reif zu werden, müssen wir erst reif werden für das Verständnis und die Würdigung des Sonderlebens.“

Die deutsche Volkskundeforschung bildet den Hintergrund der Einzelbeschreibungen der Stämme und Volksschläge durch eine Reihe namhafter Autoren. Dabei ist die Lösung von der Fülle des Einzelmaterials vorgenommen, das lediglich als Ausdruck bestimmter Charakterhaltungen und bestimmter Lebensanschauungen herangezogen wird. Haus, Siedlungsform, Sprache, Sitte, Brauchtum und Kunst werden als Ausdruck seelischerhaltungen gedeutet.

Es ist wesentlich, daß wir in Wählers Werk nicht nur die Altstämme und die Neustämme dargestellt finden, sondern auch die Volksschläge außerhalb der Grenzen des Reiches, die einmal abgesplittert wurden, aber ihr Deutschtum aller fremden Umgebung und Einwirkung zum Trotz lebendig bewahrt ha-

ben. Ebenso beachtlich ist der Versuch, einige der deutschen Großstädte heranzuziehen und zu zeigen, wie diese auf der Grundlage eines Stammelements in der kurzen Zeit der Großstadtbildungen eigene typische Charakterzüge in ihrer Bevölkerung zu formen vermochten.

Ein besonderes Interesse muß den Beobachtungen der gestaltenden Kräfte geschenkt werden, die die einzelnen Charakterformen hervorgerufen haben. Wähler selbst hat in einem Einleitungskapitel zusammenhängend Grundsätzliches gesagt, wie in Rasse, Landschaft und geschichtlichem Schicksal diese Kräfte liegen. Die Abhandlungen selbst zeigen dann in vielen einzelnen aufschlußreichen Beobachtungen die geopolitischen Zusammenhänge zwischen Klima, Bodenart, Lage, rassischer Zusammensetzung, geschichtlichem Schicksal und der charakterlichen Ausprägung eines Stammes und seiner Kulturform. Ein reiches Material von Einzelbeobachtungen macht das Buch zu einem lebendigen Unterrichtsbuch über unser deutsches Volk, das auf der Grundlage gewissenhafter Deutung ein lebendig-anschauliches Bild des deutschen Heimatlebens entwickelt.

Eine entscheidende Frage bleibt bei dem Buche offen, wie Wähler selbst bekennt: die Summe der deutschen Stammescharaktere, die in dem Buche gegeben ist, ergibt nicht den deutschen Volkscharakter. Es fehlt dem Buche die Zusammenfassung und die Einheit des Baues, der aus den einzelnen Bausteinen errichtet werden mußte. Denn daß diese Einheit eines deutschen Volkscharakters vorhanden ist, daß dieser nicht nur aus der Summe stammesmäßiger Einzelcharaktere besteht, davon sind wir ebenso fest überzeugt wie Wähler selbst. Der Weg zur Darstellung dieser Einheit müßte wohl über die Heranziehung der politischen Kräfte, die am deutschen Nationalcharakter formend sich betätigten, gefunden werden. Seine letzte Abrundung und klare Herausstellung würde der deutsche Volkscharakter dann erhalten, wenn er die Gegenüberstellung zu den Charakterformen der anderen Völker und Rassen finden würde.

Wir begrüßen das Buch von Wähler, in dessen einzelnen Beiträgen wissenschaftliche Haltung und persönliche Gebundenheit an den Gegenstand sich verbinden, als eine geisteswissenschaftliche Herausarbeitung der seelischen Gestalt des deutschen Volkes, die einen erfolgreichen Anfang und zugleich ein weites Programm darstellt.

W. Scheibe.

Hans R. Wiese, Uns rief Polen! R. Voigtländers Verlag in Leipzig. 1937. 242 S. In Leinen RM. 4,20.

Es ist begrüßenswert, daß Wiese den Versuch gemacht hat, im Stile volkstümlicher Geschichtsdarstellung mit volkspolitischer Ausrichtung die uralte Frage des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen darzustellen. Das Büchlein ist zweifellos fesselnd genug und auch in dieser Aufmachung so ansprechend, daß es auch der Nichtfachmann gern zur Hand nehmen wird. Darin liegt sein Wert und man kann um dieses Zieles willen über einige Ungenauigkeiten, die die deutsche Geschichte (Sachsen und Stauen) oder die Namensfrage betreffen, hinwegsehen. Die rote Linie, die das Buch durchzieht, ist der Grundgedanke, daß ein Jahrtausend lang Deutsche nach Polen zogen, weil sie gerufen wurden und ihre Aufbauarbeit geschätzt wurde. Die tragische Liquidierung dieses Ostzuges nach 1918 erklärt Wiese aus den schicksalhaften Verhältnissen, die das befreite Polen-volk in den deutschen Minderheiten nur Reste einer früher gehaßten fremdvölkischen Verwaltung erblicken ließ. Mit herzhafter Offenheit nennt er die Dinge beim rechten Namen, klagt er die Nationaldemokraten und ihre Parteigänger an. Immer wieder betont er, daß die Staatspolitik eines Pilsudski und seiner Richtung nicht von jenem verblendeten Haß getragen war, wie ihn ein ausufernder Chauvinismus der Oppositionsparteien bis auf den heutigen Tag pflegt.

Wieses Buch ist dazu angetan, das politische Bewußtsein für die Fragen des Ostens in Deutschland zu wecken und damit der Gefahr entgegenzutreten, daß das deutsche Volk die staatlichen Vereinbarungen von 1934 für eine restlose Beilegung aller Volkstumsfragen im Osten hält. Walther Jantzen.

Hans Kiderlen: Das Gesicht Ostasiens. 80. 157 S., 1 Kte., RM. 3.80. (Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg.)

„Das Gesicht des Ostens ist rapide im Wachsen begriffen“, heißt es im Schlußkapitel dieses Buches. Das ist bereits ostasiatisch gesprochen. Das „Gesicht“ ist insbesondere für den Chinesen das, was man vorstellt. Es kann zu- oder abnehmen, man kann es verlieren oder wiedergewinnen. In jedem Falle aber ist es das Wichtigste und Entscheidendste, etwas, das alle Entschlüsse des Einzelnen, der Familie wie der Gesamtheit tiefgehend beeinflußt.

In der klaren Erkenntnis der Bedeutungszunahme des ostasiatischen „Gesichtes“ liegt der Wert dieser knappen Darstellung des Japan und China von 1937. Ihr Verfasser ist ein junger deutscher Nationalsozialist, dem jahrelanger Aufenthalt in USA. den weltpolitischen Horizont weitete. Daß seine Sympathien mehr bei Japan als bei China liegen, kann er nicht ganz verleugnen, und infolgedessen kommen die Kultur Chinas wie die menschlichen Werte der Chinesen vielleicht schlechter weg, als sie es verdienen. Aber das hindert den Autor nicht, auch Chinas letztlich unvermeidlichen Aufstieg zu erkennen. Er spricht es klar aus: Ostasien ist im Begriff, sich zu einer selbständigen, Europa und Amerika ebenbürtigen Gruppe von Staaten zu entwickeln.

Es ist wichtig, daß das deutsche Volk sich in seiner Gesamtheit mit dieser Entwicklung vertraut macht und sie in sein weltpolitisches Bild einbezieht.

Colin Ross.

KURT ROEPKE: Bibliographie der Geopolitik

Bemerkung: Die Bibliographie verzeichnet laufend die neueste deutschsprachige Literatur zur Geopolitik mit Ausnahme der in der „Zs. f. Geopolitik“ erscheinenden Aufsätze. In der Titelfassung dient das „Lit. Zbl. f. Deutschland“ als Vorbild. Selbständig erschienene Arbeiten sind durch *, Aufsätze usw. durch „In:“ gekennzeichnet. Ergänzungen der Titelaufnahmen durch den Verfasser stehen in (), wenn sie dem Objekt selbst, in [], wenn sie anderen Quellen entnommen sind.

1. Allgemeine Fragen

Bramstedt, P.: Sozialwirtschaftliche Sätze im Dienste der Raumordnung. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 1. S. 5–10.

***Braucht Deutschland Kolonien?** 8 Aufsätze zur Kolonialfrage. Hrsg. im Auftr. d. Dt. Kulturpolit. Ges. v. H. Grothe. Berlin: H. Schröder Verl. (1937). 55 S. gr. 8°. 1,20 RM. — Aus: Archiv f. Wanderungswesen u. Auslandskunde. Jg. 9, 1937, 1/2. — Enth. Abh. von

H. W. Bauer, K. Hänel, E. G. Jacob, A. Püllmann u. a.

Büdel, J.: Die Aufgaben der Geographie in der Raumforschung. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 6, 1938, 1. S. 1–16.

Bülow, Fr.: Wilhelm Heinrich Riehl / Die Wissenschaft vom Volk und seiner Arbeit. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 1. S. 1–5.

Christaller, W.: Siedlungsgeographie und Kommunalwissenschaft. In: Petermanns Geograph. Mittn. Jg. 84, 1938, 2. S. 49–53. — Vortrag, geh. auf d. Tagung

süddt. Geographen in Freiburg i. Br., am 15. Oktober 1937.

Durach, M.: Ausland- und Grenzlanddeutschtum. In: Zs. f. Deutschkunde. Jg. 51, 1937, 10. S. 633–643. — Ein Schrifttumsbericht, umfassend 70 Titel.

Forschungsarbeit im Dienst an Volk und Staat. Ein Jahr erfolgreiche Gemeinschaftsarbeit. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 1. S. 19–31.

***Hasenkamp, G.: Allgemeine politische Geographie.** Grundriß einer Vorlesung. Tübingen: Pietzcker in Komm. 1938. 91 S. gr. 8°. 1,50 RM.

Heiser, H.: Wasserhaushalt und Raumordnung. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 1. S. 31–36.

Hoover, E. M.: Versuch einer Theorie der raumwirtschaftlichen Umgliederung. In: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd 47, 1938, 1. S. 1–22.

Jantzen, W.: Der Raum in der Geschichte. In: Weltanschauung u. Schule. Jg. 2, 1938, 1. S. 31–36.

Ipsen, G.: Riehl und die deutsche Volkslehre. In: Mitteilungen d. Akademie z. wiss. Erforschung u. z. Pflege d. Deutschtums. Jg. 12, 1937, 3. S. 317–321.

***Irmer, J.: Raumordnung durch Umschichtung des Arbeitsnachwuchses** (unter bes. Berücks. d. Ruhrgebietes). Emsdetten: Lechte 1937. XIII, 130 S. gr. 8° = Universitas-Archiv. Wirtschafts- u. sozialwiss. Abt. Bd 8 = Bd 87 [d. Gesamtreihe]. 2,80 RM.

Kühn, A.: Die Fortschritte der Wehrgeographie im Schrifttum der letzten Jahre. In: Petermanns Geograph. Mittn. Jg. 83, 1937, 5. S. 142–145.

Kunart, H.: Volk und Staat in faschistischer und nationalsozialistischer Auffassung. In: Dt. Adelsblatt. Jg. 56, 1938, 2. S. 33–35.

***Leers, J. von: Deutsche — die Kolonialpioniere Europas.** Stuttgart: Bohnenberger (1937). 76 S., 5 Bl. Abb. gr. 8°. 3,50 RM.

***Loesch, K. C. von: Die außenpolitischen Wirkungen des Geburtenrückganges,** dargelegt am Beispiel der Franzosen. Berlin: Junker & Dühnhaupt. 1938. 40 S. gr. 8° = Schriften d. Deutschen Hochsch. f. Politik. 1. H. 31. —,80 RM.

(Manthe, H.): Die Staaten im Kampf um den Raum. In: Dt. Wehr. Jg. 42, 1938, 5. S. 65–66; 6. S. 86.

Muhs, H.: Raumordnung und Grenzland. In: Die Deutsche Volkswirtschaft. Jg. 7, 1938, 1. S. 46–49.

Petersen, J.: Die Kolonialfrage völkisch gesehen. In: Geograph. Anz. Jg. 39, 1938, 1. S. 1–4.

Püllmann, A.: Das geopolitische Schrifttum der Gegenwart. In: Der ostpreuß. Erzieher. Jg. 1938, 1. S. 2–4.

Puttkammer, W.: Raumordnung und industrielle Planung. In: Braune Wirtschaftspost. Jg. 6, 1937, 24. S. 667–771.

Roloff, H.: Raumordnungspläne. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 1. S. 10–18.

Schnoeckel, P.: Brennpunkte des Weltgeschehens — kolonialpolitisch gesehen. In: Dt. Kolonial-Dienst. Jg. 3, 1938, 1. S. 1–7.

Schumacher, R. v.: Grundlagen der Grenzsiedlung. In: Neues Bauerntum. Jg. 30, 1938, 1. S. 3–7.

Steinbrecht: Raum, Rohstoff und Rasse. In: Wehrtechn. Mhe. Jg. 42, 1938, 1. S. 1–7.

Taut, W.: Raumnöte als Ursache für den Untergang und die Versklavung wertvoller deutscher Menschen in Übersee. In: Der Thüring. Erzieher. Jg. 5, 1937, 20. S. 566–569.

***Vogel, J.: Geopolitische Skizzen und Betrachtungen für die Schule.** H. 4. 6. Breslau: Handel (1938). 8° = Schriften zu Deutschlands Erneuerung. Nr. 93. 95. Je —,15 RM. — 4. Weltmeer u. Wehrpolitik. 16 S. mit Abb. — 6. Rohstoffe u. Weltpolitik. 16 S. mit Abb.

Zeck, H. F.: Geopolitik tut not! In: Geograph. Anz. Jg. 38, 1937, 24. S. 571–572.

2. Regionale Arbeiten

Mehrere Erdteile

Benzing, J.: Bolschewismus, Turkvölker und Islam. In: Osteuropa. Jg. 13, 1937, 3. S. 187–194.

***Carow, R.: Kennst du dein Volk jenseits der Grenze?** Als Schülerheft bearb. u. zsgest. H. 1. 2. Leipzig: Dürsche Buchh. (1938). gr. 8°. — 1. Europa. Mit 7 Abb. 63 S. 1,20 RM.; 2. Übersee. Mit 4 Abb. 47 S. —,90 RM.

Eschmann, E. W.: Die politische Entwicklung im Mittelmeer seit der Konferenz von Nyon. In: Mhe f. Ausw. Politik. Jg. 4, 1937, 12. S. 860–866.

Haase, K.: Die Meerengenfrage. (Diss. Greifswald.) Lengerich i. W. 1937: Lengericher Handelsdr. XII, 133 S. 8°.

***Krainz, O.: Das Schwert des Islam.** (Herrsching): Deutscher Hort Verl. (1938). 153 S., 5 Bl. Abb., 1 Kt. gr. 8°. Lw. 4,80 RM.

Püllmann, A.: John Bull und der Fernost-Konflikt. In: Länder u. Völker. Jg. 68, 1938, 1. S. 8–12.

Schmidt, A.: Die Fremdvölker-Frage in der Sowjetunion. In: Die Hilfe. Jg. 44, 1938, 1. S. 4–7.

Der Vorstoß der Sowjets in die Arktis. In: Contra Komintern. Jg. 1938, Februar. S. 62–68.

Deutschland (deutsches Sprachgebiet)

***Boekholt, K.: Erträge und Leistungsreserven des Getreidebaus.** Ein Beitrag zur landwirtschaftl. Erzeugungsordnung im dt. Raum. Heidelberg, Berlin: Vowinkel 1937. VII, 198 S. mit Abb., 1 Tab. gr. 8° = Beiträge zur Raumforschung u. Raumordnung. Bd 4. Lw. 5,50 RM.

***Brennecke, F. — Handbuch f. d. Schulungsarbeit in der HJ. Vom deutschen Volk und seinem Lebensraum.** München: Eher 1937. 176 S. kl. 8°. —,90 RM.

Brepohl, W.: Das Ruhrvolk und die Volkstumforschung. In: Rhein. Vierteljahrsblätter. Jg. 7, 1937, 4. S. 341 bis 372.

Brill, E. H.: Mecklenburg und der Norden. In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 2. S. 84–90.

***Drechsler, A.: Die Bevölkerungsdichte von Ostthüringen.** (Diss. Jena.) Zeulenroda: Sporn 1936 [Ausg. 1938]. 93 S., 2 Kt. 8°. 3.— RM.

Feldmann: Landesplanung in Baden. In: Siedlung u. Wirtschaft. Jg. 20, 1938, 1. S. 27–30.

***Deutsches Grenzland.** Jahrbuch d. Inst. f. Grenz- u. Auslandsstudien. Hrsg. v. M. H. Boehm, K. C. v. Loesch. [4.] 1938. Berlin: Deutsche Buch-Vertriebsstelle [1937]. 128 S. mit Abb. u. Kt. Skizzen. 8°. Lw. 3,50 RM.

Gross, W.: Die bevölkerungspolitischen Gefahren der Abwanderung aus den sächsischen Grenzgebieten. In: Polit. Erziehung. Jg. 1938, 1. S. 17–20.

Harmen, H.: Vom deutschen Volkstum in Polen. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 7, 1937, 5/6. S. 408–414.

Heinrichs, Charlotte: Danzig — „port de la Pologne“. In: Deutschlands Erneuerung. Jg. 22, 1938, 2. S. 65–70.

***Herrmann, C.: Schlesien. Geschichte einer Grenzmark.** Frankfurt a. M.: Diesterweg 1938. 83 S. mit Abb. gr. 8°. 1,20 RM.

***Hinrichs, E., u. W. Weber: Das neue Reich im Erdkundeunterricht.** Frankfurt a. M.: Diesterweg 1938. 64 S. mit Abb. gr. 8°. —,85 RM.

Kallweit, E.: Das ostpreussische Bevölkerungsproblem. In: Der ostpreuß. Erzieher. Jg. 1938, 1. S. 9–11.

- *Kampf um deutschen Lebensraum.** Ein raumpolitisch-Atlas mit Erl. Berlin: Kameradschaft (1938). 156 S. 4°. Loseblattausg. 8,25 RM.
- Kampmeier, A.: Vierjahresplan und Bevölkerungs-politik.** In: Neue Bahnen. Jg. 48, 1937, 12. S. 366–373. (Körholz, L.): Pforten und Straßen zur deutschen Westgrenze. In: Mschr. f. höh. Schulen. Bd 36, 1937, 6. S. 333–343. — Eine geopolit. Betrachtung.
- *Kraus, F.: Der Deutsche im Alpenraum.** Jena: Diederichs (1937). 44 S. 8° = Österreichdeutsche Schriften. 0,90 RM.
- *Lange, Fr.: Oberschlesien.** Um Annaberg und Teschen. Berlin: Verl. Grenze u. Ausand 1937. 96 S., 12 Bl. Abb. 8°. 2,40 RM.
- *Lehmann, E.: Vom Gefüge des Volkes.** Aufriß e. deutschen Volkssoziologie auf volkskundl. Grundlage. Reichenberg: Kraus (1937). 123 S. gr. 8°. 3,50 RM.
- Lochner, R.: Gesamtschlesien und Sudetenland.** In: Die Volksschule. Jg. 33, 1937, 18. S. 563–573.
- Meynen, E.: Deutschland.** In: Der Schulungsbrief. Jg. 5, 1938, 1. S. 3–33.
- *Möckel, K.: Die Bedeutung der Ausfuhr für die säch-sische Industrie.** Leipzig: Buske 1938. 145 S. 8° = Der sächsische Wirtschaftsraum. H. 1. 4,80 RM.
- Naumann, R.: Werden und Wandlungen der sächsisch-böhmischen Grenze.** In: Die höhere Schule. Jg. 15, 1937, 12. S. 300–305.
- *Neumann, G.: Saint Germain.** Jena: Diederichs (1938). 39 S. 8° = Österreichdeutsche Schriften. 0,90 RM.
- Scharlau, K.: Probleme der deutschen Kulturland-schaft.** In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 6, 1938, 2. S. 55–67.
- *Schriften zu Deutschlands Erneuerung.** Sachbd 11. Breslau: Handel [1938]. 100 S. in getr. Pag. mit Abb. 8°. Hlw. 1,50 RM. — Geopolit. Skizzen u. Betrachtungen.
- Schwarz, E.: Deutsche Siedlung in den Sudetenländern im Lichte sprachlicher Volksforschung.** In: Das Sudetendeutschtum. Festschrift z. 75-Jahr-Feier d. Vereines f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen. Bd 1. (Brünn, Prag, Leipzig 1937.) S. 85–108.
- Tessin, G.: Mecklenburgs geschichtliche Entwicklung im nordostdeutschen Raum.** In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 2. S. 76–84.
- Weicker, G.: Sachsens geopolitische Aufgabe im Laufe der deutschen Geschichte.** In: Die höhere Schule. Jg. 15, 1937, 12. S. 294–299.
- *Der sächsische Wirtschaftsraum.** Leipziger Beiträge zur Raumforschung, hrsg. v. H.-J. Scraphim, E. H. Sieber, K. C. Thalheim. Leipzig: Buske 1938. 8°.
- Wunderlich, E.: Raum und Volk in Württemberg.** In: Siedlung u. Wirtschaft. Jg. 19, 1937, 12. S. 766–771.
- Fischer, R.: Jugoslawien im europäischen System.** In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 1. S. 60–65.
- Früchtl, H. J.: Das größere Portugal.** In: Weiße Blätter. Jg. 7, 1938, Januar. S. 15–22.
- *Geisler, W.: Der Grenzraum zwischen West- und Mitteleuropa.** Berlin: Volk u. Reich Verl. 1937. 107 S. mit Kt., 4 Kt. Bl. gr. 8° = Zur Wirtschaftsgeographie d. dt. Westens. Bd 1. 4,80 RM.
- *Geller, K.: Die Strukturänderung der ungarischen Volkswirtschaft nach dem Kriege und die Stellung Ungarns im mitteleuropäischen Wirtschaftsraum.** Münster: Buschmann 1938. IX, 154 S. 8°. 4,20 RM.
- Genoff, G. P.: Bulgarien in der internationalen Politik.** In: Europ. Revue. Jg. 14, 1938, 1. S. 3–11.
- Halbpass, W.: Irland als Beispiel insularer Abgeschlossenheit.** In: Geograph. Anz. Jg. 39, 1938, 3. S. 59–62.
- Harth, W.: Balto-skandinavische Bewegungen.** In: Volk im Werden. Jg. 6, 1938, 1. S. 21–25.
- Hildebrandt, W.: Das rätomanische Alpenvolk in Bewegung.** In: Schweiz. Mhe. Jg. 17, 1938, 11. S. 489 bis 498.
- *Hoven, V.: Flämische Selbstständigkeitsbestrebungen und ihre politische Vorgeschichte.** Zeulenroda: Sporn 1937. 95 S. 8°. 3 RM. — Zugl. Diss. Frankfurt.
- Jantzen, W.: Geopolitische Reise durch Südslawien.** In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 6, 1938, 2. S. 49–55.
- Irk, V. G.: Das Rumänentum über die Lebensrechte seiner eigenen außerstaatlichen Volksgruppen.** In: Volk im Osten. Jg. 4, 1937, 36. S. 1229–1239.
- Irland taucht aus dem Nebel von F. J.** In: Die Tat. Jg. 29, 1938, 10. S. 685–699.
- *König, L.: Die Deutschuminsel an der Wolga.** Ein Beitr. zur länderkundl. Darst. d. dt. Wolgakolonien u. d. natürlichen Grundlagen ihrer Wirtschaft. Dülmen: Laumann 1938. XII, 310 S. 4° = Deutschum u. Ausland. H. 64/65. 12 RM. Mit 1 Übersichtsakt. im Anh., 5 Kt. Beilagen, 27 Textabb., 8 Bildtaf.
- Krannhals, D.: Die Rolle der Weichsel in der Wirtschaftsgeschichte des Ostens.** In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 2, 1938, 1. S. 59–86.
- März, J.: Jugoslawiens Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.** In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 1. S. 52–60.
- Mairinger, H.: Nationalitätenverschiebungen in der Tschechoslowakei 1921–1930.** In: Mittn d. Geogr. Ges. Wien. Bd 80, 1937, 11/12. S. 341–343.
- Mlaker, R.: Die Tschechoslowakei.** Eine kurze wehrgeograph. Betrachtung. In: Mittn d. Geograph. Ges. Wien. Bd 80, 1937, 9/10. S. 281–289.
- Neef, E.: Der estländische Wirtschaftsraum.** In: Petermanns Geograph. Mittn. Jg. 84, 1938, 1. S. 15 bis 25. — Mit 5 Kt. u. 2 Abb. im Text.
- *Piiffi, Erna: Deutsche Bauern in Ungarn.** Mit einföhr. Beiträgen v. A. Haberlandt u. E. Rieger. Berlin: Verl. Grenze u. Ausland 1938. 64 S. mit Abb. 4°. 7,80 RM.
- *Pohl, Irmgard: Deutsche im Südosten Europas.** Vorposten d. Volkstums. Leipzig: J. Klinkhardt 1938. 64 S. mit Skizzen. gr. 8° = Neuland in d. dt. Schule. H. 13. 1,80 RM.
- Raschhofer, H.: Die Tschechoslowakei und die Minderheitenfrage auf der Friedenskonferenz.** In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 2. S. 115–135.
- *Rebholz, J.: Lothringen und Frankreich im Saar-raum.** Dt.-franz. Grenzverhandlungen 1735–1766. Frankfurt a. M.: Diesterweg 1938. XII, 121 S. gr. 8° = Schriften d. Wiss. Inst. d. Elsaß-Lothringer im Reich an d. Universität Frankfurt. N. F. Nr 19. 4 RM.
- (Rogmann, H.): Bevölkerungsbewegung im Osten.** In: Ostland. Jg. 19, 1938, 3. S. 48–50.
- Rosting, H.: Die Entwicklung der Minderheitenfrage in Europa.** In: Europ. Revue. Jg. 14, 1938, 1. S. 12 bis 21.

Übriges Europa

- Biolstein, H. H.: Völker, Grenzen und Rassen.** In: Durch alle Welt. Jg. 1938, 5. S. 9–10; 6. S. 9–10; 7. S. 20–21; 8. S. 23–24. — Beh. Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien.
- Burgdörfer, Fr.: Die neue deutsche Bevölkerungsentwicklung im gesamteuropäischen Rahmen mit besonderer Berücksichtigung der zahlenmäßig erfaßbaren Auswirkungen bevölkerungspolitischer Maßnahmen.** In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 7, 1937, 5/6. S. 321–347.
- Bürkard, A.: Ein volksbiologischer Querschnitt durch die Schweiz nach dem Kriege.** In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 2, 1938, 1. S. 171–202. — Mit 2 Textabb. u. 2 Ktn.
- Doubek, F. A.: Die Ostgrenze der polnischen Volkstumsmehrheit.** In: Jomsburg. Jg. 1, 1938, 4. S. 474 bis 481.

- *Schaumann, W.: Die gewaltsame Vertschechung des deutschen Igelandes. Erl. durch Kt., Tab. u. Lichtbilder. Wien u. Leipzig: Braumüller 1938. X, 127 S. gr. 8° = Dokumente d. Entnationalisierung. 1. 3,50 M.
- Schier, B.: Die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Slawen in volkskundlicher Sicht. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 2, 1938, 1. S. 1–22.
- *Schüller, W.: Mitteleuropa als Wirklichkeit und Schicksal. Köln: Schaffstein (1937). 63 S. kl. 8° [= Schriften zur völkischen Bildung]. Kart. 0,40, geb. 0,80 RM.
- Stoye, J.: Republik Eire. In: Velhagen & Klasings Mhe. Jg. 52, 1938, 6. S. 525–529.
- Ungern-Sternberg, R. v.: Die Überfremdung Frankreichs. In: Weiße Blätter. Jg. 6, 1937, Dezember. S. 359–362.
- Weisch, O.: Bündnisse und Bündnispolitik im Nahen Osten. In: Marine-Rdsch. Jg. 42, 1937, 12. S. 755–761.
- Weite, A.: Raum, Volk und Staat im mittleren Donau- becken. In: Mittn d. Geograph. Ges. München. Bd 30, 1937. S. 137–177.
- Wolters, E.: Tschechen und Slowaken. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 2, 1938, 1. S. 203 bis 211. — Mit 2 Ktn.
- Wührer, K.: Der Skandinavismus. In: Jomsburg. Jg. 1, 1938, 4. S. 409–422.
- Zeck, H. F.: Untergegangenes Deutschum in Spanien. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 7, 1937, 5/6. S. 415–418.
- Zeiss, H.: Sozialbiologische Fragen europäischer aus- landsdeutscher Volksgruppen. In: Archiv f. Bevölke- rungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 7, 1937, 5/6. S. 378–384.
- Zimmermann, W.: Deutschlands geopolitische und wirtschaftliche Beziehungen zum Norden. In: Die Westmark. Jg. 5, 1938, 4. S. 195–198.
- Zu der Luth, R.: Europa in wehrgeographischer und wehrpolitischer Betrachtung! In: Mittn d. Geograph. Ges. Wien. Bd 80, 1937, 11/12. S. 333–338.

Asien

- Ghambaschidse, D.: Der gesamte Orient im Jahre 1937. In: Der neue Orient. Jg. 12, 1938, 1. S. 3–7.
- Hashagen, J.: Die „Verselbständigung“ Syriens und des Libanons. In: Geograph. Zs. Jg. 43, 1937, 12. S. 445–452.
- Kempki, J. v.: Der Kampf um die Sicherheit Indiens. In: Dt. Adelsblatt. Jg. 56, 1938, 6. S. 161–163.
- Kolb, A.: Raumkräfte und politisches Schicksal der

- Philippinen. In: Geograph. Zs. Jg. 44, 1938, 1. S. 1 bis 12.
- Lehmann, H.: Die Bevölkerung der Insel Sumatra. In: Petermanns. Geograph. Mittn. Jg. 84, 1938, 1. S. 3–15. — Mit 3 Kt. u. 4 Abb. im Text.
- Walter, R.: Fernöstliche Probleme. I. Die Außen- mongolei; II. Ostturkestan; III. Innenmongolei. In: Europ. Revue. Jg. 14, 1938, 1. S. 21–28; 2. S. 105 bis 121; 3. S. 191–199.
- *Wenzel, H.: Forschungen in Inneranatolien. 2. Die Steppe als Lebensraum. Kiel. (Leipzig: Harrassowitz in Komm.) 1937. VIII, 144 S. gr. 8° = Schriften d. Geograph. Inst. d. Univ. Kiel. Bd 7, H. 3. 8 RM.

Afrika

- Dietzel, K. H.: Die englisch-französische Mandats- grenze in Kamerun und ihr politischer Sinn. In: Zs. d. Ges. f. Erdkunde. Jg. 1937, 9/10. S. 321–348.
- *Leutwein, P.: Das deutsche Afrika und seine Zukunft. Mit 96 farbenphotogr. Abb. v. R. Lohmeyer u. 4 Kt. Berlin: C. A. Weller [1938]. 172 S. gr. 8°. Lw. 9,20, Hldr 13,50 RM.
- Sander, E.: Afrika als Problem. In: Geograph. Anz. Jg. 39, 1938, 2. S. 29–36.
- *Schmidt-Pretoria, W.: Der Kulturanteil des Deutsch- tums am Aufbau des Bürenvolkes. Hannover: Hahn- sche Buchh. 1938. 303 S., 17 Taf., 1 Kt. gr. 8° = Son- derveröffentlichung d. Geograph. Ges. zu Hannover. 2. Lw. 8 RM.

Amerika

- *Kämpfendes Deutschum. Jahrbuch d. Amerikadeut- schen Volksbundes. Hrsg. vom Bundespressewart S. Winterscheidt. Jg. 2, 1938. New York: A(merika- deutscher) V(olksbund) Corp. [1937]. 26 Bl. mit Abb. 4°.
- (Kappe, W.): Vom Deutschamerikaner zum Amerika- deutschen. In: Der Auslandsdeutsche. Jg. 20, 1937, 12. S. 736–746. — Das Werden einer dt. Volks- gemeinschaft in USA.
- Oberacker, K.-H.: Karl von Koseritz und der Kampf des brasilianischen Deutschums um seinen staats- und volkpolitischen Standort im Kaiserreich Brasilien. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 2, 1938, 1. S. 87–127.

Australien

- Ruprecht, P.: Australien als wirtschaftliche Grundlage der englischen Rüstung im fernen Osten. In: Wehr- techn. Mhe. Jg. 41, 1937, 11. S. 481–486.

Dieser Ausgabe liegt in der Auflage von 5000 Stück ein Werbeblatt des B. G. Teubner Verlages, Leipzig, für sein Werk „Macht und Erde“ bei, das wir der freundlichen Aufmerk- samkeit unserer Leser empfehlen.

Welt-Rundfunk

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Kurt Wagenführ, Berlin

II. Jahrgang

April

1938/Nr. 2

KURT WAGENFÜHR:

Rundfunkwende in Österreich

In der ersten Hälfte des März 1938 hat sich im österreichischen Rundfunk eine entscheidende Wandlung vollzogen, deren Auswirkungen heute noch nicht zu übersehen sind. Die Änderungen sind im Zusammenhange mit den politischen Ereignissen jedoch von solcher einschneidenden Bedeutung, daß selbst bei einer vorläufig noch ungeklärten Rechtslage an den Vorgängen nicht vorübergegangen werden kann, ohne sie im Ablauf darzustellen.

Österreich ist ein Teil des Deutschen Reiches geworden. Der Gang der politischen Ereignisse, die mit dem 11. März ihren Anfang nahmen, ist bekannt, er braucht deshalb an dieser Stelle nicht noch einmal aufgezeichnet werden.

Für jeden, der sich mit Fragen der politischen Auswirkungen des Rundfunks oder auch nur mit seiner Rolle im politischen Leben einer Nation befaßt — in das übrigens auch privatwirtschaftliche Rundfunkorganismen in größeren Umfängen als oft auf den ersten Blick erkennbar einbezogen sind — konnte in den Abendstunden des 11. März 1938 einen Eindruck von ungewöhnlicher Bildkraft über die Stellung des Rundfunks im Wirbel von historischen Ereignissen erhalten, der sich so bald nicht wieder verwischen wird. Wir stehen zu nah an dem Geschehen, um endgültige Wertungen aufzustellen, aber gerade diese Nähe und Tuchfühlung mit den Ereignissen ist es, die uns die Berechtigung zur Betrachtung der augenblicklichen Lage gibt.

Österreich hat in der RAVAG (Österreichische Radio-Verkehrs AG.) eine Art halbstaatlichen Rundfunk. Wir erinnern uns daran, daß erst vor wenigen Wochen von der RAVAG ein energisches Dementi ausgegeben wurde, daß sich gegen Meldungen richtete, die von einer Verstaatlichung des Rundfunks sprachen. Da an der Aktiengesellschaft staatliche Institutionen und auch die frühere Bundeshauptstadt Wien neben industriellen und sonstigen Unternehmungen beteiligt sind — der Anteil der staatlichen Institute beträgt 21% — kann man einen staatlichen Einfluß sehr wohl annehmen. Die passende Formulierung dürfte vielleicht am besten gefunden werden, wenn man feststellt, daß der Rundfunkdienst als staatliches Monopol einem privatwirtschaftlichen Unternehmen — der RAVAG nämlich — auf Grund einer Konzessionsurkunde, die bis zum Jahre 1952 in Kraft sein sollte, übertragen wurde.

Wenn sich der österreichische Rundfunk seit langem bereits in den Zwischenbezirken einer „neutralen“ Haltung und politischen Stellungnahme bewegte, wobei zumal durch vorsichtige Handhabung des Instrumentes Rundfunk die Grenzziehungen nicht scharf vorgenommen werden können, so hat er sich doch in der letzten Zeit immer eindeutiger zu einem Faktor der früheren Regierungspolitik gewandelt, der sich von der Funktion eines staatlichen Rundfunks eigentlich in nichts mehr unterschied. Für diese Feststellung sprechen alle Beobachtungen und Handlungen, die vorgenommen wurden.

*

Wir haben uns bisher in unseren Artikeln stets bemüht, den Rundfunk in der Gesamtheit seiner Auswirkungen und seiner Bedingungen zu zeigen. Wir gingen dabei von den verschiedensten Betrachtungsarten aus: einmal von den geographischen Gegebenheiten, ein andermal von den Formen des politischen und kulturellen Einsatzes, dann wieder von den rechtlichen Konstruktionen. Bei dem Umbruch, der sich im Rundfunkwesen Österreichs vollzog, müssen wir allein Tatbestände sprechen lassen.

Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hatte über den Rundfunk die Volksabstimmung verkündet, der Rundfunk wurde als ein wichtiges Mittel dieses Vorhabens systematisch eingesetzt. Am 11. März spitzte sich die politische Lage immer mehr zu, der im europäischen Äther einigermaßen bewanderte Hörer wußte, daß er in den Abendstunden seinen Empfänger auf die österreichischen Sender einstellen mußte. Am Abend des 11. März, um 19.47 Uhr, sprach der ehemalige Bundeskanzler zum letzten Male vom Bundeskanzleramt aus, in dem sich seit Mitte 1935 eine besondere Verstärkeranlage befindet, über den Rundfunk. Die Rede war um 19.50 Uhr beendet.

Die RAVAG, die für diesen Abend laut Programm ein Hörspiel vorgesehen hatte, änderte ihr Programm. Es wurde jedem Hörer bewußt, daß in den nächsten Minuten irgendeine Verlautbarung erfolgen mußte, durch die allein die unerträgliche Spannung gelöst werden konnte. Um 20.18 Uhr sprach der (damalige) Innenminister Dr. Seyss-Inquart seinen ersten Aufruf. Deutlicher und eindringlicher konnte nicht das Rücken des Sekundenzeigers der Geschichte verlebendigt werden, jeder Hörer dieser beiden Sendungen war nicht nur Zeuge, sondern zutiefst erregter Teilnehmer, der zwangsläufig in den magischen Kreis des durch den Rundfunk zur außerordentlichen Breiten- und Weitenwirkung gebrachten Geschehens einbezogen worden war.

Im Anschluß an diese Verlautbarung, die mehrfach — zunächst in längeren, dann in kürzeren Abständen — wiederholt wurde (von Schallaufnahme), sandte die RAVAG klassische Musik deutscher Meister. Ohne die Vorgänge zu kennen, wußte jeder Hörer um die Verhandlungen, die jetzt geführt wurden. Man wartete auf die erlösenden Worte, die erst um Mitternacht fielen. Um diese Zeit wandelte sich auch das Programm, es wurden Märsche und Kampflieder der Bewegung gesendet, und zwar von Schallplatten, die Hörer in das Rundfunkhaus brachten oder die in den späten Nachtstunden besorgt worden waren. Inzwischen waren andere europäische Sender bereits in ihren Nachrichtendiensten auf die Ereignisse eingegangen. Im allgemeinen wurden die Tatbestände richtig wiedergegeben, die Kombinationen, die

sich — auf Grund von nicht kontrollierbaren Nachrichtenquellen — anschlossen, waren allerdings bedenklich. Klarheit wurde durch die nach 1 Uhr verkündete Ministerliste geschaffen. Mit dieser Nachricht erst legte sich die Hauptspannung. Die Nacht der politischen Wandlung eines Landes war — vom Standpunkt der unzähligen europäischen Hörer aus betrachtet — vornehmlich in der Wirkung nach außen hin eine Nacht des politischen Rundfunkeinsatzes gewesen. (Der deutsche Rundfunk hatte sich in den kritischen Stunden auf Grund einer Bitte der RAVAG dem österreichischen Rundfunk sofort zur Verfügung gestellt. Er verlängerte seinen Dienst, er schloß die Reichssender zusammen und übernahm bald von der RAVAG den Nachrichtendienst und die Hörberichte.)

Am 13. März vollzogen sich bereits die ersten Umwandlungen in der RAVAG. Sie wurde in Deutsch-Österreichischer Rundfunk umbenannt, zu ihrem kommissarischen Leiter wurde Dr. Franz Pesendorfer ernannt, der bereits am 11. März, um 23 Uhr, den Sicherheitsdienst in der RAVAG übernommen hatte. Die künstlerische und Programmgestaltung wurde Dr. Ernst Gautebrück unterstellt.

Aber, um noch einmal im Buch der Geschichte zurückzublättern, schon am 12. März hatte sich eine tatsächliche Wandlung vollzogen, die aus den Eintragungen im Dienstbuche der RAVAG eindeutig hervorgeht. Um 6.45 Uhr begann nämlich das erste nationalsozialistische Programm, und zwar mit den Worten: „Der erste Gruß des nationalsozialistischen Österreichs gilt dem Führer.“ Es folgte das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied, anschließend die Verlesung eines Zitates aus „Mein Kampf“. Und kurze Zeit darauf, um 10.50 Uhr, wurde schon der erste Vortrag über das Thema: „Die Frau im nationalsozialistischen Staat“ gesendet.

Es muß späteren Betrachtungen vorbehalten bleiben, diese Ereignisse und Tatbestände ordnungsmäßig auszuwerten, sie seien deshalb erst einmal nur festgestellt. Daß sich der neue österreichische Rundfunk seiner gewandelten Funktion in ganzem Umfange bewußt ist, beweist eine Äußerung seines kommissarischen Leiters, die er am 13. März dem Verfasser dieser Zeilen machte. Dr. Franz Pesendorfer erklärte, daß der neue Rundfunk der Träger des deutschen Gedankens im südost-europäischen Rundfunkraum werden würde.

Zunächst aber wollen wir uns mit den nächstliegenden Aufgaben befassen, die der Rundfunk im neuen deutschen Lande Österreich zu erfüllen hat. Er wird, in Gemeinschaftsarbeit mit dem Reichsrundfunk, abgesehen von den aktuellen Tagesaufgaben, seine Hauptkräfte auf den Wahlkampf konzentrieren müssen. Was bedeutet sein Einsatz? Wir müssen uns dabei zunächst einmal vergegenwärtigen, daß der Sender Wien in der äußersten Ecke des Landes Österreich steht, rundfunkgeographisch also ungünstig gelegen ist, da das Land eine langgestreckte Form zeigt, die Längsausdehnung beträgt rund 550 Kilometer, deren schmalste Stelle in Tirol kaum 40 Kilometer breit ist. Der Osten des Landes ist ziemlich flach und dicht besiedelt, der Westen und Süden ist durch die Alpenkette beherrscht, die die von ihr bestimmten Gebietsteile in hohem Grade zu „rundfunkfeindlichen“ Gegenden macht. Die Besiedlung ist dünn.

Wie ist nun die Hörerverteilung?

Land	Einwohnerzahl	Angemeldete Rundfunkhörer	Hörerdichte etwa
Wien	1 860 308	289 582	15,6 %
Niederösterreich	1 514 252	114 012	7,5 %
Burgenland	298 491	8 203	0,28 %
Oberösterreich	906 590	58 495	6,4 %
Salzburg	248 211	19 282	7,7 %
Tirol	351 174	24 398	6,9 %
Vorarlberg	157 370	11 576	7,4 %
Steiermark	1 018 920	66 939	6,6 %
Kärnten	407 371	19 655	4,8 %
Totale	6 762 687	612 142	9,5 %

Von rund 600 000 Hörern entfallen auf

Wien (Stadt) = 48,5 %,

Niederösterreich und Burgenland = 19,8 %,

Steiermark = 10,8 %,

Oberösterreich und Salzburg = 12,2 %,

Tirol und Vorarlberg = 5,6 %,

Kärnten = 3,1 %.

Wir haben also in Wien eine Massierung der Hörschaft, gegenüber der die anderen Gebiete stark zurücktreten. Es muß auffallen, daß das Burgenland an weitaus letzter Stelle zu finden ist; dies wird auf die mangelhafte Elektrizitätsversorgung und auf eine nicht hochentwickelte Wohnkultur zurückgeführt. Bei den Bauern ist die wirtschaftliche Lage einer der Hauptfaktoren, die eine so geringe Rundfunkdichte bedingen. Der Einfluß der Ablehnung des bisherigen Rundfunkprogramms aus den verschiedensten Gründen kann zur Zeit noch keiner Analyse unterzogen werden, daß er maßgeblich mitbestimmend ist, braucht nicht betont zu werden.

Die Wiener Hörschaft, d. h. rund 300 000 Rundfunkteilnehmer, wird in einem Wahlkampf leicht zu erreichen sein; schwieriger wird dagegen die Erfassung der übrigen Bevölkerungsgruppen sein. Man wird also zusätzlich Verbreitungsmittel einsetzen, das heißt Großlautsprecher, provisorisch aufgestellte Empfänger in Schulen, Gastwirtschaften usw., die einem organisierten Gemeinschaftsempfang dienen.

*

Wir kommen zum Schluß noch einmal auf die Mission des Senders im südosteuropäischen Rundfunkraum zurück. Der Großsender Wien spielte in ihm schon immer eine bedeutsame Rolle, ja, er beherrschte ihn mit Budapest und Bari eine Zeitlang fast ausschließlich, bis vor mehreren Jahren Bukarest hinzutrat. Im vergangenen Jahr haben sich Belgrad und Sofia mit Großsendern eingeschaltet, Griechenland wird nicht mehr lange auf sich warten lassen, und selbst die Türkei kann sich später einfügen. Daß Wien in Zukunft eine Reihe bedeutsamer Aufgaben zu erfüllen haben wird, steht außer Zweifel, und zwar nicht nur in den südosteuropäischen Raum hinein. Ohne diese Frage heute näher untersuchen zu wollen, sei doch — um ein Beispiel zu nennen — auf die veränderte Lage des Prager Senders hingewiesen, der bisher einen Teil der Dreiecke München—Prag—Leipzig und Breslau—Leipzig—Prag bildete, in einer anderen Kombination zu München mit Wien zusammen und zu Breslau mit Wien zusammen sogar eine beherrschende Stellung einnahm. Heute ist er der Mittelpunkt eines Vierecks München—Leipzig—Breslau—Wien geworden, ein Umstand, der sicher bemerkenswert ist.

(Anmerkung der Schriftleitung:

Diese Zeilen wurden am 15. März in Satz gegeben, sie werden wahrscheinlich kurz vor dem Wahltag im Druck erscheinen und können in Einzelheiten überholt sein.)

M. VAN SOUST DE BORKENFELDT:

Der Rundfunk und die Nationalsprachen in Belgien

Der Verfasser ist der Verwaltungs-Generaldirektor des Institut National Belge de Radiodiffusion (I.N.R.), ein weit über die Grenzen seines Landes bekannter Rundfunkfachmann. Wir verweisen auch auf den Beitrag von P. Borsinger über das gleiche Thema im Blick auf den Schweizer Rundfunk.

Belgien scheint wie ein Schmelztiegel, in dem sich zwei Zivilisationen vermischen. Das germanische mengt sich mit dem romanischen Element, um das belgische Volk zu formen, beide Teile bewahren indessen ihre charakteristischen Eigentümlichkeiten. So spiegelt sich in der belgischen Einheit die Zweiheit seiner Bevölkerung: die flämische einerseits und die wallonische andererseits.

Belgien hat keine eigene Sprache; es gibt keine belgische Sprache, wie man mitunter im Ausland annimmt. Die belgische Bevölkerung (8 Millionen) spricht entweder Flämisch (etwa 53%) — das ist nur eine andere Bezeichnung für Niederländisch oder die in Holland gesprochene Sprache — oder Französisch (etwa 45%). Ein kleiner Teil spricht schließlich Deutsch (etwa 1%).

Das Bestehen von zwei großen Sprachgruppen in Belgien stellt den Rundfunk vor ein besonderes und verwickelteres Problem. Es handelt sich ja tatsächlich nicht allein darum, Sendungen in den beiden verschiedenen Sprachen zu veranstalten, sondern auch — und dies in erster Linie — in der Ausarbeitung der Programme den einzelnen Wünschen und charakteristischen Merkmalen jeder Gruppe Rechnung zu tragen. Das hat das Institut National Belge de Radiodiffusion zu verwirklichen und etappenweise durchzuführen.

*

Belgien ist ein Schrittmacher für den Rundfunk gewesen und verdankt es seinem König Albert, das erste europäische Land gewesen zu sein, das regelmäßige Rundfunkkonzerte durchführte, sie wurden seit März 1914 an jedem Sonnabend über den Sender Laken-lez-Bruxelles verbreitet. Nach dem Kriege finanzierte die Privatinitiative den regelmäßigen täglichen Programmrundfunk vom 24. November 1923 ab, also drei Jahre nach Inbetriebnahme des Marconi-Senders Chelmsford in England. So begann „Radio Belgique“, das eine Privatgesellschaft war und sich darauf beschränkte, Sendungen in französischer Sprache zu veranstalten. Als sich einige Jahre später eine flämische Kulturgruppe, die „N. V. Radio“, als Aufgabe stellte, eine flämische Station zu schaffen, verständigten sich die beiden Organisationen und bauten gemeinsam die Doppelstation Veltem, die dann 1931 das Institut National Belge de Radiodiffusion (I. N. R.) übernahm, das in dem Gesetz vom 18. Juni 1930 verankert wurde.

Mit dem Beginn seiner Tätigkeit (1. Februar 1931) schuf das I. N. R. eine ausschließlich französische und eine ausschließlich flämische Welle. Die musikalischen Sendungen sowie der technische und Verwaltungsbetrieb standen unter einer Direktion, die Wortsendungen dagegen waren in „Sendungen in Französisch“ und „Sendungen in Flämisch“ getrennt.

Die Nachrichten, Vorträge, Mitteilungen, Hörberichte, Hörspiele usw. in französischer Sprache wurden auf Welle 483,9 m (Brüssel I), die in Flämisch auf Welle 321,9 m (Brüssel II) gesendet und gaben so von Beginn an die Aktivität und das kulturelle Wesen der beiden Sprachgruppen wieder. Von Anfang an wurden auch die Programme in beiden Sprachen veröffentlicht, seit 1936 erweiterte man diesen Teil durch die Herausgabe von regelmäßigen Publikationen in flämischer und französischer Sprache.

Auch im Conseil de Gestion, der das I.N.R. verwaltet, drückt sich die Zweisprachigkeit Belgiens aus, er umfaßt gleichzeitig Vertreter der großen nationalen politischen Strömungen und führende Persönlichkeiten der französischen und flämischen Bewegungen.

Im Jahre 1937 wurde bei den verschiedensten Gelegenheiten von den einzelnen kulturellen Organisationen der Wunsch ausgedrückt, eine noch stärkere Abgrenzung der Sendedienste vorzunehmen; es wurde daher dem inneren Betrieb eine vollständige kulturelle Autonomie zugesprochen, indem eine flämische und eine französische Generaldirektion geschaffen wurde, die beide — über die erwähnten Wortsendungen hinaus — auch einen selbständigen musikalischen Sendedienst umfaßten. Die technische und verwaltungsmäßige Leitung blieben gemeinsam — in einer dritten zweisprachigen Abteilung — unter der Führung eines Generaldirektors.

Diese Reformen sind durch die Schaffung von Kulturausschüssen kürzlich vervollständigt worden, für französische und flämische Belange, die sich aus 21 Mitgliedern zusammensetzen, die den verschiedensten kulturellen Organisationen und Instituten angehören, z. B. Universitäten, Lehranstalten, Akademien, französischen und flämischen Schriftstellervereinigungen usw. Sie haben die Aufgabe, die Generaldirektion in ihrer kulturellen Arbeit zu unterstützen. Es ist wichtig, an dieser Stelle die Erklärung zu veröffentlichen, die der Postminister bei der feierlichen Einsetzung der beratenden Kulturausschüsse abgab¹⁾:

„Le regroupement des Services de l'I.N.R. en deux départements culturels qui constituent, l'un et l'autre un ensemble homogène, l'un d'expression française, l'autre d'expression néerlandaise, répondait à des occupations qui s'étaient manifestées aussi bien en Wallonie qu'en Flandre et auxquelles il convenait de donner satisfaction dans une égale mesure.

Il avait pour but de réaliser à notre Institut National de Radiodiffusion ce que l'on s'est habitué à appeler „l'autonomie culturelle“ laquelle implique la création au sein des institutions qui régissent notre vie culturelle, d'un cadre organique propre à assurer l'épanouissement libre des possibilités intellectuelles et artistiques des Wallons et des Flamands, et ce, sans nuire au patrimoine commun que constitue pour tous l'indispensable unité de la Belgique.“

Die Möglichkeit, auch Sendungen in deutscher Sprache zu organisieren wird gleichzeitig mit anderen Problemen untersucht, wie z. B. die Frage der Sondersendungen für die Kolonie Belgisch-Kongo, die einen Teil der Zukunftswünsche des Rundfunks in Belgien bedeuten.

1) Wir geben die Erklärung wegen der Sorgsamkeit der weittragenden Formulierungen im Original wieder. Die Schriftleitung.

PAUL BORSINGER:

Der Mehrsprachenrundfunk und die Schweiz

Der Verfasser ist Leiter der Programmkontrolle der Schweizerischen Rundspruchgesellschaft.

Die Schweiz ist das klassische Land der Vielsprachigkeit. Ihre drei offiziellen Landessprachen: Deutsch, Französisch und Italienisch sind gleichberechtigt. Trotz den großen Unterschieden in den entsprechenden Bevölkerungszahlen bildet keines dieser drei Idiome eine sprachliche Minderheit.

Auf diesen nationalen Grundsätzen ruht der sprachliche Aufbau des schweizerischen Rundspruchwesens. Die Lösung des Mehrsprachenproblems — wenn in der Schweiz überhaupt von einem solchen gesprochen werden kann — wurde daher in der Schaffung dreier gleichberechtigter Landessender gefunden, von denen jeder seinem Landesteile ein vollständiges Programm vermittelt: Beromünster den Hörern deutscher, Sottens denen französischer und Monte Ceneri denen italienischer Sprache.

Diese Gleichberechtigung dieser Landessprachen ist für die Schweiz Lebensnotwendigkeit. Rassenmäßig ist ihre Bevölkerung einheitlicher, als sie es oberflächlichen Beurteilern erscheinen könnte. Im ganzen Lande ging über die keltische Urbevölkerung die gleiche römische und später die gleiche germanische Völkerwelle, die lediglich in relativ junger Zeit zufolge der verschiedenartigen Verarbeitung dieses keltisch-römischen Grundelements durch die Alemannen, Burgunder und Longobarden sich in drei Gruppen sprachlich differenziert hat. Vor allem aus diesem Grunde fällt es wohl dem Schweizer so leicht, auch unter dem Eidgenossen einer anderen Sprache den Volksgenossen zu sehen; aus dem gleichen Grunde findet er es so selbstverständlich, in keinem von ihnen den Vertreter einer Minderheit zu erblicken, rede er nun italienisch, französisch oder schweizerdeutsch.

Auch aus der geschichtlichen Entwicklung der schweizerischen Eidgenossenschaft blickt immer wieder dieses gemeinsame Fundament aller Teile hervor, denen die scheinbare Spaltung in drei Sprachgebiete unwesentliche Äußerlichkeit ist. Während in andern Staaten Sprachungleichheit trennend wirkte, fanden sich in der Schweiz trotz dieser Zersplitterung im Laufe der Jahrhunderte alle jene Tal- und Landschaften wieder zusammen, die schon vor der Römerherrschaft das Land zwischen Jura und Alpen bevölkerten. Die gleiche Liebe zur Freiheit, die schon Cäsar bekämpfte, ließ sie sich wiederfinden, der gleiche höhere Zusammenhalt, der schon damals alle Stämme zwischen Bodensee und Genfer See den Individualismus der einzelnen überwinden ließ. Noch heute ist die Spannung zwischen freiheitlichem Individualismus und Gemeinschaftssinn das fruchtbarste Agens schweizerischer Innenpolitik.

Die Respektierung des Rechts jedes Eidgenossen auf seine Sprache, die in den drei Landessendern so augenscheinlich zum Ausdruck kommt, ist nur eine Konzession des Rundspruchs an die Freiheit des Individuums. Eine weitere Konzession in dieser Richtung ist die in der Regel streng innegehaltene Einsprachigkeit jedes der drei Landesprogramme. Hinzukommt das Bewußtsein, daß die Geschichte

jedem einzelnen Volksteil durch seine Verknüpfung mit je einer der großen europäischen Kulturkreise eine besondere Aufgabe zugewiesen hat im Rahmen der Mission des Schweizervolkes, Berührungspunkt und Brücke zwischen diesen drei Kulturen zu sein. Jeder Teil unseres Landes hat die Pflicht, die Kultur seines Kreises möglichst rein zu pflegen und darzustellen, da nur auf diese Weise das dreieinige Gleichgewicht des wahrhaft europäischen Menschen im Herzen unseres Erdteils möglichst unverfälscht verwirklicht werden kann.

Doch ob dem Besondern der Teile wird auch das allen Gemeinsame immer wieder betont. Sogenannte Gemeinschaftssendungen, die bald zwei, bald alle drei Landessender zusammenschließen, dienen diesem Zwecke. Jeden Nachmittag einmal findet eine solche Gemeinschaftssendung statt, wobei in strengem Turnus bald dieser, bald jener Landesteil das Programm bestreitet. Dreisprachige Ansagen als Ausdruck freundeidgenössischen Gemeinschaftssinnes sind die Regel dabei. Gelegentlich können sich die Landessender aber auch zu anderen Tageszeiten zusammenfinden, wenn ein Programm inhaltlich oder künstlerisch allen Volksgenossen zugleich etwas zu sagen hat. Höhepunkt dieser dreisprachigen, im wahren Sinne nationalen Sendungen sind die einmal wöchentlich stattfindenden Großprogramme für die Auslandschweizer, die sich auch im Lande selber großer Beliebtheit erfreuen.

Aber nicht nur sprachlich und inhaltlich, auch materiell kommt der Wahlspruch der alten Eidgenossen „Einer für alle, alle für einen“ im Schweizer Rundspruch zum Ausdruck: in der Verteilung seiner finanziellen Mittel. Wohl drei Viertel der Einnahmen aus Hörergebühren entstammen dem deutschen Sprachgebiete. Das Prinzip der Gleichberechtigung aller Landessprachen bewirkt aber, daß aus diesen Geldern beträchtliche Summen als Zuschuß an den technischen und programmlichen Sendebetrieb der beiden anderen finanziell schwächeren Landesteile fließen, ohne daß darin etwas anderes als eine nationale Selbstverständlichkeit erblickt würde. Der Deutschschweizer weiß, daß er an kultureller und geistiger Befruchtung von seinen französisch und italienisch sprechenden Eidgenossen ein Vielfaches für seine finanzielle Hilfeleistung zurückerhält.

Eine sprachliche Sonderstellung nehmen endlich die seit einigen Jahren eingeführten wöchentlichen Kurzwellsendungen für die Schweizer in Übersee ein, indem bei ihnen das „Schwizertütsch“ den Platz der hochdeutschen Schriftsprache einnimmt. Wohl sind auch viele Sendungen Beromünsters in diese Sprache des Verkehrs, die in ihren verschiedenen Akzenten die eigentliche Muttersprache des Deutschschweizers ist, eingekleidet. Der Großteil aber der Beromünster-Sendungen bedient sich der Sprache der Schrift, sei es, daß es sich um literarische Kunstwerke der Schriftsprache handelt, die dem Deutschschweizer ja ebenso vertraut sind wie dem Deutschen des Reichs, sei es, daß es Sendungen sind, die nicht nur den Deutschschweizer, sondern auch den Ausländer, vor allem aber die anderssprachigen Landsleute interessieren können, denen zumeist die deutsche Schriftsprache geläufiger ist als Schweizerdeutsch. Bei den Sendungen für die Überseeschweizer fallen diese Gründe, den Gebrauch der Sprechsprache einzuschränken, dahin. Sie wenden sich ja bewußt nur an Schweizerhörer, die hier den direkten Kontakt mit der Heimat suchen, und ihre Dreisprachigkeit erlaubt auch, die soeben erwähnte Rücksichtnahme auf die welschen und italienischen Miteidgenossen für einmal hintanzustellen, da diese ja ebenfalls in der gleichen Sendung auf ihre Sonderrechnung kommen.

Bei alledem darf die Tatsache nicht übersehen werden, daß die Mehrzahl der Schweizer aller drei Landesteile polyglott veranlagt sind. Die meisten Deutschschweizer können ohne allzu große Mühe den Darbietungen des welschen Landessenders folgen, wenn ihnen dessen Programm einmal mehr zusagen sollte als das des eigenen, und auch viele welsche und tessinische Hörer sind in einer ähnlichen Lage. Um so fruchtbarer sind daher die Bemühungen aller drei Landessender, ihr eigenes Kulturgebiet möglichst hochwertig zum Ausdruck zu bringen.

Zum Schluß sei noch auf die allerjüngste Entwicklung im schweizerischen Sprachenwesen hingewiesen, auf die am 20. Februar 1938 Tatsache gewordene Anerkennung des Romanischen als vierte, wenn auch inoffizielle Landessprache durch das Schweizervolk. In diesem Sonderfalle war die Schaffung bzw. Anerkennung einer sprachlichen Minderheit innerhalb der offiziellen Dreisprachigkeit aus praktischen Gründen gegeben. Nur etwa 60 000 Bergbewohner Graubündens hängen dieser uralten Sprache der romanisierten Rhätier an, die zudem in drei verschiedenen Schreibarten weiterlebt. Sie sind auch nicht die Vertreter eines eigenen europäischen Kulturkreises, wie die Schweizer der drei offiziellen Sprachen. Man konnte sich daher, im Falle des Rhätoromanen, mit der Anerkennung des Rechtes jedes Schweizlers auf seine Sprache begnügen und ihnen den Gebrauch ihrer Sprache innerhalb ihrer Täler Graubündens, ja ihres Kantons zuerkennen. Auf interkantonalem, d. h. eidgenössischem Boden dagegen haben sie sich nach wie vor einer der drei anderen, offiziellen Landessprachen zu bedienen, die die Schweiz mit ihren großen Nachbarvölkern verknüpfen.

Im Rundspruch wirkt sich diese Anerkennung des Romanischen vorläufig nur durch gelegentliche Sondersendungen in romanischer Sprache aus. Sie finden abwechselnd über alle Landessender statt, vorwiegend aber über Beromünster, das in den Tälern Graubündens am besten gehört werden kann. Später werden vielleicht regelmäßig an bestimmten Tagen und zu bestimmten Stunden über Beromünster und Monte Ceneri romanische Sondersendungen durchgeführt werden, um auf diese Weise die sprachliche Freiheit innerhalb der gemeineidgenössischen Solidarität noch besser zu verdeutlichen.

Für die Außenstehenden mögen also die Sprachverhältnisse am Schweizer Radio recht kompliziert erscheinen. Dem Schweizer selber aber sind sie weiter nichts als ein Ausdruck dessen, was die Eidgenossen zusammenführte und heute noch zusammenhält: der Liebe zur Freiheit aller, die einem jeden gleiches Recht auf seine Besonderheit garantiert, und ein Weg zu ihrem höchsten Ziel: der europäischen Verständigung.

W. G. KUYCK:

Der Rundfunk in Niederländisch-Ostindien

Der Direktor der NIROM-Amsterdam stellt uns einen Überblick über den niederländisch-indischen Rundfunk zur Verfügung, wobei besonders die Empfangsverhältnisse berücksichtigt werden.

Im Äquatorgebiet, zwischen Südostasien und Australien, liegt das große Inselreich Niederländisch-Ostindien, vom Großen und Indischen Ozean umspült. Die Gesamtbevölkerung betrug im Jahre 1930 rund 60 Millionen, sie nimmt jedes Jahr

um etwa 1 Million zu; 97,4% sind Eingeborene von zahlreichen verschiedenen Rassen, von denen die bekanntesten die Malaier, Javaner und Sundanesen sind. Zwei Drittel der Bevölkerung wohnt auf Java, der wichtigsten Insel des Archipels, mit der Hauptstadt Batavia.

Die Entfernungen in Niederländisch-Indien sind im Vergleich zu Europa sehr groß: das Gebiet streckt sich von Batavia fast 2000 km nach Nordwesten und mehr als 3500 km nach Osten und weist stark ausgeprägte Höhenunterschiede (gebirgische Inseln neben großen Meerestiefen) auf; es besitzt mehr als hundert tätige Vulkane (aktiv oder im Solfataren-Stadium) und wird oft von Erdbeben heimgesucht.

Das Klima ist feucht und warm, aber sehr gleichmäßig und auch für Europäer gut erträglich. Die atmosphärischen Verhältnisse sind für den Rundfunkhörer sehr ungünstig. Auf langen und mittleren Wellen sind die Luftstörungen in den Tropen so stark, daß ein Rundfunkbetrieb in den Nachmittags- und Abendstunden mit Sendern, wie wir sie in Europa kennen, nicht möglich ist. Auf Grenzwellen und besonders auf Kurzwellen liegen dagegen die Verhältnisse viel besser. Die Störungen haben einen andern Charakter, sind weniger hinderlich, weil der Störpegel niedriger liegt; auch bei kleineren Empfangsstärken ist erträglicher Rundfunkempfang erreichbar.

Die Kurzwellen haben noch einen weiteren Vorteil: die längeren Wellen erreichen nur ein direktes, mit sogenannten Bodenwellen bestrahltes Gebiet. Je kürzer man die Wellenlängen wählt, um so stärker wird die indirekte Strahlung, so daß ein zweiter Wirkungskreis auf größere Abstände entsteht. Jedoch zeigen die kürzeren Wellenlängen unangenehme „Fadings“, Phänomene, die sich mit Tageszeit, Jahreszeit und Wellenlängen ändern, so daß eine bestimmte kurze Wellenlänge nicht als Universallösung gefunden werden kann.

Seit vielen Jahren hat man in Niederländisch-Indien kleine Lokal-Rundfunkstationen gehabt; die erste arbeitete schon 1925. In den größeren Städten wurden von Amateurvereinen und Radiogeschäften Rundfunksender gebaut, und allmählich suchte man Wellenlängen unter 200 Meter auf. Der PHOHI-Sender arbeitete von Holland aus mit Rücksicht auf seinen Weltrundfunk nur auf Kurzwellen.

Mit dem Ziele, ganz Niederländisch-Indien mit Rundfunk zu versorgen, wurde die „Nederlandsch-Indische Radio Omroep Maatschappij“ (NIROM) gegründet. Diese Gesellschaft erlangte eine Konzession von der Regierung und baute einen 10-kW-Rundfunksender in Tandjong Priok in der Nähe von Batavia und noch drei kleinere Sender in Surabaja, Bandung und Semarang und fing am 31. März 1934 den regelmäßigen Rundfunk an.

Im Rahmen der Konzession war ein System von Rundfunkgebühren eingeführt, nach dem jeder Hörer 3 Gulden monatlich an die Behörde zahlte, von welcher Summe 80 Prozent der NIROM ausgezahlt wurde. Mit der Zunahme der Hörerzahl wurde die Gebühr herabgesetzt, sie betrug:

Januar 1935 bei 10 000 Hörern 2 1/2 Gulden,
Januar 1936 bei 24 000 Hörern 2 Gulden,
Januar 1937 bei 40 000 Hörern 1 1/2 Gulden.

Zuerst baute die NIROM mehrere kleine Sender in verschiedenen Orten. Am Ende 1934 waren schon 16 Stationen im Betrieb, und Ende 1935 arbeiteten 22 Rundfunkstationen. Jetzt sind es 24, wovon 17 ein europäisches Programm aussenden und 7 mit der Sendung für Eingeborene betraut sind.

Die 6 größeren Sender, die auf Kurzwellen und einer Grenzwellen arbeiten, sind überall im Archipel gut hörbar, außerdem dienen 16 Stationen für lokale Zwecke, die verschiedene Wellen zwischen 90—200 Meter im Grenzwellengebiet benutzen. Ein Teil der gewählten Wellen (zwischen 90—130 m) wird auch außerhalb des lokalen Hörkreises gut empfangen und eignet sich deswegen auch für Landschaftsrundfunk. Die meisten Hörer können also mehrere NIROM-Stationen empfangen und nach Tagesstunde und Jahreszeit die besten auswählen.

Im September 1937 war eine Zahl von 50000 Hörern erreicht, monatlich kommen etwa 1000 Hörer dazu. Von den Hörern sind jetzt 60% Europäer, 23% Eingeborene und 17% Asiaten.

Den Ansprüchen aller Hörer gerecht zu werden, ist kaum lösbar in einem Lande mit so großen Unterschieden in der Bevölkerung. Der Eingeborene liebt sehr die orientalische Musik, wovon der Gamelan am meisten bekannt ist. Charakteristisch ist der Klang der bronzenen Gongs, die in verschiedener Größe und Tonhöhe in javanischen Orchestern gebraucht werden. Die jüngere Generation der Eingeborenen hört jedoch auch gern europäische Musik.

Die NIROM sendet etwa 10 Stunden pro Tag, wovon 75% auf Musik entfallen. Die europäischen Programme werden hauptsächlich von Batavia, bisweilen auch von Surabaya, Bandung oder Semarang bestritten. Die orientalischen Programme werden von Surabaya und Batavia oder Bandung gesendet, bisweilen auch von Djokjakarta oder Surakarta. — Täglich sind 1200 km Telephonleitung für das europäische Programm und 750 km Telephonleitung für das orientalische Programm im Betrieb.

Neben den NIROM-Sendern werden im Kurzwellengebiet sehr viele ausländische Stationen in Niederländisch-Indien empfangen. Wir erwähnten schon den holländischen PHOHI-Sender mit seinem Weltrundfunk, besonders erfreuen sich die Weltsender Daventry, Zeesen und Radio-Paris-Coloniale bei den Kurzwellenliebhabern einer großen Aufmerksamkeit. Alle diese Sender benutzen auch mehrere Wellenlängen, doch der gute Empfang ändert sich oft mit der Tageszeit. Die besten Wellenlängen liegen in den 16- und 19-m-Bändern. Auch viele näherliegende Sender in Ostasien sind am Nachmittag und am Abend hörbar. Am besten sind Hongkong und Manila zu empfangen, außerdem noch einige australische Stationen. Nach Mitternacht sind viele europäische 25-m-Sender gut hörbar, zu denen auch noch gut durchdringende südafrikanische Sender kommen. In den frühen Morgenstunden kann man amerikanische Sender auch in den 31- und 49-m-Bändern empfangen, die den internationalen Chor ergänzen, an dem viele Niederländisch-Indische Rundfunkamateure ihre Freude erleben.

HABIBUR RAHMAN (Delhi): Rundfunkwesen in Indien

Der Verfasser ist ein führender indischer Journalist und seit langem Vertreter einer großen Anzahl von Zeitungen seines Heimatlandes in Berlin.

Stellt man einen Grundsatz für den Stand des Lebens und Treibens im Orient auf, so erkennt man, daß sich der Orient und damit auch Indien nach dem Weltkrieg erneuert haben. Man kann seit dieser Epoche eine bedeutende Entwicklung und Technisierung auf allen Gebieten beobachten. Um sich nur auf die indischen Reiche zu beschränken, muß zugegeben werden, daß Indien vor der englischen Fremdherrschaft eines der reichsten Länder des ganzen Erdballes war. Von der Natur mit allen Reichtümern gesegnet, hat Indien der westlichen Zivilisation wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dagegen ist aber die hohe Kultur Indiens noch heute auf Schritt und Tritt zu finden, besonders in den Wunderwerken der Baukunst. Die Technik, die für die indische Bevölkerung notwendig war, ist auch vorhanden gewesen. Die Geschichte Indiens, rein objektiv betrachtet, beweist uns hohe indische Industrie vor der Fremdherrschaft. Es ist heute klar, daß die englische Herrschaft systematisch die hochentwickelte Industrie lahmgelegt hat. England nahm die indischen Rohstoffe aus dem Lande, ließ sie in Lankershire und Manchester verarbeiten und führte nun die fertigen Textilwaren wieder in Indien ein. Durch diese Aktion zerschlug England z. B. die in hoher Blüte stehende Textilindustrie in Dacca (Bengalen).

Es wird versucht in der ganzen Welt die Meinung zu erwecken, daß England die so notwendige Industrialisierung Indiens in jeder Weise fördere. Dieses wird auch in einem gewissen Sinne zugegeben, aber die Eisenbahnen und Post sowie die Luftlinien und Telegraphenstationen dienen in erster Linie den Zwecken, die Beförderung der Rohmaterialien sowie die Truppentransporte bei vorkommenden Unruhen sicherzustellen. Wie die Luftwaffe arbeitet, hat man bei den jüngsten Ereignissen in Indien gesehen. Die von englischer Seite angeführten Neueinrichtungen auf technischem Gebiete berühren stark englische Interessen und Investierung des ausländischen Kapitals. Nach den neuesten Angaben in dem Buch „Poverty and Kinderd Oeconomic Problems in India“ von G. Findlay Shirras sind folgende statistische Zahlen verzeichnet:

1088,2 Millionen Pfund ausländisches Kapital sind in Indien investiert. Dieses Kapital ist angelegt in der Textil- und Juteindustrie, in Straßenbahnen, Eisenbahn usw. Weitere Kommentare erübrigen sich. Alle die erwähnten Tatsachen illustrieren, warum die Industrie in Indien heute noch in den Anfangsgründen steckt.

Ein weiterer Faktor ist auch die grenzenlose Armut des indischen Volkes. Trotz allen Betrachtungen ist Indien, das eine Fläche von 4 684 298 qkm umfaßt und eine Bevölkerungszahl von 353 Millionen aufweist, ein guter Boden zur modernen Industrialisierung. Damit ist auch die Möglichkeit nahe gerückt, daß der Rundfunk eine weitgehendste Verbreitung finden dürfte. Der Rundfunk hat eine besondere Chance aus dem einfachen Grunde, weil Indien ein Land der Analphabeten ist. Die statistischen Zahlen bringen den Beweis, daß von der Gesamtbevölkerung nur der

geringe Prozentsatz von 8% des Lesens und Schreibens kundig ist. In diesen 8% sind natürlich solche einbegriffen, die gerade nur ihren Namen schreiben können. Das Analphabetentum ist auch schuld daran, daß Indien heute noch nicht politisch reif ist. Es gibt genügend Zeitungen in Indien sowie Bücher und Literatur auf jeglichem Gebiet, es fragt sich aber, ob die 8% der lesekundigen Bevölkerung eine Bedeutung für das so ausgedehnte Gesamtgebiet besitzen. Aus diesem Grunde veranstaltet die größte indische politische Partei „The All India National Congress“ Massenkundgebungen, um durch diese Versammlungen die Ideen und Wünsche des Kongresses unter die Massen zu bringen. Auf dieser Basis ist es allein vorläufig möglich, dem Volke zu der so nötigen nationalen Erziehung und Schulung behilflich zu sein.

Es ist sehr wichtig, die indische Bevölkerung in ihren Schichten zu analysieren. In der letzten Zeitspanne von 10 Jahren ist die Bevölkerung um 10,6% gestiegen. 57% der Gesamtbevölkerung ernährt sich durch Landwirtschaft und Viehzucht, denn Indien ist ein ausgesprochenes Agrarland; es ist das Land der Dörfer, man findet Dörfer von geringster Flächengröße und kleinster Einwohnerzahl, die völlig von der Außenwelt isoliert sind. Die landwirtschaftlichen Geräte sind noch so primitiv wie vor undenklichen Zeiten. Das Ackerland des indischen Bauern erhält keinerlei Pflege durch Dung, und die Bearbeitung ist so unvollkommen, daß die Ernte erheblich darunter leidet. 9,7% der Bevölkerung sind in der Industrie beschäftigt, 5,4% treiben Handel und 1,5% arbeiten im Verkehrswesen.

Wenn also der Rundfunk eine allgemeine Einführung in Indien finden sollte, so müßte vor allen Dingen die Landbevölkerung berücksichtigt werden. Die Bauern, die weder bildungsmäßig noch finanziell in der Lage sind, eine Zeitung zu lesen, sehen ihr einziges Vergnügen darin, nach getaner schwerer Tagesarbeit auf einem Platze im Freien, bei kaltem Wetter um ein Feuer gelagert, im Kreise ihrer Familien und Freunde, die beliebte Wasserpfeife „Hukka“ zu rauchen. Ihre Informationen über das Geschehen außerhalb ihres Dorfes erhalten sie von den Wanderern, die zu Fuß das Land durchstreifen und in jedem Dorfe haltmachen, um gleichfalls am Feuer zu lagern und einen Zug aus der begehrten Wasserpfeife zu tun. Als Dank dafür erwartet man von dem Fremdling, daß er über seine Erlebnisse und Ereignisse des Landes berichtet. Daß durch diese Erzählung mitunter die tollsten Gerüchte zustande kommen, läßt sich denken. Aus diesem Grunde ist es ein Haupterfordernis für die Landbevölkerung, den Rundfunk allgemein zu verbreiten, damit sie ihre Informationen unverfälscht erhalten. Bis 1931 hatten private Unternehmer einen Rundfunkbetrieb unterhalten, dann hat die indische Regierung die Organisation des Rundfunks unter dem Namen „All India Radio“ übernommen.

Zuerst stieß die Einführung des Rundfunks bei der Landbevölkerung auf einen gewissen Widerstand. Als aber dem Bauer mit der Zeit zum Bewußtsein kam, daß dieser sprechende Kasten kein Dämon ist, sondern die Stimme seiner Führer vermitteln konnte, als der Bauer Musik hörte, die er sehr liebt, da verschwand die Skepsis und verwandelte sich allmählich in Vertrauen. Es blieb nur noch die eine Frage offen, wie man das Programm zusammenstellen sollte, damit der Bauer für den Rundfunk erobert würde. Die größte Schwierigkeit liegt hier auf sprachlichem Gebiet. Wenn es auch übertrieben ist, daß Indien mit seinen 225 Sprachen einen Wirrwarr bildet, so gibt es doch keine Einheitssprache, die in ganz Indien ver-

standen und gesprochen wird. Die wichtigsten Hauptsprachen sind Hindustani, Bengali, Gujra, Gurmuka, Andrat, Marhatta, Tamil. Es ist aber doch die Möglichkeit vorhanden, daß man Rundfunkübertragungen in Hindustani ausführen kann, da diese Sprache als eine Mischsprache von verschiedenen Sprachen fast von allen Indern verstanden wird. Es gibt aber noch genügend technische Schwierigkeiten, welche nicht zu übersehen sind.

Trotz dieser vielen Hemmnisse werden alle Versuche unternommen, Indien in kürzester Frist rundfunkreif zu machen. Es werden überall neue Sender errichtet. Über die Stärke und Zahl der Sender hat man aber vorläufig noch kein genaues Bild, da sich die Einführung des Rundfunks erst im Anfangsstadium befindet. Auch die Frage der Organisation des Rundfunks wird von verschiedenen Meinungen beherrscht. Die bekannte indische Zeitung „Amrita Bazar Patrika“ (Kalkutta) machte der indischen Regierung harte Vorwürfe, daß sie sich wenig um die Einführung des Rundfunks kümmere und zitierte:

„Deutschland ist stark bestrebt, allen Bevölkerungsschichten das Radio zugänglich zu machen. Es ist eine Volksangelegenheit. Dr. Goebbels hat bei der Eröffnung der Radioausstellung in Berlin proklamiert, daß er den Volksempfänger einführen wird, welcher 51½ Pfund kosten solle. Sein Ziel ist, die Zahl der Hörer des Deutschen Reiches stark zu erhöhen.“

Die Zeitung schreibt weiter, wann denn eigentlich die verantwortlichen indischen Stellen zu der allgemeinen Volksbildung beitragen werden! Die Einführung des Rundfunks wird auch deshalb bekämpft, weil die verschiedensten Untersuchungen und Experimente auf Kosten des indischen Steuerzahlers vorgenommen werden. Die Presse behandelt diese Angelegenheit als eine akute und schreibt, daß Indien sich solche Extravaganzen nicht leisten könne. Die „All India Radio“ ist auf indischem Kapital basiert, und es sei die höchste Zeit, daß indische Sachverständige die Angelegenheit in die Hand nehmen. — Der Verfasser dieses zitierten Aufsatzes, Prof. E. Meghnad Saha F.R.S., hat die indische Regierung aufgefordert, Gegenbeweise zu bringen, daß seine Angaben nicht stichhaltig wären.

Diese Hemmungen durch die falsche Organisation hindern aber nicht, daß sich der Rundfunk in den verschiedenen Provinzen doch behauptet. Nach den Angaben vom 25. April 1937 wurden in der Ratsversammlung des indischen Parlamentes verschiedene Anfragen beantwortet. Für die Errichtung von drei Stationen wurden im Jahre 1935/36 rund 838 000 Rs. = Reichsmark gewährt. Die Stärke der Stationen sind: Kalkutta mit 22 kW, Delhi mit 20 kW, Bombay mit 2 kW. Der Rundfunk hatte einen Verlust von 165 710 Rs. im Jahre 1930/31 und im Jahre 1931/32 einen Verlust von 109 506, während im Jahre 1932/33 ein Gewinn von 80 649 Rs. zu verzeichnen ist. Die Ergebnisse 1933/34 stehen noch aus. Es sind Versuche in die Wege geleitet worden, eine Verbilligung für die Hörer zu gewähren. Das Indische Post and Telegraphs Departement hat die Ermäßigung der Gebühren bis Ende 1938 verlängert, und zwar sind anstatt 10 Rs. nur 8 Rs. pro Jahr zu zahlen. Nach dem neuesten Stande, ungefähr Ende des Jahres 1937, sehen einige Sender folgendermaßen aus: Zwei Radiostationen mittlere Welle von 5 kW, Sender Lahore — Kurzwelle 10 kW, Sender Delhi — bereits seit 16. Dezember 1937 in Betrieb.

Der Lahore-Sender wird mit einer Welle von 276 m arbeiten, der Delhi-Sender

mit 86 m. Es sind verschiedene Untersuchungen im Gange, deren Ergebnisse noch abzuwarten sind. Augenblicklich ist geplant, daß ein Sender auf mittlerer Welle sowie einer auf kurzer Welle in Madras im April 1938 in Betrieb kommen soll, gleichzeitig sollen je ein Mittelwellensender in Trichnopoly und Dacca Ende 1938 in Betrieb genommen werden. Kalkutta soll ebenfalls im Juni 1938 einen Kurzwellensender bekommen, in Lucknow ist ferner ein Mittelwellensender geplant.

Die Wellenlänge des Senders in Bombay ist geändert worden, und zwar wegen Überlagerungen mit indischen Sendern. Nach den Untersuchungen hat man beschlossen, Bombay eine Wellenlänge von 244 m zu geben, welche seit 15. November 1937 arbeitet. Der Delhi-Sender arbeitet nach dem letzten Stand vom 16. Dezember 1937 mit 10 kW und einer Länge von 493 m. Nach den neuesten Informationen haben die drei Fürstenstaaten Hyderabad, Mysore und Gwalior „All India Radio“ gebeten, ihnen bei der Durchführung des Rundfunkprogrammes behilflich zu sein und sie entsprechend zu beraten.

Die Stärke der Rundfunksender am 25. April war folgendermaßen festgesetzt:

Lahore	100 kW
Madras	200 kW
Peschawar	250 kW
Madras	150 kW
Deradun	100 kW
Hyderabad	weniger als 1 kW.

Die Zahl der ständigen Hörer betrug in der Zeitspanne vom 1. März 1935 bis 29. Februar 1936 etwa 27042. Nach den neuesten Informationen von offiziellen Stellen in Neu-Delhi hat sich die Hörerzahl im September 1937 ganz erheblich gesteigert, und zwar auf 47771.

Seit Anfang 1938 sind Bestrebungen zur Einführung des Kurzwellensenders in Indien im Gange. Mr. L. Fielden, der Kontrolleur des „All India Radio“ hat im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen eine Rede gehalten, in welcher er die Notwendigkeit des Kurzwellensenders in Indien darlegte. Dieser ausländische Sachverständige gibt bekannt, daß die in Europa verwendeten Mittelwellensender für Indien zu kostspielig seien und man in Indien nur den Kurzwellensender einführen könne. Außerdem herrschen in den Sommermonaten solche Störungen, daß ungeheure Energien verwendet werden müßten, die einen enormen Geldaufwand erforderlich machten. Dazu kommt die technische Schwierigkeit: Es ist nicht möglich, eine Verständigung z. B. mit Madras und Peschawar herbeizuführen. Deswegen sei es ratsam, die Kurzwellenlänge zwischen 50 und 100 m einzuhalten.

Die indischen Nationalisten haben nach dieser Rede Mr. Fielden scharf angegriffen und ihm den Vorwurf gemacht, daß er zuerst die B. B. C. Transmitter erkaufte und nun den Versuch macht, Kurzwellenempfänger in den indischen Markt einzuführen, damit die englischen Geschäfte florieren. Es ist bekannt, daß die meisten Kontrakte zur Errichtung des Radio von der Marconi-Gesellschaft übernommen werden.

Das Programm der verschiedenen Sender ist nicht so mannigfaltig wie in Europa. Das Programm von Kalkutta, Delhi, Bombay sowie das Daventry-Programm (britisch) sieht ungefähr so aus:

8 Uhr morgens, Gesang,
 9.10 Uhr, Nachrichten in Englisch und dann in Hindustani-Sprache.
 Anschließend Gesang und Musik, dann wieder Gesang und indische Musik.
 Verschiedene Reden durch indische Frauen.
 2.30 Uhr, Zeitsignal. — Bis 5 Uhr Pause.

Delhi-Programm:

Englisches Konzert, Heilige Sikh-Musik,
 8 Uhr, eine Debatte in Hindustani-Sprache,
 8.15 Uhr, Gesangsdarbietungen,
 9.15 Uhr, Nachrichten und Wetterberichte in Hindustani-Sprache,
 9.30 Uhr, Nachrichten und Wetterberichte in englischer Sprache.
 10 Uhr, englischer Vortrag. Anschließend Gesang.
 10.55 Uhr, letzte Nachrichten. Schluß.

Dieses Programm wird fast von allen Sendern gesendet.

Daventry:

Früh 7.45 Uhr, musikalische Darbietungen, Nachrichten, Zeitangabe nach Greenwich. Musik, Nachrichten usw. Schluß abends 11.45 Uhr.

HANS FALCK:

Der Rundfunk in der Türkei

Der Verfasser lebt seit langen Jahren in der Türkei und ist ein ausgezeichnete Kenner der politischen und kulturellen Verhältnisse des Landes. Seine Analyse ist die erste umfassende Darstellung über den türkischen Rundfunk.

Es ist leicht, auf knappem Raume einen Überblick über den technischen Stand des Rundfunkwesens in der Türkei zu geben — bis heute sind die beiden Sender Istanbul und Ankara vorhanden —, aber außerordentlich schwer, eine sozial-psychologische Studie über die Hörerschaft und das Programm des türkischen Rundfunks zu schreiben. Die neue Türkei ist das Werk des Kamalismus, und er ist auch der Wegbereiter für den Rundfunk gewesen. Mit klarem Blick erkannte Atatürk von Anfang an die hohe kulturelle Sendung, die dem Rundfunk im Dienste der Völkerverständigung zukommt. Aber zunächst fehlte es an fast allen technischen Voraussetzungen, um die Ziele und Bestrebungen der jungen Republik, die erst nach dem siegreichen Ausgange des Freiheitskampfes von dem stets mit Unheil geschwängerten Hintergrunde der überwundenen Zeit des Osmanischen Reiches klar hervortraten, über die Ätherwellen dem eigenen Volke und der Welt zu verkünden. Der gewaltige Umbruch, den die Revolution Atatürks auf allen Gebieten einleitete und der in einer radikalen Abkehr von der zum Untergang führenden Vergangenheit seinen sichtbarsten Ausdruck fand, konnte nicht von heute auf morgen zum Abschluß kommen, sondern mußte in vielen Einzelabschnitten verwirklicht werden. Die Türkei hat heute nach vierzehnjährigem mühevollen Wirken eine Grundlage geschaffen, auf der sie — gefestigt nach außen und innen — die für die kommenden Generationen entscheidenden Erziehungsreformen der Jugend mit Umsicht und ohne Überstürzung aufbauen kann.

Der junge türkische Staat fußt auf keiner Tradition, denn Anatolien — sein Kernstück — war im alten Osmanischen Kaiserreich nur eine Provinz neben vielen anderen, wenn auch seine Bevölkerung am meisten ihr Blut und Gut für den Bestand dieses morschen Staatsgebildes geopfert hat. Heute ist das Kennzeichen der neuen Türkei ihre nationale Geschlossenheit und ihre von allen Fesseln befreite Souveränität. Erst jetzt ist die Türkei auf Grund ihrer geographischen Lage zum wirklichen Mittler zwischen dem Orient und dem Okzident geworden.

Von dieser Warte aus gesehen, leuchtet es ohne weiteres ein, daß dem türkischen Rundfunk ein großes Feld schöpferischer Betätigung beschieden ist. Doch bevor diesen hochgespannten Erwartungen in jeder Hinsicht Rechnung getragen ist, wird sicherlich noch eine gewisse Zeit verstreichen. Zunächst gilt es, den Rundfunk technisch so leistungsfähig auszubauen, daß er überall ohne Schwierigkeiten eingesetzt werden kann. Das ist jedoch leichter gesagt als getan.

Obwohl die türkische Republik rund eineinhalbmal so groß wie Deutschland ist, genügen diese beiden Stationen durchaus den Erfordernissen und Ansprüchen des Landes, denn ganz abgesehen davon, daß große Strecken Inneranadolien sehr dünn besiedelt sind (nach der jüngsten Volkszählung hat die Türkei rund 16 bis 18 Millionen Einwohner), fehlen vorläufig in vielen Gegenden überhaupt noch die Vorbedingungen zu einem Massenempfang. Zwar nimmt in dem neuen Fünfjahresplan die Elektrifizierung des Landes die erste Stelle ein, aber ehe das umfangreiche Programm nicht vollständig zum Abschluß gebracht worden ist, kann an eine wirklich intensive Werbung für den Rundfunk gar nicht gedacht werden. Auf Grund dieser Zwangsläufigkeiten sind einstweilen auch die Ausnutzungsmöglichkeiten verhältnismäßig beschränkt. Außerdem waren bis vor wenigen Monaten Gesetzesbestimmungen in Kraft, die in keiner Weise den letzten Errungenschaften der Rundfunktechnik gerecht wurden. So war es beispielsweise Ausländern nicht erlaubt, eine Außenantenne zu besitzen.

Einen wesentlichen Fortschritt stellt das neue Rundfunkgesetz vom 9. Juni 1937 dar. Aus den allgemeinen Bestimmungen sind folgende von besonderer Bedeutung:

Laut Beschluß des Ministerrates kann die Regierung jederzeit die Besitzer von Rundfunkanlagen einschließlich der Hochantennen und aller übrigen Ersatzbestandteile auffordern, diese außer Betrieb zu setzen oder gegen Empfangsbestätigung vorübergehend dem Staate zu übergeben. — Die Inbetriebnahme von drahtlosen Sendestationen ist allein den Behörden und den öffentlichen Anstalten vorbehalten, doch bedürfen auch sie zum Betriebe dieser Anlagen eine Genehmigung des Ministerrates.

Wie über das gesamte Schriftwesen, so übt der Staat auch über den Rundfunk die oberste Kontrolle aus. Besondere Rundfunkgesellschaften gibt es in der Türkei nicht. Die beiden Sender in Istanbul und Ankara — vor einem Jahre gehörte der Istanbul Sender noch einer Privatgesellschaft — unterstehen unmittelbar dem Ministerium für öffentliche Arbeiten. Obwohl die Gebühren für den Empfang sehr niedrig sind — jährlich 10 Türk-Pfd. (20 Reichsmark) in der Stadt und 5 Türk-Pfd. (10 Reichsmark) auf dem Lande —, ist die Zahl der Hörer keineswegs sehr groß. Infolge des Fehlens jeglicher Organisation lassen sich genaue Angaben überhaupt

nicht ermitteln. Die Schätzungen schwanken zwischen 30000 bis 50000. Dieser erstaunliche Unterschied ist in erster Linie durch die Schwarz Hörer bedingt. — Der türkische Markt ist für Rundfunkapparate noch außerordentlich aufnahmefähig, denn eine eigene Rundfunkindustrie ist nicht vorhanden, aber trotzdem sind dem Absatz in Anbetracht der Armut der überwiegend ländlichen Bevölkerung in absehbarer Zeit Grenzen gezogen, zumal, wie bereits an anderer Stelle ausgeführt wurde, die technischen Voraussetzungen für den Empfang noch sehr viel zu wünschen übriglassen. Infolge hoher Zollabgaben lagen bis vor kurzem die Preise für die Apparate bedeutend höher als beispielsweise in Deutschland. Erst in letzter Zeit ist auf Grund neuer gesetzlicher Bestimmungen ein Wandel zugunsten der Käufer eingetreten. Dennoch ist im allgemeinen für die große Masse des Volkes ein Radioapparat immer noch ein Luxusgegenstand.

Und nun ein Wort über die Programmgestaltung. Die großen Richtlinien für die Sendungen werden von einer besonderen Abteilung im Innenministerium ausgegeben. Aber da zwischen dem „Sender“ und dem „Empfänger“ nur eine lose Fühlung besteht, so ist gegenwärtig noch nicht die Gewähr einer fruchtbaren Zusammenarbeit vorhanden. Die Führung liegt ausschließlich in den Händen der staatlichen Organe, die Abonnenten haben nur selten die Initiative ergriffen. Dieser eigenartige Tatbestand mag vielleicht auf den ersten Blick hin überraschen, er ist jedoch letzten Endes nichts anderes als ein Kennzeichen der gesellschaftlichen und bildungsmäßigen Schichtung des türkischen Volkes.

Da Istanbul trotz der Verlegung der Hauptstadt nach Ankara immer noch die einzige wirkliche Großstadt (700000 Einwohner) und das maßgebende Handelszentrum der Türkei ist, so ist es kein Wunder, daß die Istanbuler Bevölkerung rund 65% der gesamten Hörerschaft des Landes stellt. Erst in weitem Abstände folgen Ankara und Izmir (Smyrna). Izmir ist zwar die zweitgrößte Stadt der Republik, kulturell aber bedeutungslos, so daß sein Einfluß auf die Entwicklung des Rundfunks nicht in Betracht kommt.

In Istanbul überwiegt zwar das türkische Element, doch trägt die Stadt stark ausgeprägte levantinische Züge. Neben den sogenannten Levantinern, die durchweg französisch eingestellt sind, spielen Griechen und Armenier eine nicht zu unterschätzende Rolle. Hinzukommt der Umstand, daß die nicht rein türkischen Kreise vielfach sehr vermögend sind und im Gegensatz zu den Türken durchweg über einen Radioapparat verfügen. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren ergibt sich, daß die Programmgestaltung des Istanbulers Senders auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, da innerhalb der Hörerschaft sich vielfach überschneidende Kulturströmungen vorhanden sind. Die unterschiedlichen Ansprüche vollauf zu befriedigen, ist praktisch ganz ausgeschlossen. Infolgedessen verlegte sich die Leitung des Istanbulers Senders auf das Experimentieren. Sicherlich ließe sich diese Lösung für eine gewisse Zeit rechtfertigen, aber auf die Dauer ist sie weder wünschenswert, noch trägt sie dazu bei, das künstlerische Niveau zu heben. Da aber bis heute das Problem der Programmgestaltung nicht einwandfrei geklärt ist, so setzt sich zwangsläufig immer stärker das seichte Repertoire durch, das, teilweise sogar schlecht wiedergegeben, auf lange Sicht gesehen, verhängnisvolle Auswirkungen zeitigen muß.

Nur ein Grund schwächt dieses Urteil ab: das ist die Tatsache, daß der junge Staat im Zuge der Angleichung an die europäische Kultur und Zivilisation in künst-

lerischer Hinsicht gerade der abendländischen Musik den Weg bereiten wollte. Aber er übersah in seiner Reformfreudigkeit den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen orientalischer und okzidentaler Musik. Die übergangslose Abkehr von der Vergangenheit hätte zur Not verantwortet werden können, wenn genügend geschulte Kräfte vorhanden gewesen wären, um diesen Umbruch dem Volke verständlich zu machen. In Ermangelung dieser Vorbedingungen setzte dann auch eine Reaktion aus den Kreisen der Hörer ein, so daß die Rundfunkleitung gezwungen war, den Rückzug anzutreten. Das wichtigste Zugeständnis bestand in der Aufhebung des Verbotes türkischer Musik. Allerdings nimmt sie heute nicht mehr die vorherrschende Stellung ein, doch bestreitet sie immer noch einen großen Teil der Sende- folge. Dieses Abweichen vom ursprünglichen Wege fällt um so mehr ins Gewicht, als die Sendezeit im ganzen nur 5 bis 6 $\frac{1}{2}$ Stunden täglich beträgt. Vormittags und nachmittags ist Funkstille. Schon allein diese Tatsache hindert den Istanbuler Sender — das gleiche gilt auch für den noch schwächeren Ankara-Sender —, mit den großen europäischen Stationen in Wettbewerb zu treten. Hinzukommt, daß der Auslandsempfang in allen Jahreszeiten (abgesehen vom Hochsommer) durchweg gut ist. Zieht man außerdem in Betracht, daß von den schätzungsweise 18 000 bis 22 000 Besitzern von Rundfunkapparaten in Istanbul gut ein Drittel Ausländer und Levantiner sind, die niemals regelmäßig den Ortssender einschalten, dann erkennt man, daß im Bereich des türkischen Rundfunks noch sehr viel Brachland vorhanden ist.

Die Hauptschuld an diesem Zustand trägt zweifellos das Fehlen jeglicher Organisation der Hörschaft und die erschreckende Eintönigkeit des Programms. Trotz wiederholter Wechsel in der Leitung vermißt man noch immer einen zielbewußten künstlerischen Willen zu schöpferischer Arbeit und nationaler Prägung. Dieser Sachverhalt ist zum großen Teil dadurch bedingt, daß in der Türkei erst in der jüngsten Zeit Bestrebungen einsetzten, den künstlerischen Nachwuchs nach einheitlichen und allgemein gültigen Richtlinien auszubilden. Die neue, unter staatlicher Aufsicht stehende Schauspiel- und Opernschule in Ankara ist ganz nach europäischem Vorbild aufgezogen. Das gleiche gilt für die Konservatorien in Istanbul und in der Landeshauptstadt.

Das alte türkische Theater kommt für den Rundfunk als aufbauendes Element nur in ganz beschränktem Maße in Betracht, denn seine Entwicklung unterscheidet sich wesentlich von dem Werdegang der abendländischen Bühne. Allerdings erfreut sich das türkische Volksschauspiel (eine Oper im europäischen Sinne gibt es nicht) noch immer einer großen Beliebtheit, und dieser Umstand hemmt auch bis zu einem gewissen Grade den Werbefeldzug für den Rundfunk. Jedoch ist ein ernster Wettstreit zwischen beiden ausgeschlossen, da die Waffen nicht nur ungleich verteilt sind; türkisches Theater und Rundfunk können sich sehr wohl in ihren volkerzieherischen Aufgaben ergänzen.

Auch der Film scheidet als Konkurrent aus. Da es in der ganzen Türkei kaum 35 Lichtspielhäuser, von denen allein 10 bis 12 auf Istanbul entfallen, gibt, so ist von vornherein sein Wirkungsfeld äußerst begrenzt. Dagegen ist das „Kaffeehausleben“ — das Besucherkontingent wird ausschließlich von Männern gestellt — für den häuslichen Rundfunk eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Man muß dabei bedenken, daß die meisten Besitzer dieser kleinen und armseligen Gast-

stätten nicht in der Lage sind, sich einen Radioapparat anzuschaffen, so daß auch die mittelbare Rundfunkpropaganda ausschaltet.

Die Möglichkeit, einer national-türkischen Rundfunk ins Leben zu rufen, liegt angesichts der Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse noch in weiter Ferne. Dieser Wunsch kann erst in dem Augenblick in Erfüllung gehen, wenn die kamalistische Revolution auch die letzte Spur einer den völkischen Grundsatz verleugnenden Epoche ausgelöscht hat. Die vordringlichste Aufgabe der Leitung des türkischen Rundfunks besteht im Augenblick darin, das Programm so zu gestalten, daß es keinen Vergleich mit dem Auslande zu scheuen hat. Gegenwärtig entspricht das Programm der beiden türkischen Sender kaum den Bedürfnissen der Hörerschaft. (Es ist zu bemerken, daß sich sowohl Istanbul als auch Ankara ganz selten einer europäischen Ringsendung anschließen.) In erster Linie werden Schallplatten gegeben; hinsichtlich der Auswahl könnte man noch eine größere Sorgfalt walten lassen. Außerdem spielt abends ein kleines Kammerorchester. Wetterdienst, politische Tagesneuigkeiten und Börsenmeldungen bestreiten den „aktuellen Teil“. Ferner werden mehrmals in der Woche deutsche, französische oder englische Sprachkurse abgehalten. Übertragungen von politischen oder anderen bedeutsamen Reden finden nur bei ganz besonderen Anlässen statt; erst in der letzten Zeit wendet man in zunehmendem Maße volkserzieherischen Vorträgen das ihnen gebührende Interesse zu. Auch der Pflege des türkischen Schauspiels schenkt man immer größere Beachtung.

Die Lücken, die das türkische Rundfunkprogramm im Vergleich zu den europäischen Sendern aufweist, werden sicherlich eines Tages ausgefüllt, doch fehlt es im Augenblick an den erforderlichen finanziellen Mitteln. Die bestehenden Mängel etwa mit der Kurzsichtigkeit der verantwortlichen Organe zu erklären, hieße den Geist der neuen Türkei völlig verkennen. Die Schwungkraft des kamalistischen Systems liegt gerade darin, daß es sich aller neuzeitlichen Errungenschaften bedient oder bedienen möchte, um die Ideen der nationalen Revolution dem Volke zu verkünden. Wären die technischen Voraussetzungen für die Verbreitung des Rundfunks gegeben, so würde das Reform- und Aufbauwerk der Regierung in Anbetracht der Tatsache, daß es heute noch in der Türkei eine große Anzahl von Analphabeten gibt, außerordentlich erleichtert werden. Angesichts der im Lande vorhandenen großen kulturellen und sozialen Gegensätze kann der Rundfunk nur dann für sich selbst werben, wenn er dem stark unterschiedlichen Aufnahmevermögen seiner Hörer Rechnung trägt.

Aus diesem Grunde dürfte es ratsam erscheinen, wenn den beiden Sendern ganz bestimmte und fest abgegrenzte Aufgabenbereiche übertragen würden. Bestrebungen in dieser Richtung sind bereits im Gange. Da Istanbul — wie schon erwähnt — einen durchaus kosmopolitischen Charakter trägt, und das rein nationale Ankara das Sinnbild der jungen Republik ist, liegt es nahe, den Sender am Goldenen Horn zum Sprachrohr der Türkei für das Ausland zu machen. Dagegen könnte sich die Tätigkeit des Senders in der Hauptstadt vornehmlich auf die innerstaatliche Angelegenheiten konzentrieren.

Anmerkung: Vor kurzem wurde ein neuer 120 kW-Longwellensender und ein 20 kW-Kurzwellensender in Auftrag gegeben.

Fünf Jahre Deutscher Kurzwellensender

Das Wirken unseres Kurzwellensenders richtet sich grundsätzlich über die Reichsgrenzen hinaus, er spricht zu jenen 30 Millionen Deutschen, die in allen Kontinenten und Zonen verteilt sind, ihnen ist er die „Stimme Deutschlands“. Wer einmal im Auslande war und sich dort umhörte, konnte feststellen, wie eng verbunden die Hörer mit „ihrem“ Sender sind, wie der Kurzwellensender zu einem Begriff geworden war, der ein außerordentliches Aktivum unserer gesamten Auslandsarbeit darstellt.

Vom August 1929 bis zum Jahre 1932 führte Deutschland mit einem 5-kW-Sender einen Versuchsbetrieb durch, um zunächst einmal Erfahrungen über Reichweiten, Empfangsmöglichkeiten, Reagenz der unbekannten Hörerschaft usw. zu sammeln. 1932 wurde der erste Richtstrahler — bis dahin arbeitete man mit weit weniger wirksamen Rundstrahlern — nach Nordamerika eingesetzt, wodurch eine Reihe neuer Arbeitsunterlagen gewonnen wurden. Mit dem 1. April 1933 begann dann die Periode des systematischen Programmbetriebes, der in die Hände des früheren Intendanten des Reichssenders München, Dr. Kurt von Boeckmann, gelegt wurde.

Nach den ersten fünf Jahren erklärt der Intendant: „Alles dies ist nur ein Anfang, es wurde nur der große Rahmen geschaffen, dessen Felder immer reicher zu beleben sind.“ Das zeigt eine klare Erkenntnis der Aufgaben und Zukunftsmöglichkeiten und eine große Bescheidenheit, denn der Sender ist in den ersten fünf Jahren mit einer vorbildlichen Systematik organisiert worden. Es wurde zunächst der Rundfunkraum der Welt in sechs Zonen eingeteilt, die nach den Gesichtspunkten der günstigsten Empfangszeit in der herrschenden Verkehrssprache mit Programmen versorgt wurden. Diese Grundlage für alle weitere Arbeit wurde in Gemeinschaft mit der Deutschen Reichspost geschaffen, die den technischen Aufbau durchführte. (Den schönsten Beweis für den gelungenen Aufbau brachte der Großeinsatz des Kurzwellensenders während der Olympischen Spiele.) Nach der Gliederung in Sendezonen mußten für die Programmgestaltung zunächst einmal völlig neue Grundsätze gefunden werden, deren psychologische Bedingungen ganz anders sind als für den innerdeutschen Hörer. Es lagen für eine solche Arbeit keinerlei Erfahrungen vor, sie konnten nur aus Analogieschlüssen von Beobachtungen allgemeiner Art und aus den Hörerzuschriften gewonnen werden. Auch hier mußte eine bis ins letzte intensivierte Kleinarbeit einsetzen, deren Früchte sich heute deutlich zeigen. So wie die Menschen in anderen Zonen sich anders entwickeln, so bildete sich nach diesen Menschen ausgerichtet neue Programmformen, die in den nächsten Jahren immer eingehender nach rundfunkpsychologischen Gesetzen gestaltet werden.

Vergessen wir dabei nicht die Schwierigkeiten, die zu erkennen und zu überwinden waren. Der Kurzwellensender steht mit jeder einzelnen Darbietung in schärfster Konkurrenz zu den Programmen der Kurzwellensender anderer Staaten. Aus diesem Wettbewerb wird nur der erfolgreich herausgehen können, der die bessere Leistung aufweisen kann. Denn nur mit Höchstleistungen sind die Menschen zu gewinnen, die außerhalb der Heimat eine vielfältige Senderauswahl haben — so muß der

Deutsche Kurzwellensender täglich und stündlich in Bereitschaft sein. Er hat das wunderbare Bewußtsein, vielleicht den größten und gleichzeitig differenziertesten Hörerkreis aller deutschen Sender zu haben, ein Tatbestand, der für die Programmführung bestimmend ist und fast unerfüllbar scheinende Forderungen an jeden einzelnen Mitarbeiter richtet. Es tritt hinzu, daß der Empfang der Sendungen durch Schwunderscheinungen, atmosphärische Störungen in den tropischen Ländern usw. beeinträchtigt ist — das bedingt eine bestimmte Konstruktion der Einzelsendung, die selbst bei Ausfallserscheinungen noch sinnvoll für den Hörer bleiben muß.

Das sind nur einige Gesichtspunkte für die Arbeit des Senders. Daß sie bisher erfolgreich gewesen ist, zeigen einige Zahlen. Die Zuschriften stiegen von 3000 im ersten Jahre auf rund 50000 im letzten Jahre, von diesen stammen 65% aus der Feder nicht-deutscher Hörer! Das sind beweisende Zahlen, die durch zahlreiche Veröffentlichungen in allen führenden Weltblättern unterstrichen werden, die sich immer wieder unter den verschiedensten Gesichtspunkten mit dem „Phänomen“ Deutscher Kurzwellensender beschäftigen, und seine hervorragende Rolle im Ätherraum bestätigen. Wir wollen auch nicht übersehen, welche Mission der Deutsche Kurzwellensender in Zeiten politischer Hochspannung zu erfüllen hat. Es ist heute eine Gegebenheit, mit der jeder Staat rechnen muß, daß eine Meldung über ein Ereignis unmittelbar oder fast unmittelbar mit dem Geschehen zusammen authentisch über den Erdball getragen wird, daß es ferner heute möglich ist, im Wechsel zweier Stunden jede Falschmeldung — von welcher Seite sie auch kommen mag — richtigzustellen! Der Kurzwellensender ist ein Bollwerk gegen jede Lüge.

Wir brauchen hier nicht näher zu beleuchten, welche Rolle der Kurzwellensender als Brückenbauer von der Heimat zu den Deutschen in allen Teilen der Erde spielt, er ist Bewahrer und zum großen Teil Wiedererwecker des Deutschtums. Er wußte aber auch ehemalige Gegner, die sich im Weltkriege gegenüberstanden, zu Freunden zu machen und führte so die Deutschen im fernen Lande und die Völker, deren Gastfreundschaft sie genießen, enger aneinander. Gerade diese letztgenannte Auswirkung wird leider häufig übersehen.

Was sollen wir dem Deutschen Kurzwellensender für die nächsten Jahre wünschen? Zunächst einmal eine Erfüllung seines Bestrebens, die Zonenprogramme restlos auszubauen; an Mitteln wird nicht gespart werden dürfen, denn jeder Pfennig bringt tausendfachen Gewinn. Wir nehmen an, daß nach der Zeit des inneren Ausbaues unsere Kurzwellenleute — dem ausländischen Vorbild folgend, wobei wir besonders an USA., Schweden und England erinnern —, die Hörergruppen im Auslande selbst besuchen werden, um so aus Wünschen und Hinweisen neue Erfahrungen und Grundlagen für ihre Arbeit zu sammeln. Wir hoffen, daß im Zuge der Neubaupläne des Reichsrundfunks der Kurzwellensender ein schönes, großes Heim bekommen möge, das ihm ja bereits zugesagt worden ist.

Über seinen Zukunftsweg aber stehe in jeder Sekunde die verpflichtende Losung: „Hier spricht Deutschland!“

BLICK IN DIE RUNDFUNK-WELT

I. Europäischer Rundfunk

Deutschland Hörerzahl 1. Febr.: 9 356 888, am 1. März: 9 489 337. — Unter den europäischen Großstädten hat Stuttgart die größte Rundfunkdichte erreicht, von 120 580 Haushaltungen haben rund 93 000 Empfänger, was einer Dichte von 77% entspricht. — Eine im Ausland verbreitete Meldung, daß in Westdeutschland ein Sender für Programme in französischer Sprache errichtet werden soll, wird energisch dementiert. — Am 25. Februar wurde der Ausschuß für Rundfunkrecht in der Akademie für Deutsches Recht konstituiert; es sprach der Präsident der Reichsrundfunkkammer über die Zukunftsaufgaben der Rundfunkrechtsentwicklung. — Im gesamten Reichsgebiet werden Reichs-Lautsprechersäulen errichtet werden, die der öffentlichen Übertragung von wichtigen Rundfunksendungen dienen; in sechs Jahren werden 6000 Säulen in Betrieb genommen. — Am 22. März bestand der Fernsehprogramm-betrieb drei Jahre. Die Deutsche Reichspost hat in Berlin ein größeres Gelände erworben, auf dem Freilichtaufnahmen für den Fernsehbetrieb gemacht werden können.

Österreich Hörerzahl am 1. Febr.: 590 276. — Im Zuge der politischen Neugestaltung wurde am 13. März Dr. Franz Pesendorfer mit der kommissarischen Leitung der früheren RAVAG., Dr. Ernst Gautebrück mit der künstlerischen Leitung und Programmgestaltung betraut. Der Rundfunk wurde der Hauptabteilung VII, Propaganda der Landesabteilung Österreich der NSDAP. unterstellt. Die bisherige Leitung wurde bis auf die Direktoren Dr. Kunsti und Prof. Schwaiger abberufen. Der Name wurde zuerst in Deutsch-Österreichischer Rundfunk, dann in Sender Wien geändert. Mit dem 12. März fand eine grundlegende Programm-Umgestaltung statt.

Belgien Hörerzahl am 1. Januar: 1 018 108.

Dänemark Hörerzahl am 1. Febr.: 715 708. — Es ist geplant, aus den Überschüssen des Jahres 1937 zwei neue Kurzwellensender zu bauen, die auf Welle 16,90 m und 19,78 m arbeiten werden; die Sendungen sollen sich in erster Linie an USA. richten.

Danzig Hörerzahl am 1. Febr.: 38 324.

Estland Hörerzahl am 1. Febr.: 51 500. — Es haben 735 Schulen mit 43 000 Schülern Empfangsgeräte. — In Reval soll ein Rundfunkhaus gebaut werden.

Finnland Es haben 2572 Schulen mit 173 492 Schülern Rundfunkempfänger.

Frankreich Hörerzahl am 1. Febr.: 4 243 410. — Bei dem letzten Kabinettswechsel am 14. März wurde Lebas Postminister, der in gleicher Eigenschaft dem vorletzten Kabinetts angehörte. — Der Nationalsender Bourges soll im Mai eingeweiht werden, er arbeitet auf Welle 1648 m (bisher Radio-Paris, das er ersetzt). — Der neue 100-kW-Kurzwellensender Essarts-le-Roi hat seine ersten Sendeversuche auf Welle 16 m, 18 m, 25 m und 41 m aufgenommen. — Es verlautet, daß in Lille und Lyon Fernsender errichtet werden, desgleichen soll ein Spezialkabel von Paris nach Bordeaux gelegt werden, das Abzweigungen nach Limoges und Toulouse haben soll.

Großbritannien Hörerzahl am 1. Febr.: 8 537 860, am 1. März: 8 563 000. — In Belfast wird ein neues Rundfunkhaus erbaut. — Man schätzt die Schulfunkanlagen auf 8000—9000. — Mit Argentinien wurde ein Programmaustausch vereinbart. — Vom Schatzamt wurden der BBC. zusätzliche Mittel für Fernseh- und Fremdsprachendienste überwiesen. — In der Nacht vom 14./15. März wurde der Fremdsprachendienst in Spanisch und Portugiesisch eröffnet. — Eine Ausdehnung des Fernsehdienstes auf Provinzstädte ist noch nicht beabsichtigt. — Das Bootrennen Oxford-Cambridge wird im Fernseher übertragen. —

Griechenland Hörerzahl am 1. Januar: 17 964.

Irland Hörerzahl am 1. Febr.: 135 212. — Es ist ein 1,5-kW-Kurzwellensender für Athlone in Auftrag gegeben.

Italien Hörerzahl am 1. Febr.: 815 000. — Mailand soll einen dritten 1-kW-Sender (Welle 209,9 m) erhalten. — Es wurde ein Interkorporatives Fachkomitee für Rundfunk eingerichtet, daß alle wirtschaftlichen, kulturellen, technischen und handelsmäßigen Fragen prüft und begutachtet, Sekretär des Ausschusses ist Dr. Purpura.

Lettland Hörerzahl am 1. Febr.: 115 928.

- Litauen** Hörerzahl am 1. Febr.: 47 940. — Es soll eine eigene halbstaatliche Rundfunkgerätefabrik errichtet werden. — Es sind 598 Volksschulen mit Empfängern versehen.
- Norwegen** Hörerzahl am 1. Febr.: 318 505. — Der Preis des Volksempfängers wurde von 85,— Kronen auf 79,— Kronen, für Schulen auf 70,— Kronen gesenkt.
- Niederlande** Hörerzahl am 1. Januar: 1 071 869.
- Polen** Hörerzahl am 1. Febr.: 891 715. — Es wurde der Bau von drei Kurzwellensendern mit zusammen 100 kW und 16 Richtstrahlern beschlossen.
- Portugal** Hörerzahl am 1. Febr.: 70 203.
- Rumänien** Es wurden in der letzten Zeit 25 000 Schwarz Hörer festgestellt.
- Schweden** Neben Hörby sollen vier weitere 100-kW-Sender erbaut werden, der erste in der Provinz Dalarne, der die Welle des Privatsenders Falun erhält. — Es werden Drahtfunkversuche unternommen.
- Schweiz** Hörerzahl am 1. Febr.: 510 753.
- Tschechoslowakei** Hörerzahl am 1. Januar: 1 044 382, am 1. Febr.: 1 061 767. — Prag II wurde stillgelegt, Mährisch-Ostrau ging am 1. März von 269,5 m auf 249,2 m, die bisher Prag II benutzte; Melnik übernimmt Welle 269,5 m. — Das Episkopat hat dem Rundfunk eine Denkschrift mit ihren Forderungen zum Programm überschickt. Der Kurzwellensender hat seine Versuchssendungen aufgenommen.
- Türkei** Der Langwellen- und Kurzwellensender werden in Etimesut bei Ankara errichtet. — (Siehe auch Afrika: Palästina).
- UdSSR** Es soll ein Fernsehstudio gebaut werden, das Fernsehen will mit 343 Zeilen (Bildgröße 14 × 19 cm) arbeiten.
- Jugoslawien** Hörerzahl (Laibach) am 1. Febr.: 17 213.
- Centre de contrôle** Ab Mitte März lautet die neue Anschrift der Wellenkontrollstelle: 32, avenue Lancaster, Uccle 3, Brüssel (Telephon: 44 17 97, 43 24 25, Telegrammadresse: „Interadio-Bruxelles“).

II. Außereuropäischer Rundfunk

- USA** Die NBC hat mit dem Bau eines neuen Rundfunkhauses in Hollywood begonnen, das auch schon Anlagen für einen Fernsehprogramm Dienst vorsieht. — CBS hat einen regelmäßigen Kurzwellendienst in Portugiesisch aufgenommen. Es sollen in USA 25 Ultrakurzwellensender für Schulfunkzwecke in Betrieb genommen werden.
- Kanada** Die Rundfunkgebühr wurde von 2 auf 2,50 Dollar erhöht.
- Südamerika** Argentinien traf mit England ein Programmaustauschabkommen. — Italien und Brasilien senden Austauschprogramme über Kurzwellen. — In Peru sind den Sendern Programme mit politischer Tendenz untersagt, desgleichen fremdsprachige Nachrichtendienste.
- Afrika** Hörerzahlen: Algerien am 1. Januar: 74 445, Marokko am 1. Febr.: 34 666, Tunesien am 1. Januar: 17 684. — In Tripolis wird ein 100-kW-Sender erbaut. — Palästina will ein- bis zweimal wöchentlich Programme in türkischer Sprache übertragen, die die türkische Regierung zusammenstellt. — Irak will einen Sender im Norden von Bagdad bauen; es wurde ein besonderes Ministerialbüro für Rundfunkfragen geschaffen. — Iran hat einen 25- bis 30-kW-Kurzwellensender in Auftrag gegeben (bei Telefunken), der wahrscheinlich auch später für Rundfunkzwecke verwendet werden soll. — Britisch-Indien: Hörerzahl am 1. Dez.: 49 425, am 1. Januar: 50 680. — Niederländisch-Indien: Hörerzahl am 1. Januar: 54 462.
- Japan** Hörerzahl am 1. Dez.: 3348 362. — Es soll in Tokio ein 100-kW-Mittelwellensender errichtet werden, eine Reihe neuer Kurzwellensender sind geplant; der Kurzwellenprogramm Dienst sendet zur Zeit in sieben Sprachen (japanisch, chinesisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch).
- Australien** Hörerzahl am 1. Januar: 1 008 595. — Es werden neuerdings regelmäßige Sendungen aus England übernommen. In Sydney soll ein Fernsender erbaut werden. Die Regierung hat vier neue Sender gebaut, die auch Reklamesendungen verbreiten dürfen.

SCHRIFTTUM

Die Bibliothek der Reichs-Rundfunk GmbH.

In engster Verbindung mit der Entwicklung des Rundfunks in Deutschland wuchs auch das Rundfunk-Schrifttum schnell und umfangreich an, so daß bald seine Sammlung und Ordnung aus wissenschaftlichen und praktischen Gesichtspunkten nötig wurde. 1925, zwei Jahre nach der Eröffnung des Rundfunks in Deutschland, wurde mit der Gründung der Bibliothek der RRG der Grundstock zu einer Fachbibliothek des Rundfunks gelegt, in der das wesentliche deutsch- und fremdsprachige Schrifttum über seine Geschichte, Organisation, Technik, künstlerischen und kulturellen Aufgaben, juristischen Grundlagen und Voraussetzungen, insbesondere auch nach der urheberrechtlichen Seite hin, gesammelt werden sollte. Aber erst die neue Rundfunkleitung hat das Vorhandene systematischer und zweckmäßiger ausgebaut und in eine brauchbare, modernen bibliothekstechnischen Grundsätzen entsprechende Bibliothek umgewandelt. So ist durch eine völlige Um-, ja teilweise Neugestaltung der Bibliothek in wenigen Jahren die zentrale Fachbibliothek geworden, wo das wichtige deutsch- und fremdsprachige Schrifttum über den Rundfunk systematisch überprüft und gesammelt, fachlich und sachgemäß katalogisiert und für eine theoretische und praktische Beschäftigung mit dem Rundfunk bereitgestellt wird.

Diese Fachbibliothek umfaßt heute einen Bestand von rund 5000 Bänden, angefangen von allgemeinen Handbüchern, Einführungswerken und Wörterbüchern bis zu Jahrbüchern, Kalendern und Veröffentlichungen über Spezialfragen und Dissertationen. Dazu kommen noch als wesentliche Ergänzung und als notwendiges Mittel der Aktualisierung des Bestandes ungefähr 150 deutsche und ausländische allgemein-physikalische und rundfunktechnische Zeitschriften, ferner verschiedene kulturelle Rundfunk- und eine Vielzahl von Programmzeitschriften, die, wenn sie sich auch in vielem gleichen, wegen ihres redaktionellen und funktechnischen Teiles in dieser Bibliothek nicht fehlen dürfen. Die Fachbibliothek des deutschen Rundfunks ist heute nicht nur in der Lage, für den internen Betrieb das wesentliche Rundfunkschrifttum zur Verfügung zu stellen — sei es für den Tech-

niker, den literarischen oder musikalischen Mitarbeiter, den Juristen oder den Mann der Verwaltung, den Programmgestalter oder den Sprecher des Zeitfunks —, sondern infolge ihrer Sonderstellung erfüllt sie neben ihren rundfunkeigenen Zwecken auch im gesamten deutschen Bibliotheksbetrieb wichtige und von ihr allein zu lösende Aufgaben als Bibliothek und bibliographische Auskunftsstelle über Fragen des Rundfunks auf senderrechtlichem, urheberrechtlichem, funktgeschichtlichem, rundfunkpolitischem oder allgemein-kulturpolitischem Gebiet.

Eine grundlegende Erweiterung ihrer Ziele erfuhr die Fachbibliothek im August 1933. Es waren bis dahin an den Berliner Sendern keine Büchereien vorhanden, die in der Lage waren, die quellenmäßigen, bibliographischen und literarischen Unterlagen für ihre kulturpolitischen, künstlerischen und propagandistischen Aufgaben und Ziele zur Verfügung zu stellen oder sichere umfassende und schnelle Auskunft zu erteilen. So wurde es nötig, für die Bedürfnisse des Berliner Rundfunks eine eigene zentrale Bibliothek zu schaffen, die in Bestand und Aufbau die Forderungen erfüllen konnte, die die Sendung, insbesondere also alle künstlerischen und kulturellen Abteilungen an sie stellten. Infolgedessen wurden der Fachbibliothek die ganz anders gearteten Bestände der Büchereien des Deutschlandsenders und des Reichssenders Berlin zur zentralen Verwaltung angegliedert. Dadurch erwuchsen ihr Aufgaben, die mit ihrer ersten Bestimmung als Fachbibliothek nichts mehr zu tun hatten, und für deren Erledigung deshalb nur die allergeringsten bibliothekarischen Voraussetzungen gegeben waren. Durch die Zusammenlegung bekam sie über den begrenzten und festumrissenen Rahmen einer Fachbibliothek hinaus die neuartige und nur sehr lose zu umschreibende Aufgabe einer „Senderbibliothek“. Als Grundlage der bibliothekarischen und bibliographischen Tätigkeit wurden in erster Linie die wichtigsten allgemeinen universalen Lexika und biographischen Nachschlagewerke, die umfassendsten allgemeinen und speziellen Bibliographien, alle wichtigen Fachlexika und Wör-

terbücher sowie Handbücher der verschiedensten Gebiete, Anonymen- und Pseudonymen-verzeichnisse usw. angeschafft und zu einem brauchbaren bibliographischen Handapparat ausgebaut. Daneben wurde selbstverständlich der Bestand durch die wichtigsten Standardwerke ergänzt, so daß heute aus allen Epochen deutscher Geistes- und Kulturgeschichte die Hauptvertreter in ihren Originalwerken vorhanden sind. Rund 250 der wichtigsten kulturpolitischen, politischen und fachwissenschaftlichen Zeitschriften geben dem Bestand die wünschenswerte und notwendige Aktualität. Durch die systematische Erweiterung an Schrifttum aus allen Wissens- und Kulturgebieten, soweit es bibliographischen, allgemein unterrichtenden und quellenmäßigen Charakter trug, erhöhte sich die Zahl der Bände von rund 3000 im Jahre 1933 auf die heutige Zahl von 17 000 Bänden. Die Bibliothek ist heute für den Berliner Rundfunkbetrieb zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel geworden, und mit ihrer Hilfe wird ein sehr hoher Prozentsatz der literarischen Vorarbeiten für die Programmgestaltung aller Gebiete geleistet.

Es war selbstverständlich, daß mit der Vergrößerung des Bestandes seine katalogmäßige Inventarisierung und Erfassung Hand in Hand gehen mußte. Ein Alphabetischer Verfasserkatalog, dessen Aufnahmen nach den Regeln der Preußischen Instruktion erfolgen, und ein Alphabetischer Schlagwortkatalog helfen diese Aufgaben erfüllen. Während der erste keine besonderen Probleme stellte, mußte bei der Einrichtung des Schlagwortkataloges ein besonderer Weg gegangen werden. Wohl wurde das übliche Katalogschema als Gerüst verwandt, aber es konnte doch nur Rahmen sein, in dem sich ein persönliches, aus den Forderungen des Rundfunks sich entwickelndes System bilden mußte. Infolgedessen wurde der Aufbau eines engmaschigen Schlagwortkataloges mit zweckmäßigen jeweils aus der besonderen Lage sich ergebenden individuellen Einteilungen und Zusätzen in Angriff genommen. Die schlagwortmäßige „Verzettelung“ des Buches, d. h. die bibliothekarische Aufteilung und Verwendung von Titel und Inhalt eines Werkes zur Einteilung im Katalog mußte weitreichend und vielseitig sein, um auch bei oft recht unbestimmten Fragen das Buch unter den verschiedensten Gesichtspunkten finden zu können. Als besonders vorteilhaft hat es sich erwiesen, im Schlagwortkatalog auch wichtige Zeitschriftenaufsätze zu verzeichnen, sowie ihn

mit Hinweisen auf ganze bibliographische Zusammenstellungen u. ä., die in Büchern oder Zeitschriften versteckt sind, zu durchsetzen und ihn so bis zu einem gewissen Grade als Bibliographie zu benutzen.

Entsprechend dem Aus- und Aufbau der Bibliothek nahm auch die Benutzung in erfreulichem Maße zu. Wurden 1933 nur rund 2400 Bände dienstlich entliehen, so ist die Leihziffer 1936 auf rund 12 300 Bände gestiegen. Dazu kommt noch die starke Inanspruchnahme der Bibliothek als bibliographische und wissenschaftliche Auskunftsstelle.

Dr. Hans Richter.

*

Anläßlich seines fünfjährigen Programmbetriebes hat der Deutsche Kurzwellensender eine Reihe von kleinen Veröffentlichungen herausgegeben, unter denen die Broschüre des Intendanten **Dr. Kurt v. Boeckmann: „Von der Arbeit des Deutschen Kurzwellensenders“** auf nur zehn Seiten einen ausgezeichnet gegliederten, klaren und alle wichtigen Gesichtspunkte umfassenden Überblick über Vorgeschichte, Aufgaben und Zukunftspläne des Kurzwellensenders gibt. Die sachlichen und bestimmt gehaltenen Aufzählungen, die feinen Abwägungen und Formulierungen, die durchaus die wesentlichen Probleme des Programmbetriebes herauschälen, bilden die beste Übersicht, die auf knappen Räume über das gewaltige Arbeitsgebiet gegeben werden konnte.

Ein weiteres Heft von rund 50 Seiten **„Die Hörer gratulieren“** bietet eine einstweilige Auswahl aus überseeischen Zuschriften anläßlich des fünfjährigen Bestehens. Die Zuschriften geben ein eindringliches Bild über Wesen und Wirken des Senders, über seine Rolle im Leben der Auslandsdeutschen und der Ausländer aller Erdteile, die regelmäßig unseren Sender abhören. Es würde uns freuen, wenn die Reihe dieser Veröffentlichungen fortgesetzt würde.

In mehreren Sprachen wurde in kleinen, hübsch bebilderten Broschüren das hochwertige und geschmackvolle **Festprogramm** des Senders, das er vom 1. bis 10. April verbreitet, zusammengestellt. Die Hefte sind hübsche Erinnerungsbüchlein, deren Werbewert noch besser sein würde, wenn der Bildruck klarer herausgearbeitet wäre. Der Bildbericht **„Deutscher, deine Heimat spricht zu Dir!“** zeigt dagegen ganz hervorragende Reproduktionen und gibt in Fotos und mehrsprachigem Text einen schönen Gesamtüberblick. Wgf.

Christel Reinhardt: Der Jugendfunk.

Sein Aufbau und seine Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung seines publizistischen Wirkungstrebens (Schriftenreihe „Zeitung und Leben“, hersg. v. Univ.-Prof. Dr. Karl d'Ester, München, Bd. 48). 1938. 130 Seiten.

Die Untersuchung, eine Münchener Dissertation, gibt einen Überblick über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand des deutschen Jugendfunks. Bei der schnell zunehmenden Bedeutung, die heute allen Fragen und Einrichtungen der Jugend im gesamten öffentlichen Leben zukommt, ist es verdienstlich, wenn im Zusammenhang das Problem dargestellt wird, welche Wege und Brücken der Rundfunk zur Jugend finden kann. Freilich wird nur hier und da die Frage in dieser Breite gestellt; im wesentlichen bleibt sie eingegrenzt auf die vom Rundfunk geschaffene Sondereinrichtung des „Jugendfunks“, der ausschließlich dem erwähnten Ziele dient, die Jugend anzusprechen und in den Kreis seiner Arbeit einzubeziehen. Diese Sicht nur vom Organisatorischen und Institutionellen her hat freilich in einer Beziehung einen fühlbaren Nachteil: Die theoretische Fundierung, die man von einer wissenschaftlichen Spezialuntersuchung erwartet, ist zu schmal, und es fehlt an der Aufspürung vieler wirklich fruchtbarer Probleme und entwicklungsfähiger Ansatzpunkte für Fortführung und Vertiefung der Jugendfunkarbeit, vor allem aber eine selbstständige kritische Untersuchung ihrer Möglichkeiten und ihrer Grenzen — wenigstens in mehreren wichtigen Teilen der Darstellung. Wir tragen diesen Maßstab der Kritik nicht willkürlich von außen heran; denn in einem Kapitel, das einen Überblick über die Jugendfunkhörerschaft gibt, ist diese wissenschaftliche Grundlegung und Problemführung gut gelungen, indem die Verfasserin ihre Fragen in den größeren Zusammenhang der Erkenntnisse stellt, die die moderne Jugendpsychologie — vor allem in den Untersuchungen Eduard Sprangers — erarbeitet hat. Es wäre deshalb wünschenswert gewesen, wenn auch die übrigen Darlegungen über Aufbau und Wirkungsweise des Jugendfunks sich die Ergebnisse oder wenigstens die Untersuchungsmethoden der Psychologie oder Soziologie und auch der Pädagogik stärker zunutze gemacht hätten. Jedoch hat die Arbeit ein nicht zu unterschätzendes wichtiges Ziel erreicht: Es bietet eine geschlossene Materialsammlung mit vielen Literaturhinweisen. Wer einmal selbst Rundfunkliteratur bearbeitet hat, weiß genau, wie mühsam es ist, die sehr verstreuten Stoffe zu

einer Übersicht nach klaren Gesichtspunkten zu formen, und er erkennt es deshalb auch dankbar an, wenn eine Arbeit wie die vorliegende erscheint, die eine geeignete Grundlage für die Bearbeitung jeder weiteren Einzelfrage auf dem Gebiet des Jugendfunks bietet.

W—e.

Air Law Review, Heft 3, 1937. Herausgegeben von Prof. Alison Reppy, Universität New York. Verlag: Washington Square East, New York City.

Die „Air Law Review“ der Amerikanischen Akademie für Luftrecht enthält als einzige amerikanische Zeitschrift ständige Erörterungen über nationales und internationales Rundfunkrecht. Diese von wissenschaftlicher Gründlichkeit zeugenden Abhandlungen bieten nicht nur dem Rechtswahrer des Rundfunks Einblick in die Entwicklung des Rundfunkrechts der anglo-amerikanischen Staaten, sondern sie sind darüber hinaus ein getreues Spiegelbild der Rundfunkgestaltung überhaupt. Beweis hierfür ist der Leitartikel des dritten Heftes der „Air Law Review“ in Jahrgang 1937. Rechtsanwalt R. Jardine Brown, der geschäftsführende Direktor der BBC., schildert das englische Verfassungsrecht und die Geschichte des Rundfunks in Großbritannien. Vom 14. November 1922, als der Generalpostmeister sechs englischen Firmen die Sendeerlaubnis erteilte, bis zum 1. Januar 1937, als der BBC. durch königlichen Erlaß die Sendeerlaubnis für weitere zehn Jahre erteilt wurde, ist es ein breiter, weiter Weg... Er führt über die Berichte Sykes und Crawford zur Charter vom 20. Dezember 1926, welche für ein Jahrzehnt zur Grundlage des britischen Reichsrundfunks wurde. Brown versteht es dabei meisterhaft, die Hauptlinien der englischen Rundfunkentwicklung herauszuarbeiten. In wenigen, knappen Sätzen entsteht so ein Abriss der bis vor kurzem noch in Führung liegenden europäischen Rundfunkmacht, deren Teilnehmerzahlen inzwischen nur von Deutschland überflügelt wurden.

Die „Air Law Review“ enthält außer Abhandlungen auch einen umfangreichen Textteil, der Gesetze, Verordnungen und Rechtsprechung vor allem der amerikanischen Staaten erstmalig und einmalig zur Veröffentlichung bringt. Diese Ausrichtung der amerikanischen Zeitschrift steht in Übereinstimmung mit dem deutschen „Rundfunk-Archiv“ und der in Paris erscheinenden „Revue Internationale de la Radioélectricité“.

Pridat-Guzatis.

Die Broadcasting Publications Inc, Washington, D. C. legt ihr „**Yearbook 1938**“ vor, dessen Umfang in den letzten zwei Jahren um rund 100 Seiten vermehrt worden ist. (Die Hälfte des Buches, etwa 200 Seiten, sind allerdings Anzeigen.) Wie immer bietet das Sammelwerk einen ausgezeichneten Überblick über den Rundfunk in USA und Kanada, zahlreiche Zusammenstellungen nach den verschiedensten Gesichtspunkten — Hörerzahlen, Hörerdichte, Sendertabellen, wirtschaftliche Statistiken, Anschriften, Literaturnachweise, Besitzverhältnisse bei den Sendern usw. — bilden eine zuverlässige und umfassende Informationsquelle. In diesem Jahre ist eine übersichtliche Karte der Senderstandorte beigelegt. Das Jahrbuch ist die beste Grundlage für alle Arbeiten über den Rundfunk in den Vereinigten Staaten. Die auf der Havanna-Konferenz am 13. Dezember 1937 getroffenen Vereinbarungen sind im Wortlaut veröffentlicht worden; auf über 10 Seiten ist eine Wellenaufteilung von 10—300 000 kHz zusammengestellt.

Wgf.

La Télévision. Son histoire, ses progrès et son avenir. Von J. van Reysschoot. (1937, Imprimerie Veuve Monnom, Brüssel.)

Eine kleine Schrift, die in großen Zügen sehr klar und verständlich das Wesen des Fernsehens erklärt, kurz auf seine Geschichte eingeht, den augenblicklichen Stand in den Ländern der Welt streift und Zukunftsmöglichkeiten aufzeigt. Die Broschüre ist besonders bemerkenswert, weil sich der Verfasser größter Objektivität befleißigt. Der Absatz über Deutschland z. B. beginnt wie folgt: „Deutschland, das dank seines berühmten Gelehrten Paul Nipkow die Wiege des Fernsehens ist, mußte eine der Hauptnationen sein, die sich für die neue Technik einsetzt.“ Der Verfasser sagt an anderer Stelle, daß die beiden einzigen Länder, in denen das Fernsehen wirklich etwas werden konnte, England und Deutschland seien, weil nur hier eine gewisse Standardisierung durchgeführt wurde, während

die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten noch geradezu „chaotische“ seien. Von den französischen Fernsehempfängern wird behauptet, daß sie sich in einem noch ziemlich „rudimentären“ Zustande befänden und regelmäßige Fernsehsendungen zu erwarten blieben. Das italienische Fernsehen läge, gemessen an der englischen, deutschen und amerikanischen Technik, im Hintertreffen. Ein Abschnitt befaßt sich mit den Ländern, in denen das Fernsehen noch nicht eingeführt ist. Wir geben, da die Bemerkungen an dieser Stelle von allgemeinem Interesse sind, einen kurzen Auszug:

Australien: Einführung erst dann, wenn Erfahrungen in anderen Ländern gesammelt sind. — Österreich: Bis heute keinerlei offizielle Entscheidung. — Belgien: Weiß noch nicht, auf welches System es sich festlegen soll, Einführung steht jedoch bevor. — Kanada: Bisher ist noch nichts geschehen. — Tschechoslowakei: Noch keine offiziellen Versuche, abwartende Haltung. — Dänemark: Man scheint das Fernsehen einführen zu wollen, und zwar auf Grundlage englischer Erfahrungen. — Finnland: Nichts. — Holland: Kein öffentliches Fernsehen, aber bedeutsame Versuche der Firma Philips. — Ungarn: Es besteht die Absicht, einen Fernsehsender zu errichten. — Norwegen: Noch kein öffentlicher Fernsehdienst. — Polen: Einführung in nächster Zeit zu erwarten. — Portugal: Nichts. — Südafrika: Man wird sich mit dem Fernsehen erst befassen, wenn die neue Rundfunkgesetzgebung festliegt. — Schweden: Es wurden bereits verschiedene Versuche durchgeführt, doch gibt es noch keine Fernsehempfänger im Publikum. — Schweiz: Steht vor der Einführung. — Sowjetrußland: Moskau sendet, aber nur mit 30 Zeilen und 25 Bildern!! Ein neuer Sender mit 240 Zeilen ist in London bestellt worden.

Der Verfasser schließt seine Ausführungen mit einer optimistischen Betrachtung der Zukunftsmöglichkeiten des Fernsehens.

Bü.

Anschriften: M. van Soust de Borkenfeldt, Brüssel, rue de Bastion, Institut National Belge de Radiodiffusion. — Paul Borsinger, Bern, Schweizerische Rundspruchgesellschaft, Neuengasse 30. — Hans Falck (über Schrifteleitung zu erreichen). — Direktor W. G. Kuyck, Amsterdam, Keizersgracht 562 (NIROM). — Habibur Rahman, Berlin-Halensee, Paulsbornerstr. 20. — Dr. Hans Richter, Berlin-Charl. 9, Adolf-Hitler-Platz (Bücherei RRG., Amerika-Haus). — Dr. Kurt Wagenführ, Berlin-Charl. 4, Schlüterstr. 38.

J E T Z T L I E F E R B A R

Die Ausgabe 1937/1938

JAHRBUCH WELTRUNDFUNK

(LEINEN RM 5.—)

HERAUSGEGEBEN VON KURT WAGENFÜHR

Ein Gesamtüberblick über den Rundfunk in der Welt, wie er bisher noch nicht vorlag. Sein Inhalt gewinnt besonderen Wert durch die umfassenden Einzeldarstellungen über die Rundfunkeinrichtungen der verschiedensten Länder; Verfasser sind meist die Führenden in der Fachwelt, Männer, die größtenteils selbst den Rundfunk in ihren Staaten aufgebaut haben.

Hinzu kommen allgemeine, ordnende und vergleichende Übersichten über internationale Rundfunkfragen. Sie behandeln in Ergänzung zu der Geschichte des Rundfunks die wichtigsten Neuerungen und die in den verschiedenen Ländern versuchten Lösungen der Rundfunkprobleme. Damit wird vertieft betrachtet, wozu man in dem stürmischen Tempo der 15 Entwicklungsjahre oft nicht kam.

Mit diesem Jahrbuch ist die jedes Jahr fortzusetzende Chronik des Weltrundfunks geschaffen. Sie zeigt mit überzeugender Deutlichkeit, welch machtvolles und wirksames Instrument der Rundfunk heute schon ist, und unter welchen politischen und geopolitischen Bedingungen es eingesetzt wird.

F o l g e n d e A u f s ä t z e s i n d u. a. e n t h a l t e n :

„This is London calling!“ / Das Mittelmeer als Rundfunk-Raum /
Deutscher Rundfunk und Völkerverständigung / Rundfunk in Kanada /
Der Holländer als Hörer / Amerikas Rundfunk-Austausch mit der
Welt / Südafrikanische Rundfunk-Probleme / Das Fernsehen — Mög-
lichkeiten und Erreichtes / Rundfunkwende in Österreich / Neuer
Zentralsender im Ostsee-Raum / O. Y. Suomen Yleisradio A. B.

KURT VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG - BERLIN

Gesücht

Jahrgang 1924 Heft 7, 8, 9, 10, 12

Jahrgang 1925 Heft 5, 10, 11, 12

Jahrgang 1929 Heft 1

Jahrgang 1936 Heft 1, 5

Diese Hefte der
Zeitschrift für Geopolitik
werden zurückgekauft.

Um Angebote bittet der
KURT VOWINCKEL VERLAG
HEIDELBERG, Wolfsbrunnenweg 36

Deutsche Qualitäts-Weine

Auszug aus meiner Liste Nr. 382

Sämtliche Preise einschließlich Glas und Kiste.

- Nr. 206. 1936 er Graacher Himmelreich, natur.
Orig.-Abf. J. J. Prüm . . . à Flasche RM 1.40
Nr. 207. 1936 er Wehlener Sonnenuhr, natur.
Orig.-Abf. J. J. Prüm . . . à Flasche RM 1.50
Nr. 208. 1936 er Bernkasteler Badstube, natur.
Orig.-Abf. Zach. Bergweiler . . . à Fl. RM 1.55
Nr. 209. 1936 er Uerziger Würzgarten, natur.
Orig.-Abf. Christoffel . . . à Flasche RM 1.65
Nr. 210. 1936 er Zeltinger Sonnubr, natur.
Orig.-Abf. J. J. Prüm . . . à Flasche RM 1.75

Zwei Fuder aus dem Sonnenjahr 1937:

- Nr. 211. 1937 er Bernkastel-Kueser Rosenberg,
natur. Wachstum . . . à Flasche RM 1.65
Nr. 212. 1937 er Bernkasteler Schloßberg, natur.
Orig.-Abf. Eigenbau . . . à Flasche RM 1.70
Nr. 217. 1937 er Alkoholfreier Traubensaft,
natur. à Flasche RM 1.15
Nr. 228. „Astor-Spezial-Füllung“ aus den Söhn-
lein Sektkellereien . . . à Flasche RM 2.45

Sämtliche Preise einschließlich Glas und Kiste
ab Station Bernkastel-Kues. Ziel 60 Tage, sofortige
Kasse 3 % Skonto. Bei Nichtgefallen anstands-
lose Rücknahme. Verlangen Sie kostenlos meine
ausführliche Preisliste mit allen deutschen Weinen,
von guten Winzerweinen bis zu den feinsten Spitzen
und zu günstigsten Preisen und Bedingungen.

Weinbrand, Sekt, Südweine, Liköre
Alkoholfreier, naturreiner Traubensaft

FRANZ ASTOR NACHF.

ASTORIA-WEINKELLEREI

BERNKASTEL-KUES AN DER MOSEL

Volk und Führung

Unabhängige sudeten-
deutsche Monatshefte
für Politik u. Erziehung

Durch Bericht und Planung zur Tat!

Die führende
politische Monatsschrift
der größten deutschen
Volksgruppe

Aus dem Inhalte des 3. Hefes, Jahrgang 1938: Appell des Monats: Den Toten des März 1919 / Dr. R. Schicketanz, Haida: Die Grundgedanken der Gesetzesanträge der Sudetendeutschen Partei / Um die slowakische Autonomie / Karl Anton Prinz Rohan: Wandlung zum vierten Österreich / Die Entwicklung in Rumänien / Roger Fahrenkamp: Völkerkampf im Mittelmeer / Dr. W. Brand: Kraftzentrum Deutschland / H. L., Warschau: Polnische Politik / Sudeten-deutsche Zeittafel / Stimmen und Glossen / Schrifttum. / Nach der Beschlagnahme 2. Auflage!

48 Seiten Großoktav, Einzelheft RM —.60; Bestellungen fürs Ausland durch jede Buchhandlung und durch die Post. Kostenlose Probehefte durch die Verwaltung Prag II., Postfach 686

Bad Wildungen für Niere und Blase

ZUR HAUS-TRINKKUR:
bei Nieren-, Blasen- und
Stoffwechselleiden

Helenenquelle

Kepler

Neuerscheinung Ostern 1938

Roman einer Zeitenwende, von Olaf Gailé

376 Seiten 1 Bildtafel RM 4.— Leinen RM 6.—

FLEISCHHAUER & SPOHN VERLAG STUTTGART

Noch lieferbar ist zu dem Preise von RM 2.— das in diesem Heft zitierte

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK, Jhrg. VIII, Nr. 1

Sonderheft **ÖSTERREICH**

Es enthält neben der geopolitischen Berichterstattung der Welt

Leitungsatz

Albrecht Haushofer

EIN VOLK, EIN STAAT!

Untersuchungen

zur Geopolitik Österreichs

I. DER RAUM

Ernst Streeruwitz

ÖSTERREICHS MISSION IN EUROPA

Otto Maull

**DIE POLITISCH-GEOGRAPHISCHE
STRUKTUR**

(Mit einer Karte)

Harold Steinacker

**AUSWIRKUNGEN
IN DER GESCHICHTE**

(Mit acht Karten)

Otto Maull und Helmut Carstanjen

DIE VERSTÜMMELTEN GRENZEN

(Mit vier Karten)

II. DIE WIRTSCHAFT

Ernst Schönbauer

DIE LANDWIRTSCHAFT

...

DIE INDUSTRIE

Hermann Kandler

HANDEL UND GEWERBE

Richard Kerschagl

GELD- UND BANKWESEN

Oskar Zaglits

DER HYPOTHEKARKREDIT

Egon Scheffer

DIE FINANZWIRTSCHAFT

Bruno von Enderes

DAS VERKEHRSWESEN

Egon Scheffer

**ÖSTERREICH UND DIE ZUKUNFT
MITTELEUPAS**

KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG-BERLIN

Der Ritt nach Riga

E. VON ENGELHARDT

Aus den Kämpfen der
Baltischen Landes-
wehr gegen die Rote
Armee 1918 — 1920

An Hand der Erinnerungen eines baltischen Reiterführers, die durch eine fesselnd geschriebene Gesamtübersicht über die Baltikumkämpfe ergänzt werden, wird in diesem Buch vor allem eines klar herausgestellt: es ging im Baltikum um nichts weniger als um die Rettung Europas vor dem ersten, gewaltigen Ansturm des Bolschewismus. Schon drohte die Rote Armee in das von Truppen entblößte Ostpreußen einzufallen. Dieser Griff nach dem Herzen Europas konnte durch die in treuer Waffenbrüderschaft kämpfenden baltischen und reichsdeutschen Freiwilligen unterbunden werden; mit der zweiten Einnahme Rigas war die Rote Armee an diesem Frontabschnitt zertrümmert. Eindeutig tritt aus dem Buch auch die Tragik des Unternehmens hervor, das mit der Zurückziehung der Reichsdeutschen und dem Endkampf der baltischen Formationen in der lettischen und estnischen Armee endete. Das Buch ist zweifellos ein wichtiges geschichtliches Dokument, dessen Wert noch durch die Wiedergabe zahlreicher unbekannter Bilder erhöht wird.

154 Seiten mit 30 Bildern und 2 Klappkarten, steif kartoniert RM 3.75

VOLK UND REICH VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 9

Landerziehungsheim Schloß und Burg Marquartstein Oberbayern

Staatlich anerkannte

Heimschule für Knaben und Mädchen
In den bayrischen Alpen, Nähe Chiemsee

Oberrealschule u. Reformrealgymnasium in Entwicklung zur **Oberschule** (bis z. Abitur). Unterricht in kleinen Klassen. Umschulung. Nachhilfe. Familienartige Erziehungsgemeinschaften. Körperliche Betreuung auch zarter Kinder. Klimatisch gesündeste Lage. Viel Sport und Aufenthalt (auch Unterricht) im Freien. Weites Park- und Wiesengelände. Handwerk. Musik. Ausdruckspflege.

Besondere unterrichtliche Fürsorge für **Ausländer und Auslandsdeutsche**. Austauschlehrer im Heim. Seit Jahren Schüleraustausch. Im Juli und August Ferienheim, auch für Auslandskinder (Mädchen nicht über 14 Jahren).

Prospekt und Drucksachen durch das Sekretariat
Neues Schloß, Marquartstein. Fernruf Grassau 88

Gründer und Leiter:

Hermann und Elisabeth Harleß

Seeben erschien
in 4., bearbeiteter und erweiterter Auflage:


Karl Georg Schaetisch Uralte Sippen= und Familiennamen

Das Buch enthält mehr als
55 000 Familiennamen

Es berichtet über die Entstehung und Zugehörigkeit vieler bisher unerklärbarer Sippens und Familiennamen, die zum Teil ein Alter von annähernd 16000 Jahren haben. Im einzelnen sind es über 41 000 deutsche, über 3000 englische und französische sowie über 11 000 polnische Familiennamen, hierzu kommen noch über 1000 indische Stammesnamen; alle diese Namen stimmen mit alten arischen Sippennamen überein.

422 S. Großformat, 4. Aufl. Ganzleinen RM 12.60
Durch jede Buchhandlung oder unter Nachnahme
direkt vom
Rrier-Verlag G.m.b.H., Berlin-Zehlendorf

Traubensaft



Naturrein · alkoholfrei
Sparen Sie Prospekt und Preisliste
**Kreuznacher
Fruchtsaftkellerei**
G.m.b.H.
Bad Kreuznach 22 (Rind.)

Luvor

SPÜLTISCHE



D. R. P.

Natürl. Nirosta-Beden
Konkurrenz. Befestigung

ERNST WAGNER APPARATEBAU-REUTLINGEN wörr

„Welt-Detektiv“

Detektei Auskunftel Preiss
Berlin W 203, Tauentzienstraße 5

Ruf: 245255 und 245256

das in Deutschland meistverwendete, zuverlässig arbeitende Institut für private

**Ermittlungen,
Beobachtungen,**
vertrauliche

Auskünfte über geschäftliche wie auch private Verhältnisse betr. Abstammung, Herkunft, Vorleben, Ruf, Vermögen, Einkommen, Tätigkeit, Führung usw.

Tausende Angehörige aller Kreise beauftragten uns, für viele Hunderte von Anwälten beschaffen wir entscheidendes Material für Zivil- und Strafprozesse. In- und Ausland!

Immer wimmer drüfte

SPAMER-AG
ABT.
DRUCKEREI
LEIPZIG